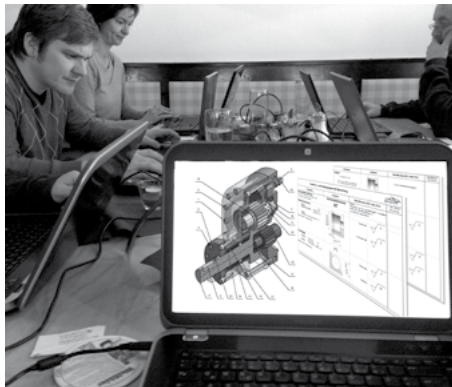


vib-akzente

Berufliche Bildung in Bayern

*Kleines
Kaleidoskop...*



*...beruflicher
Bildung*



UNSERE THEMEN

Nicht nur Ziele formulieren, sondern auch die nötigen Mittel bereitstellen. Alex Liebel berichtet von einer konstruktiven Gesprächsrunde mit der Abteilung VII des Kultusministeriums.

Parlamentarische Abende gehören seit eh und je zur politischen Arbeit des VLB. Günther Schuster begleitete für uns ein Treffen mit CSU-Parlamentariern, bei dem der Berufsstand hohes Lob erfuhr.

Inklusion auch an den beruflichen Schulen in der Diskussion – Franz Schmidt wartet mit ganz konkreten Erfahrungen auf.

Die erweiterte Schulleitung – ein viel diskutiertes Thema. Christian Wagner informiert über den Verlauf einer Fachtagung und den Stand der Dinge.

Alfred Lichtwark verstarb vor 100 Jahren. In einem „akzente spezial“ setzt sich Peter Thiel mit dem Hamburger Reformpädagogen und Kunsterzieher auseinander.

Prof. Dr. Manfred Spitzer, führender Kinder und Jugendneurologe referierte bei der diesjährigen VLB-Fachtagung FOS/BOS über Risiken und Nebenwirkungen digitaler Informationstechnik. Martin Ruf und Klaus Vietze ziehen Bilanz.

Ein großer Wurf gelang der Stadt Würzburg mit der Neugestaltung der Druckabteilung an der Franz-Oberthür-Schule. Peter Thiel schreibt über Einzelheiten und Hintergründe.

THEMA DES TAGES

- 03 Jürgen Wunderlich: Die demografische Rendite gerecht verteilen

BILDUNGSPOLITIK

- 04 Alexander Liebel: Berufliche Bildung – runder Tisch im Kultusministerium
07 Günther Schuster: Parlamentarischer Abend mit der CSU-Fraktion
09 Klaus Vietze: Der VLB im Gespräch mit MdL Tobias Reiß
11 PM DL: Kritik an früher Differenzierung unberechtigt
11 Franz Schmidt: Auf dem Weg zur inklusiven Schule

DIENSTRECHT

- 13 Christian Wagner: Fachtagung „Erweiterte Schulleitung“ für Personalräte
13 Hermann Rupprecht: Die Remonstrationspflicht des Beamten
16 Wolfgang Lambl: Dienstrecht aktuell
17 PM DL: Streikverbot für Lehrer garantiert Bildungsrecht

FACHLEHRER

- 18 Martin Krauß: Fachlehrer tagen in Nürnberg

FOS/BOS

- 19 Martin Ruf: Nachlese zur Fachtagung FOS/BOS

LEHRERSEITE

- 25 D. Hagn/U. Schmidt: Aspekte der Europapolitik

Pädagogik und Unterricht

- 26 Bernd Kahlert: Ein „Faust“ zum Anfassen
27 Einladung zur VLB-Fortbildung „Kaufleute für Büromanagement“

VOR ORT ...

- 28 Peter Thiel: ... an der Franz-Oberthür-Schule in Würzburg

AUS DEM VERBANDSLEBEN

- 31 Landesverband
33 Bezirks- und Kreisverbände
35 Fachgruppen
37 Studenten, Referendare, Junge Pädagogen
38 Personalien
39 Vermischtes
41 Umschau
42 Nachrichtliches
44 PM VLB: Berufliche Schulen in Bayern brauchen 300 Lehrkräfte mehr!
akzente-spezial
Peter Thiel: Alfred Lichtwark: Erziehung wider den Kulturverfall



Die demographische Rendite gerecht verteilen

JÜRGEN WUNDERLICH

Zum Jahreswechsel durften wir uns eines starken Interesses der Öffentlichkeit an berufsbildungspolitischen Themen erfreuen. Hochrangige Poli-

tiker – u. a. US-Präsident Obama vor seinem Kongress – priesen die Vorzüge der dualen Berufsausbildung in Deutschlands und brachten sie via Fernsehen einem Millionenpublikum näher. Zu den Lobrednern zählte auch Bundespräsident Gauck, der in Lettland vor Spitzenvertretern aus Wirtschaft und Politik bekundete: „Wir haben mit dem dualen System seit Jahrzehnten gute Erfahrungen gemacht. Ich glaube, dass auch die jungen Letten nur profitieren können von einer beruflichen Ausbildung, welche die Unternehmen in die Pflicht nimmt und eine betriebliche Lehre ermöglicht“.

Schülerzahlen deutlich erhöht

In Bayern indes gibt es keine Anzeichen für eine solche Hochstimmung. Dort hält man das erfolgreiche Wirken der Dualpartner, insbesondere das der beruflichen Schulen, offenbar für naturgegeben. Im Zusammenhang mit dem Erhalt der „demographischen Rendite“ nämlich dreht sich die Bildungsdiskussion fast ausschließlich wieder nur um die Anliegen der allgemeinbildenden Schulen: Ganztagesbeschulung, Sicherung von Grundschulstandorten, Inklusion, G8 oder G9, das sind die Themen, die am Salvatorplatz vorrangig interessieren.

So sehr sich der VLB über den Erfolg der kürzlich gemeinsam durchgeführten Protestaktion aller bayerischen Lehrerverbände freut, so sehr fordert er auch, dass die dabei gesicherten Lehrerstellen innerhalb des Schulsystems gerecht verteilt werden.

Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen nämlich hat sich die Schülerzahl an den beruflichen Schulen im Lande in den letzten Schuljahren deutlich erhöht. Und deshalb können sie, die beruflichen Schulen, bei der Verteilung der Lehrerstellen nicht leer ausgehen.

300 Lehrkräfte zusätzlich

In einer Presseerklärung belegte der VLB kürzlich seine Forderung mit eindeutigen Fakten: An den staatlichen Berufsschulen ergab sich heuer im Vergleich zum Vorjahr zwar ein geringfügiger Schülerrückgang (0,9% oder 419 Schüler), gleichzeitig aber mussten die beruflichen Schulen einen strukturellen Unterrichtsausfall von 3.000 Wochenstunden hinnehmen. Dieser entspricht etwa 123 Lehrerstellen. Aufgrund dieses Defizits konnten in vielen Fällen die in den Lehrplänen vorgesehenen Klassenteilungen nicht durchgeführt wer-

den, obwohl die Teilungsgrenze bei den beruflichen Schulen noch immer bei 32 Schülern liegt (bei den allgemeinbildenden Schulen 25 bzw. 28).

Als besonders prekär erweist sich der Lehrbedarf an den Beruflichen Oberschulen. Seit Jahren werden die Budgetlücken an FOS und BOS verschleppt. Heuer kamen weitere 1.700 Schülerinnen und Schüler hinzu; in den Eingangsklassen der FOS wurde der Zuwachs mit mehr als 10 % beziffert. Die starke Nachfrage sollte uns eigentlich stolz machen, doch die 100 fehlenden Lehrerstellen trüben die Freude und nähren Frust.

Noch nicht berücksichtigt bei unserer Bedarfsmeldung sind

- > eine im kommenden Schuljahr wiederum zu erwartende Zunahme in den Eingangsklassen,
- > die Ausweitung des Schulversuchs „Vorklasse FOS“,
- > die Einführung zweier neuer Ausbildungsrichtungen,
- > und eine eigentlich selbstverständliche mobile Lehrerreserve.

Soweit die Lage an den Beruflichen Oberschulen. Darüber hinaus erwarten wir eine Schülerzunahme von 5 % im Bereich der Berufsvorbereitung (BVJ) sowie ein Plus von ca. 16 %, durch Neugründung von 15 staatlichen Technikerschulen. Wir liegen also nicht daneben, wenn wir unterm Strich ein Mehr von 300 Lehrerstellen fordern.

Mit großer Besorgnis betrachtet der VLB in dieser Situation auch den vermehrten Einsatz von Lehrkräften mit Anstellungsverträgen. Diese stehen den Schulen vielfach nur vorübergehend zur Verfügung und vermögen daher kaum Beiträge zu nachhaltiger Schulentwicklung und Qualitätssicherung zu leisten. Und was nicht übersehen werden darf: Auch diese oft sehr engagierten jungen Lehrkräfte wünschen sich eine planbare berufliche Zukunft.

Warnung vor einer Akademikerschwemme

Die Bedeutung einer qualifizierten beruflichen Bildung wird erkennbar, wenn man einen Blick über den Zaun wirft und bei unseren europäischen Nachbarn eine erhebliche Akademikerschwemme feststellt. Auch an deutschen Hochschulen büffeln sehr viele Studenten, ihre Zahl wird mit rund 2,5 Millionen angegeben. „Viel zu viel“, warnt der Bremer Berufsbildungsforscher Felix Rauner. Die Öffnung der Hochschulen wieder rückgängig zu machen, hält er indes für keine Lösung. Stattdessen plädiert er für einen dualen Bildungsweg als Alternative zur klassischen wissenschaftlichen Bildung.

Auch wenn uns in der beruflichen Bildung wieder mal viel Gegenwind ins Gesicht bläst: Der VLB wird sich mit der unbefriedigenden Personalausstattung seiner Schulen nicht abfinden. Dies kann er schon deshalb nicht, weil er sich in hohem Maße der Jugend im Beruf verpflichtet fühlt, und weil er mit großem Nachdruck für die Gleichwertigkeit der Bildungsgänge eintritt. ■

Gesprächsrunde „Berufliche Bildung 2014 – Runder Tisch“:

Den politischen Zielen müssen die finanziellen Mittel folgen



ALEXANDER LIEBEL

Dieser Termin ist seit Jahren ein Fixpunkt im VLB-Jahreskalender: Ministerialdirigent (Mdgt) German Denneborg, Leiter der Abteilung VII des Kultusministeriums, und die zuständigen Leiterinnen und Leiter der einzelnen Referate diskutieren mit dem Landesvorsitzenden Jürgen Wunderlich und dem vollständig anwesenden Führungsteam des VLB zum Beginn eines Jahres aktuelle und über den Tag hinausreichende bildungspolitische sowie pädagogische Themen.

Zwei unter einem neuen Dach – mehr als nur eine Änderung der Struktur

Und doch war es diesmal ein wenig anders: Aus den beiden Ministerien für Kultus und Wissenschaft ist nach der Landtagswahl im September 2013 das neu gebildete Ministerium „Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst“ geworden. „Die Abteilung VII (Berufliche Schulen, Erwachsenenbildung, Schulsport) ist praktisch unverändert geblieben“, beschrieb Ministerialdirigent Denneborg die Auswirkung der Umstrukturierung für seine Abteilung.

Jürgen Wunderlich erhofft sich von der „Fusionierung“ positive Impulse. „Wir versprechen uns von der neuen

Struktur innovative Impulse für die beruflichen Schulen. Lehrerbildung und die Verknüpfung von dualem Bildungssystem mit den Hochschulen sind konkret zwei wichtige Anliegen des VLB, die durch das neu gebildete Ministerium positiv beeinflusst werden können“, brachte der Landesvorsitzende die Erwartungen des VLB zum Ausdruck.

Berufliche Schulen brauchen 300 Lehrerstellen mehr

„Die Versorgung mit Lehrkräften an den beruflichen Schulen ist nach wie vor nicht so, wie wir uns das wünschen, deshalb steht dieses Thema auch im diesjährigen Gespräch wieder ganz weit oben auf unserer Agenda“, brachte Jürgen Wunderlich die Position des VLB auf den Punkt.

Ministerialrat Günter Liebl, u.a. verantwortlich für die Fach- und Berufsoberschulen, rechnet damit, dass sich „...nach signifikanten Verbesserungen in den vergangenen Jahren das Budgetdefizit angesichts der unerwartet hohen Schülerzuwächse vermutlich erhöhen wird“. Die Schülerzahlen sind an den Fachoberschulen im laufenden Schuljahr um 5% gestiegen, in den FOS 11-Eingangsklassen sogar um über 10%. Berücksichtigt man den Rückgang an den Beruflichen Oberschulen 2013/2014 circa 56.300 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, das sind 3,1% oder 1.700 mehr als im Vorjahr. Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung wurden entsprechende Anträge auf zusätzliche Hausmittel für den Nachtragshaushalt 2014 gestellt. „In den Beruflichen Oberschulen fehlen 100 Lehrerstellen“, brachte es Klaus Vietze, stellv. VLB-Landesvorsitzender, auf den Punkt.

„Wir haben von der demografischen Rendite profitiert, aber es reicht noch nicht für die Berufsschulen“, beschrieb Ministerialrat Claus Pommer, zuständig für das Lehrpersonal einschließlich

Ausbildung und Fortbildung, die Situation an den Berufsschulen. Der temporäre Unterrichtsausfall an Berufsschulen beträgt 1,7%, „ein schöner Wert“. Fakt ist leider auch: Im vergangenen Jahr gab es einen strukturellen Unterrichtsausfall von ca. 3000 Wochenstunden, was etwa 123 Lehrerstellen entspricht. Insider wissen aber, dass darüber hinaus Schulen auf Klassenteilungen verzichten, die lehrplanmäßig wünschenswert sind, um den Unterrichtsausfall zu minimieren.

Jürgen Wunderlich: „Es bestehen weiterhin strukturelle Probleme. Die aktuelle Diskussion um Abbau von Lehrstellen trifft bei uns auf absolutes Unverständnis. So lange an beruflichen Schulen noch ein Budgetdefizit herrscht, werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dafür kämpfen, dass das mehrfach gegebene politische Versprechen ‚die demografische Rendite bleibt an den Schulen‘ eingelöst wird. Die beruflichen Schulen brauchen konkret 300 Stellen mehr“, gibt sich Wunderlich kämpferisch und formuliert damit eine „glasklare“ Forderung.

Die Einführung des Ausbildungsberufes „Kaufmann/-frau Büromanagement“ erfordert große Anstrengungen

„Beim VLB gehen sehr viele Anfragen ein zu diesem Thema“, so Pankraz Männlein, ebenfalls stellvertretender VLB-Landesvorsitzender, der als Schulleiter selbst hautnah von der Einführung des neuen Berufes betroffen ist. Im Schuljahr 2013/2014 sind (nach den vorläufigen Zahlen) ca. 14.400 Schülerinnen und Schüler betroffen. Folgerichtig nahm das Thema einen breiten Raum in der Gesprächsrunde ein.

Ministerialrat Dr. Horst Güttler, neben Innerer Schulentwicklung und Qualitätsmanagement für die kaufmännischen beruflichen Schulen verantwortlich, bezog ausführlich Stellung zu Fragen, welche die Kolleginnen und Kollegen bewegen.

Im Telegrammstil weitere wesentliche Punkte dazu:

> Es wird eine gestreckte Abschlussprüfung geben. Teil 1 umfasst die Prüfung von Technikkompetenzen zu



Die Gesprächsteilnehmer des VLB (zweiter von rechts Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich) ...



... und die des Kultusministeriums (in der Mitte Mdgt. German Denneborg, Leiter der Abteilung VII).

Beginn des zweiten Ausbildungsjahres (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und Recherche), Teil 2 betrifft die Bereiche „Kundenbeziehungsprozesse“, „Wirtschafts- und Sozialkunde“ sowie die „Fachaufgabe in der Wahlqualifikation“. Im mündlichen Prüfungsteil „Fachaufgabe in der Wahlqualifikation“ werden die Prüflinge bzw. die Betriebe die Wahl zwischen betrieblichen Fachaufgaben mit Report und einem klassischen fallbezogenen Fachgespräch haben.

- > Im Dezember 2013 fand beim ISB eine Sitzung zur Erstellung der Lehrplanrichtlinien statt. Der Entwurf liegt vor (Stand 14. Februar 2014), muss aber noch genehmigt werden. Zurzeit ist geplant: Lernfelder 1-6 in der 10. Jahrgangsstufe, die Lernfelder 7-9 in der 11. Jahrgangsstufe und in der 12. Jahrgangsstufe die Lernfelder 10-12.
- > Stundentafel: 15 (Blockunterricht 39) Wochenstunden in der Jahrgangsstufe 10; 9 (39) Wochenstunden in Jahrgangsstufe 11; 9 (39) Wochenstunden in der 12. Klasse. Durchgängig wird jeweils eine Wochenstunde Religion, Deutsch und Sozialkunde angeboten. Sportunterricht wird ausschließlich im Blockunterricht mit jeweils 2 Wochenstunden erteilt.
- > Englisch wird in Bayern als eigenständiges Fach beibehalten, Textverarbeitung wird in die Lernfelder integriert.
- > Alle Auszubildenden beginnen in der 10. Klasse, eine Verkürzung ist in der 12. Jahrgangsstufe möglich.

- > Die Kaufmännische Grundstufe wird neu organisiert, da künftig ja bereits in der 10. Klasse berufsspezifische Inhalte vermittelt werden. Betroffen davon sind insbesondere die Automobilkaufleute. Angestrebt wird, die Schülerinnen und Schüler von Beginn der Ausbildung an den zuständigen Sprengelschulen für die 11. und 12. Jahrgangsstufen zu unterrichten. Darüber hinaus sind neue Sprengel für die Kaufleute für Büromanagement festzulegen. Es soll auf eine annähernd gleiche Verteilung auf die Schulen wie bisher geachtet werden.
- > Für Auszubildende des Öffentlichen Dienstes erfolgen dienstbegleitende Unterweisungen im Umfang von 420 Stunden an der Bayerischen Verwaltungsschule, die vermutlich in München und Nürnberg stattfinden werden. Die Auszubildenden müssen für diese Kurse beurlaubt werden.
- > Der Rahmenlehrplan sieht vor, dass der Erwerb schreibtechnischer Kompetenzen nicht im Rahmen eines eigenständigen Faches, sondern integriert in Lernfelder stattfindet. Das wird erfolgreich gelingen, wenn sich Wirtschaftspädagogen und Fachlehrkräfte für Schreibtechnik eng abstimmen und den Unterricht gemeinsam planen. Die Schulen werden für die Lernfelder mit hohen Anteilen an schreibtechnischen Kompetenzen eine entsprechende Anzahl an Teilungstunden zur Verfügung gestellt bekommen.

Mdgt Denneborg „vertraut auf die Schulen, die mit ihrer Kompetenz sowie der Fähigkeit und Bereitschaft zu kreativen Lösungen den Lehrereinsatz so gestalten werden, dass am Ende des Tages für alle Beteiligte gute Ergebnisse erzielt werden“.

Pankraz Männlein forderte, „... die betroffenen Schulen und Lehrkräfte so intensiv wie möglich in den Gestaltungsprozess einzubeziehen. Wir brauchen ausführliche Informationen und auch Fortbildungsangebote, um die Einführung des neuen Ausbildungsberufes optimal organisieren sowie die Unterrichtsinhalte didaktisch-methodisch von Beginn an auf höchstem Niveau aufbereiten zu können. Wir werden in jedem Fall am Ball bleiben.“

„Die Schulpsychologie ist uns ein wichtiges Anliegen ...“

...mit diesen Worten leitete Wunderlich zu einem weiteren wichtigen Gesprächspunkt über.

Klaus Vietze in seinem Eingangsstatement: „Es ist dringend notwendig, das Netz der für beruflichen Schulen zuständigen Schulpsychologen engmaschiger zu knüpfen. Dazu benötigen wir mehr grundständig ausgebildete Schulpsychologen“. Das Problem liegt darin begründet: Für Schulpsychologie werden 60 Credits mehr verbraucht, als für einen Masterstudiengang für berufliche Schulen vorgesehen sind. Konsequenz: Im Studium des Lehramtes an beruflichen Schulen kann Schulpsychologie nicht (mehr) studiert werden, und

zwar seit 2008. Die letzten Absolventinnen und Absolventen kommen jetzt in die Schulen.

Die zuständige Referatsleiterin Christine Hefer betonte ausdrücklich die Intention des Ministeriums, den Ausbau des schulpyschologischen Betreuungszernetzes an beruflichen Schulen zu forcieren. „Die Anzahl der betreuten Schulen konnte in den letzten Jahren stark gesteigert werden“, so Christine Hefer. Die Probleme im Zusammenhang mit dem grundständigen Studium werden angepackt, die Gespräche mit den Universitäten sind in Planung. „Hier versprechen wir uns z.B. ganz konkrete weiterführende Impulse davon, dass die beiden ursprünglich eigenständigen Häuser Kultus und Wissenschaft jetzt unter einem Dach zusammengefasst sind“, so Jürgen Wunderlich.

Erweiterte Schulleitung – aktueller Sachstand

Einleitend ging der verantwortliche Ministerialrat Dr. Horst Güttler noch mal kurz auf die rechtlichen Grundlagen ein (Art. 57 a BayEUG; Verordnung zur Einrichtung einer erweiterten Schulleitung ‚ErwSchLV‘; KMBeK „Antragstellung auf Einrichtung einer erweiterten Schulleitung im Schuljahr 2013/14“ vom 11.11.2013).

Auf der Basis der amtlichen Schuldaten des vorvergangenen Jahres (das bedeutet für das Schuljahr 2014/2015 ist das Schuljahr 2012/2013 maßgeblich) wird die Zahl der tätigen, d.h. im eigenverantwortlichen Unterricht eingesetzten Lehrkräfte in Personenzählung ermittelt. Nicht mitgezählt werden Personen ohne Beschäftigungsverhältnis mit dem Freistaat sowie das sonstige pädagogische Personal. Aufgrund dieser Zahl ergibt sich die erforderliche Anzahl der Mitglieder der erweiterten Schulleitung unter Berücksichtigung der Führungsspanne von 1 zu 14 Kolleginnen und Kollegen. Jedes Mitglied der erweiterten Schulleitung erhält zur Wahrnehmung seiner Personalführungsaufgaben zwei Stunden Leitungszeit.

Für das laufende Schuljahr musste die Antragsstellung bis zum 28. Februar 2014 erfolgt sein, worüber alle staatlichen beruflichen Schulen schrift-

lich informiert wurden. Künftig ist der Antragstermin jeweils auf den 31. Januar festgelegt. Ein entscheidender Punkt dabei ist die Einbeziehung des Personalrates sowie die Erörterung der Antragsstellung im Rahmen der Lehrerkonferenz.

Die Schulen erhalten zur Vorbereitung auf die veränderte Führungssituation Fortbildungsmöglichkeiten, sowohl durch die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen als auch durch die Regionale Lehrerfortbildung. Darüber hinaus wird in der Einführungsphase den betroffenen Lehrkräften und Schulleitungen ein Angebot an Supervisions- und Coachingmaßnahmen unterbreitet. An den neun staatlichen Schulberatungsstellen stehen schulartübergreifend Beratungsfachkräfte für Anfragen zur Verfügung. Diese können von den Schulen angefordert werden.

Für Wolfgang Lambl ist die Kommunikation sowohl innerhalb der Schule als auch zwischen Kultusministerium und Schulen „das A und O“. Mit ihr stehe und falle die gegenseitige Akzeptanz. „Die Transparenz ist uns als VLB besonders wichtig“, betonte auch Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich zum Abschluss.

Beschulung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge

Nach Artikel 35 BayEUG unterliegen Asylbewerber und Flüchtlinge unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus der Berufsschulpflicht. Zum 31.12. 2013 hielten sich fast 7000 davon betroffene junge Menschen im Alter von 16 bis 21 Jahren in Bayern auf.

Für diese Personengruppe als „geeignet erwiesen hat sich ein zweijähriges Beschulungsmodell in Vollzeit“, so der zuständige Ministerialrat Dr. Robert Geiger. „Mit dem Modell 1. Jahr Schwerpunkt Spracherwerb und 2. Jahr Berufsvorbereitung mit besonderer sprachlicher Förderung haben wir im mittleren vierten Schuljahr sehr positive Erfahrungen gemacht“, so Dr. Geiger.

Christian Wagner, stellvertretender VLB-Landesvorsitzender und für diesen Bereich im Vorstand zuständig, wies insbesondere auf zwei Aspekte hin, die dem

VLB wichtig sind. „An jeder Schule sollten zwei Klassen für diese Jugendlichen eingerichtet werden. Der Grund liegt in den sehr unterschiedlichen Sprachfertigkeiten. Durch eine Trennung nach Leistungsfähigkeit wäre eine wesentlich bessere Förderung der Schülerinnen und Schüler möglich“, so Wagner.

„Auf Grund der Tatsache, dass häufig verschiedene Jugendämter für Schüler aus einer Klasse zuständig sind, ergeben sich im Unterrichtsalltag Probleme“, schilderte Wagner eine immer wieder auftretende Situation an den Schulen. „Manche Jugendämter genehmigen die Beschaffung von Arbeitsmaterialien, andere wiederum nicht. Deshalb wäre aus unserer Sicht eine Art Sprengelregelung sinnvoll“, schlug Wagner vor. Mdgt Denneborg betonte „die Verantwortung der Sachaufwandsträger“. Er sehe keine Möglichkeit für das Ministerium, diesen Vorschlag aufzugreifen.

Dr. Geiger wies hin auf „gezielte Fortbildungen auf allen Ebenen“, die die Lehrkräfte unterstützen sollen. Darüber hinaus wurde am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung ein Arbeitskreis eingerichtet, der bereits zu Beginn des Schuljahres 2013/2014 eine Handreichung veröffentlicht hatte und derzeit Materialien zur Unterrichtsgestaltung erarbeitet.

Mdgt Denneborg bedankte sich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen für ihr großes Engagement, weil „sie besondere Herausforderungen meistern müssen“.

Konstruktiv und informativ

Es war wie immer in den letzten Jahren: Die Gesprächsatmosphäre war sehr konstruktiv, der Gedankenaustausch für alle Beteiligten überaus informativ, aber es konnten wie immer aus zeitlichen Gründen einfach nicht alle Themen angesprochen werden.

Mdgt German Denneborg und VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich zeigten sich in ihren Schlussworten „zufrieden“ mit der Gesprächsrunde „Berufliche Bildung 2014“. Beide äußerten im Hinblick auf den Nachtragshaushalt 2014 unisono: „Den politischen Zielen müssen die finanziellen Mittel folgen“.

Parlamentarischer Abend mit der CSU-Fraktion:

„Stark an der Sache orientiert“



GÜNTHER SCHUSTER

VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich eröffnete den parlamentarischen Abend mit der Aufforderung, die beruflichen Schulen in Bayern gut mit den notwendigen Ressourcen auszustatten und die viel zitierten „demographischen Renditen“ auch in die beruflichen Schulen zu investieren.

Leistungen der beruflichen Schulen dargestellt

Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, hob in seinem Eingangsstatement die hervorragenden Leistungen der beruflichen Schulen in Bayern hervor. Beim VLB handele sich um einen Lehrerverband, der „stark an der Sache orientiert“ sei. „Wir dürfen uns glücklich schätzen, in Bayern so ein gutes berufliches Schulwesen zu haben“, sagte der Fraktionschef mit Blick auf die hervorragend ausgebildeten Fachkräfte im Freistaat. Die „wertvolle Arbeit“ der Lehrkräfte werde an allen beruflichen Schularten deutlich, ergänzte Kreuzer. Der Fraktionschef erinnerte daran, dass 42% der bayerischen Schülerinnen und Schüler ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht am Gymnasium erwerben. „Berufliche Schulen leisten einen entscheidenden Beitrag zur Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems“, so Kreuzer. Nach seinen Worten werden die Leistungen der beruflichen Schulen von der EU und von der OECD immer noch unterschätzt.

Ziel der CSU-Landtagsfraktion sei es, die Ressourcen im Schulbereich gerecht zu verteilen. Kreuzer betonte, dass die demographische Rendite für die gesamte Legislaturperiode im Schulsystem verbleiben werde. Um die Dimension darzustellen, machte der Fraktionschef darauf aufmerksam, dass die demographische Rendite in Bayern allein in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 einen Umfang von 2.762 Lehrerstellen umfasse. Dabei müsse geklärt werden, an welchen Stellen Ressourcen benötigt werden und an welchen Stellen die „größten Effekte“ erzielt werden können. Als Beispiele nannte er den Ausbau der Ganztagsangebote und die Inklusion. Der Austausch mit den Lehrerverbänden sei vor diesem Hintergrund sehr wichtig. Er zeigte Verständnis für die „durchaus berechtigten Forderungen“ des Lehrerverbandes. Dies bestätigte auch die Vorsitzende des Ausschusses für den Öffentlichen Dienst, Ingrid Heckner, die die konstruktive und sachliche Arbeit des VLB außerordentlich schätze.

Ressourcenausstattung verbessern

Stellvertretender VLB-Landesvorsitzender Wolfgang Lambl machte deutlich, dass an den beruflichen Schulen bayernweit nur fünf zusätzliche Stellen nötig seien, um den Lehrkräften aller beruflichen Schulen einen Ausgleich für ein in der unterrichtsfreien Zeit abgeleistetes Betriebspraktikum zu gewähren.

VLB-Referent Hans Dietrich machte auf den immer noch sehr hohen Unterrichtsausfall an den bayerischen Fachoberschulen und Berufsoberschulen aufmerksam. „Der strukturelle Unterrichtsausfall an der Beruflichen Oberschule beläuft sich derzeit auf 952 Unterrichtsstunden pro Woche“, so Dietrich. Er verwies dabei auf den Schülerzuwachs in der elften Jahrgangsstufe um 11%. Bedauerlich sei auch die Tatsache, dass es nicht gelungen sei, den Notenschnitt zum Eintritt in die 13. Klasse der Fachoberschule von 2,8 auf 3,0 zu erhöhen, weil die notwendigen Ressourcen nicht bereit gestellt werden konnten.

Mehr Schulpsychologen ausbilden

GV-Mitglied Klaus Vietze verwies auf die vielen Beratungsfälle an den beruflichen Schulen. Das schulpsychologische Angebot müsse erweitert werden. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses mit den Abschlüssen Bachelor und Master führe allerdings dazu, dass die Hochschulen kaum noch Studienplätze für fundiert ausgebildete Schulpsychologinnen und -psychologen anbieten. Ein nebenberufliches Studium der Schulpsychologie könne dabei nur eine Notlösung sein.

VLB-Studentenvertreter Alexander Kraus schilderte, wie das Angebot an schulpsychologischen Studiengängen an der TU abgebaut wurde. Prof. Dr. Gerhard Waschler, Vize-Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Kultus, verwies auf die Autonomie der Hochschulen. Er forderte dazu auf, „mit Überzeugungskraft“ solche Studiengänge an den entsprechenden Hochschulen einzufordern.

Lehrernachwuchs sichern

Max-Peter Neumann, VLB-Referent für Lehrerbildung, erläuterte den Parlamentariern die Vorzüge des so genannten Universitätsschulkonzeptes der beruflichen Schulen. Hochschulen kooperierten dabei mit ausgewählten beruflichen Schulen, was zu einer „qualitativ äußerst hochwertigen“ Lehrerbildung führe. Neumann sprach sich dafür aus, das Konzept der Universitätsschulen weiter zu fördern und auszubauen. Probleme gebe es bei den Wirtschaftswissenschaften. Für die Bachelor-Absolventen in den Wirtschaftswissenschaften gebe es insbesondere an der LMU in München zu wenig Masterplätze.

Stellvertretender Landesvorsitzender Pankraz Männlein ergänzte, dass die Studierenden mit einem Bachelor-Abschluss kaum etwas anfangen können und die Master-Absolventen darüber hinaus noch die Möglichkeit haben, einen attraktiven Arbeitsplatz in der Wirtschaft zu finden. Prof. Dr. Gerhard Waschler und MdL Norbert Dünkel sagten spontan entsprechende Unterstützung zu. VLB-Dienstrechtsreferent Rudi Keil wies auf die derzeit laufenden Informationskampagnen für die Lehrämter an beruflichen Schulen hin.

Wirtschaftsschule erhalten

VLB-Referent für Wirtschaftsschulen Randolph John machte deutlich, in welchem bildungspolitischen Umfeld sich die Wirtschaftsschulen in Bayern derzeit befinden. Durch den Ausbau der sechsjährigen Realschule, der M-Züge und der 9+2-Modelle der Mittelschulen seien für die Wirtschaftsschulen zahlreiche Konkurrenzangebote geschaffen worden. „Wer in die Wirtschaftsschule geht, schließt sie auch ab“, sagte John und wies auf eine hohe Erfolgsquote hin. Es müsse ein fairer Wettbewerb zwischen den Schularten herrschen und die jungen Menschen und deren Eltern müssten ein passgenaues Bildungsangebot erhalten. John forderte von der Politik ein klares Bekenntnis zur Wirtschaftsschule.

Inklusion diskutiert

Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich regte eine Diskussion zum Thema „Inklusion an beruflichen Schulen“ an. Er wies darauf hin, dass die Lehrkräfte der beruflichen Schulen schon seit vielen Jahren so genannte Inklusionsschüler erfolgreich unterrichten. Bei steigenden Schülerzahlen seien jedoch dringend zusätzliche personelle Ressourcen notwendig.

Fachlehrer gestärkt

Robert Kölbl, VLB-Referent für Fachlehrerfragen, sieht die Fachlehrerinnen und Fachlehrer an den beruflichen Schulen deutlich gestärkt. Die Aufstiegsmöglichkeit in die vierte Qualifikationsebene sowie der Proporz bei der Gestaltung von Funktionenplänen seien wichtige neue Errungenschaften. Um bei zurückgehenden Lehrerstunden dennoch genügend Einsatzmöglichkeiten zu haben, seien jedoch - insbesondere für die Fachlehrkräfte für Schreibtechnik - Fortbildungsangebote nötig. Denkbar seien Lehrgänge, mit denen zusätzliche Lehrbefähigungen wie etwa in Sport oder Ethik erworben werden könnten.

Mehrarbeitsstunden abbauen

Aufgrund der Tatsache, dass sich bei vielen Lehrkräfte an beruflichen Schulen Mehrarbeitsstunden angesammelt haben, stellt sich die Frage, wann diese Stunden abgebaut werden können. Dies gelte insbesondere bei Lehrkräften, die kurz vor der Pen-



In der gut gefüllten Landtagsgaststätte: CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer wies bei seiner Begrüßung auf die hervorragenden Leistungen der beruflichen Schulen hin. Neben ihm VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich.

sionierung stehen. Waschler schlug vor, dieses Thema im Rahmen der dienstrechtlichen Vorgaben prüfen zu lassen.

Herausforderungen angehen

Fraktionschef Thomas Kreuzer machte deutlich, wie wichtig die Schulausbildung für die so genannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Bayern sei. „Das ist mir ein großes Anliegen“, sagte er und bedankte sich bei den Lehrkräften der beruflichen Schulen dafür, dass sie diese Herausforderungen so engagiert annehmen.

MdL Ingrid Heckner wies auf die Situation von Verwaltungsangestellten an Schulen hin. Mit diesem Anliegen beschäftige sich derzeit auch der Landtag. Verwaltungsangestellte, die Weiterbildungsangebote in Anspruch nehmen, könnten an den Schulen erweiterte Aufgabengebiete übernehmen. Damit wären auch Besoldungserhöhungen denkbar. Überprüft werde derzeit, ob der Zuteilungsschlüssel für Verwaltungsangestellte an den Schulen verbessert werden könne.

Fazit

Die Bildungsexperten der CSU-Fraktion stellten den Lehrerinnen und Lehrern der beruflichen Schulen ein hervorragendes Zeugnis aus. Sie zeigten großes Interesse an den Anliegen der beruflichen Schulen in Bayern. Gespräche mit Parlamentariern und anderen bildungspolitischen Entscheidungsträgern sind für den VLB wertvolle Lobbyarbeit. Den Politikern dienen sie der Meinungsbildung und

Entscheidungsfindung. In den Diskussionen kristallisierten sich zahlreiche Themen heraus, an denen VLB und Politik an einem Strang ziehen können. Die Parlamentarier und die VLB-Spitze sicherten sich für die Zukunft eine noch konkretere Zusammenarbeit zu, um den überaus hohen Qualitätsstandard der beruflichen Schulen zu erhalten bzw. weiter zu verbessern. Sehr erfreulich war, dass Fraktionschef Thomas Kreuzer bereit war, sich den ganzen Abend mit den Anliegen des VLB und der beruflichen Bildung zu beschäftigen. Landesvorsitzender Wunderlich lobte die äußerst konstruktive Gesprächsatmosphäre und bedankte sich bei den Parlamentariern für deren Interesse und Aufgeschlossenheit den beruflichen Schulen gegenüber.

Teilnehmer ...

... des VLB: Jürgen Wunderlich (Landesvorsitzender); Wolfgang Lambl, Martin Kraus, Pankraz Männlein (stv. VLB-Landesvorsitzende), Klaus Vietze (Schriftführer im GV), Hans Dietrich, Randolph John, Rudi Keil (VLB-Fachreferenten), Alexander Kraus, (Studentenvertreter); Günther Schuster (vlb-akzente).

... der CSU-Landtagsfraktion: MdL Thomas Kreuzer (Fraktionsvorsitzender), MdL Ingrid Heckner (Vorsitzende Ausschuss Öffentlicher Dienst) MdL Prof. Dr. Gerhard Waschler (stv. Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Kultus), MdL Norbert Dinkel, MdL Michael Hofmann, MdL Otto Lederer, MdL Tobias Reif und MdL Peter Tomaschko.

VLB im Gespräch mit Landtagsabgeordneten:

Heiße Eisen der beruflichen Bildung – ein Streifzug

KLAUS VIETZE

Die Abgeordneten des Bayerischen Landtages haben sich in den neu formierten Parlamentsausschüssen und Fraktions-Arbeitskreisen eingearbeitet – oder sind noch dabei, dieses zu tun - und der VLB ist daran, die für seine Arbeit wichtigen Parlamentarier kennen zu lernen. Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich und Klaus Vietze vom Landesvorstand sprachen mit MdL Tobias Reiß, Mitglied im Bildungsausschuss des Landtages und Berichterstatter für berufliche Bildung in der CSU-Fraktion.

In der beruflichen Bildung sind derzeit viele heiße Eisen zu schmieden, wobei einige davon schon lange glühen und das eine oder andere Werkstück nun langsam fertig gestellt werden sollte. Der VLB fand in MdL Reiß einen sehr interessierten Gesprächspartner, der trotz der noch kurzen Amtszeit in der neuen Funktion beachtlich viel Wissen aus dem Schulbereich zeigte. Dass er bereits an einem Treffen der Direktoren der beruflichen Schulen in seinem Wahlkreis teilnahm, spricht für sein Engagement.

Planstellen

VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich skizzierte zunächst die unzureichende Versorgung der Schulen mit Planstellen und verwies gleichzeitig auf die Schwierigkeit der Besetzung vorhandener Planstellen mit Lehrkräften – je nach dem, um welche berufliche Fachrichtung es sich handelt. Die zum wiederholten Male ausgeschriebene Sondermaßnahme für Masterabsolventen aus dem Metall- oder Elektrobereich ist kritisch zu betrachten. Aber auch wir als Verband haben keine bessere kurzfristig zu ergreifende Maßnahme parat. Mittelfristig aber wollen wir eine deutliche Verbesserung der Situation und bieten unsere konstruktive Mitarbeit daran gerne an.

Klaus Vietze (links) und Jürgen Wunderlich (rechts) nach dem Gespräch mit MdL Tobias Reiß.



Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit muss an beruflichen Schulen deutlich ausgebaut werden, wie Klaus Vietze erläuterte. Die an den Zubringerschulen der Berufsschule zurecht als notwendig betrachtete und von allen Beteiligten geschätzte Schulsozialarbeit kann nicht vom Schuljahresende der Mittelschule, Realschule oder des Gymnasiums (Juli) bis zum Schuljahresbeginn an der Berufsschule (September) überflüssig werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu beklagen, dass das Fach Schulpsychologie derzeit für das Lehramt an beruflichen Schulen nicht studiert werden kann, weil Masterstudiengänge (Lehramt an beruflichen Schulen) und nach LPO I organisierte Lehramtsstudiengänge (andere Lehrämter) nicht aufeinander abgestimmt sind. Dies verwunderte auch MdL Tobias Reiß.

Heimatnahe Beschulung

Dieser sprach sich für eine heimatnahe Beschulung der Schüler auch in den Berufen oder Berufszweigen aus, für die die vorgegebene Klassenstärke nicht ausreicht. Hierfür müssen Minderklassen genehmigt werden. Das gilt insbesondere für den ländlichen Raum, der von diesem Problem besonders betroffen ist.

Asylbewerberklassen

Interessiert zeigte sich der Landtagsabgeordnete am bayerischen Modell der Asylbewerberklassen. Das sei in der Tat ein sinnvoller Weg, den Jugendlichen aus Asylbewerberfamilien Hürden beim Eintritt in das Berufsleben überwindbar zu machen. Gleichwohl wiesen die Verbandsvertreter darauf hin, dass gerade für die Vermittlung der Deutschkenntnisse mehr Lehrkräfte benötigt werden, die die Fakultas Deutsch als Zweitsprache oder Deutsch als Fremdsprache besitzen.

Weitere Themen

Erweiterte Schulleitung, Verwaltungsangestellte im Schulsekretariat, Wirtschaftsschule – auch diese derzeit heißen Eisen wurden angesprochen. Lösungen waren in diesem ersten Gespräch und in diesem kleinen Kreis nicht zu erwarten. Aber unsere Positionen konnten wir darlegen. Und nun hoffen wir, dass sich unser Eindruck bestätigt, in MdL Tobias Reiß einen Ansprechpartner zu haben, der sich für die Anliegen des VLB einsetzt. Und der tatsächlich mithilft, das eine oder andere Werkstück fertig zu stellen. ■

abl im Gespräch mit Staatssekretär Georg Eisenreich

Zu einem bildungspolitischen Gespräch trafen sich die Präsidiumsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (abl) Mitte Februar 2014 mit Georg Eisenreich, dem neuen Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst. Von 2008 bis 2013 war Eisenreich stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport im Bayerischen Landtag. Auf diesem Hintergrund entwickelte sich bei dem Treffen in den Amtsräumen des Staatssekretärs sogleich informativer Ge-

dankenaustausch über diejenigen Themen, die den Lehrern derzeit unter den Nägeln brennen: Um die sog. demografische Rendite ging es ebenso wie um die aktuelle Situation der Studienreferendare, um die Lehrerbildung, um den Zugang zum Referendariat, aber auch um die Folgen, die sich für die Personalvertretungen durch die nach der Landtagswahl vollzogene Zusammenlegung der beiden ehemaligen Ministerien für Unterricht und Kultus sowie für Hochschulen und Wissenschaften zu einem neuen Mammutministerium ergeben. ■

aktuellen Herausforderungen stellen und sich gemeinsam mit den Partnern aus den anderen Verbänden bemühen, für die anstehenden Probleme tragfähige Lösungen zu finden, versprach der neue Präsident.

Als prioritäre Arbeitsfelder für 2014 hatten sich in den ersten beiden Präsidiumssitzungen des laufenden Jahres u.a. bereits erwiesen: Der Umgang mit der sog. demografischen Rendite, die Lage der Studienreferendare, die Einstellungssituation, das Thema Lehrerbildung, der Zugang zum Referendariat sowie die anstehenden Wahlen zum Hauptpersonalrat. Darüber hinaus steht eine gemeinsame Tagung von abl, dem Deutschen Lehrerverband (DL) und der Hanns-Seidel-Stiftung an. Sie wird unter dem Thema „Talente finden – Begabungen fördern –



Gesprächsrunde im Kultusministerium, von links: Jürgen Wunderlich (VLB), Staatssekretär Georg Eisenreich, Anton Huber (brlv), Ursula Ley (KEG) und Max Schmidt (bpv), der kürzlich auch die Präsidentschaft der abl übernahm.

Wechsel an der Spitze der abl:

bpV-Vorsitzender Max Schmidt Präsident des laufenden Jahres

Die größte Lehrervereinigung Bayerns mit etwa 60.000 Mitgliedern, die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (abl), hat einen neuen Präsidenten. Turnusgemäß mit Beginn des Jahres 2014 wurde Max Schmidt, Vorsitzender des Bayerischen Philologenverbandes, an die Spitze der vier assoziierten bayerischen Lehrerverbände gewählt. Diese sind der Bayerische Philologenverband (bpv), der Bayerische Realschullehrerverband (brlv), die Katholische Erzieherge-

meinschaft in Bayern (KEG) sowie der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB). Mit der Übernahme seines Amtes löste Schmidt VLB-Landesvorsitzenden Jürgen Wunderlich ab, der die Präsidentschaft im vergangenen Jahr inne hatte. Schmidt dankte seinem Vorgänger für dessen Engagement an der abl-Spitze während einer besonders turbulenten Arbeitsperiode, die vor allem von den Landtags- und Bundestagswahl bestimmt war. Kraftvoll werde er sich den

Eliten bilden“ stehen und am 30. April 2014 in München stattfinden.

Mit Nachdruck bekennen sich die vier assoziierten Lehrerverbände auch weiterhin zum differenzierten Schulwesen in Bayern. Damit treten sie ohne Abstriche für eine qualifizierte individuelle Förderung und gegen eine Einheitsschule ein. Das bayerische Schulwesen soll qualitativ noch hochwertiger, noch durchlässiger und noch gerechter werden und dies zum Wohl der bayerischen Schülerinnen und Schüler, postulierten die Repräsentanten der vier Verbände. Voraussetzung dafür sei freilich auch eine gerechte Verteilung der Ressourcen unter den Schularten. *—ptb—*

Deutscher Lehrerverband (DL):

„Kritik an früher Differenzierung unberechtigt.“

Eine aktuelle Studie des „Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit“ hat dem deutschen Schulwesen eine auch im internationalen Vergleich hohe Durchlässigkeit attestiert. Die Studie basiert auf umfangreichen Zensus- und Sozialversicherungsdaten der Geburtsjahrgänge 1961 bis 1976. Untersucht hatte man vor allem den Werdegang früherer Realschüler und Gymnasiasten. Das wichtige Ergebnis: Wer als Schüler den Weg zunächst nicht über das Gymnasium nehmen kann, hat mittel- und langfristige keine Nachteile, weil er mit dem Abschluss der Realschule alle Optionen bis hin zu einem Studium offen hat.

DL-Präsident Josef Kraus dazu: „Damit ist erneut widerlegt, was sich aufgrund eigenwilliger Interpretationen seit Jahren in den Köpfen als angeblich mangelnde Durchlässigkeit des Schulwesens festgesetzt hat“. Das Gegenteil sei der

Fall: In Deutschland gebe es keinen Bildungsabschluss ohne Bildungsanschluss. Die so genannte vertikale Durchlässigkeit des deutschen Schulwesens, die Chance also, bis zum Studium „durchzusteigen“, komme insbesondere Kindern aus bildungsferneren Schichten zugute. Widerlegt sei damit auch die Sorge vieler Eltern, die meinen, der Zug sei für ihr Kind abgefahren, wenn es im elften Lebensjahr nicht an ein Gymnasium gehen können. Zudem belege die Studie, dass eine Differenzierung der Schüler nach vier Grundschuljahren Bildungschancen nicht verbaue.

Die Wissenschaftler untersuchten die Lebenswege der Schüler, die von ihren Leistungen her nach der Grundschule auf der Schwelle zwischen Realschule und Abitur standen.

(Nach der Pressemitteilung des DL vom 4.3.2014)

Erste konkrete Erfahrungen:

Auf dem Weg zur inklusiven beruflichen Schule



FRANZ SCHMIDT

Thomas lernt Anlagenmechaniker. Thomas tut sich schwer beim Lernen. Er hat das Sonderpädagogische Förderzentrum

besucht, da bei ihm ein sonderpädagogischer Förderbedarf im Förderschwerpunkt Lernen festgestellt worden ist. Nun ist er Schüler an der Staatlichen Berufsschule Eichstätt – eine große Herausforderung für ihn.

Martin lernt Schreiner. Martin hat keine Schwierigkeiten beim Lernen. Er hat den Abschluss der Mittelschule erworben. Er ist Schüler an der Regens-Wagner-Berufsschule Schrobenhausen, der privaten Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung.

Für beide Schulen ist das keine besondere Situation, da eine gemeinsame Beschulung von Auszubildenden mit und ohne (sonderpädagogischen) Förderbedarf den schulischen Alltag begleitet. Dennoch ist diese Situation durch das

Thema „Inklusion“ stark in den Fokus gerückt mit dem Ziel, dass Kinder und Jugendliche mit und ohne Förderbedarf selbstverständlich zusammen lernen und arbeiten. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg und das Ziel, die Schule der Zukunft zu gestalten, wird nur im gemeinsamen und kooperativen Bemühen zu erreichen sein.

Inklusive berufliche Bildung in Bayern

In der beruflichen Bildung hat man sich ebenfalls auf den Weg in Richtung Inklusion. Die Stiftung Bildungspakt Bayern und das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst haben zu Beginn des Schuljahres 2012/13 gemeinsam den Modellversuch „Inklusive berufliche Bildung in Bayern“ ins Leben gerufen. In Zusammenarbeit der allgemeinen Berufsschulen bzw. Berufsfachschulen und der Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung werden Konzepte zur Beschulung und Förderung bestimmter Berufe/Berufsgruppen erarbeitet. Dabei geht es insbesondere die Entwicklung und Erprobung von organisatorischen, personellen und den Unterricht betreffenden Maßnahmen, spezifischen didaktisch-methodischen Vorgehensweisen und Best-Practice-Beispielen.

Schultandems

Dazu haben sich zwischenzeitlich 9 Tandems in Bayern gebildet – in Oberbayern das Tandem „Staatliche Berufsschule Eichstätt und Regens-Wagner-Berufsschule Schrobenhausen“.

Im Schuljahr 2012/13 stand dabei der Fachbereich Holztechnik im Mittelpunkt, während im aktuellen Schuljahr der Fachbereich Metalltechnik hinzugekommen ist.

Was bedeutet das für Thomas und Martin? In diesem Schuljahr werden an der Staatlichen Berufsschule Eichstätt in zwei zehnten Klassen bei den Anlagenmechanikern sowie in zwei Klassen des Fachbereichs Holztechnik Schüler mit Lernschwierigkeiten durch den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst (MSD) der Regens-Wagner-Berufsschule Schrobenhausen betreut. Zwei Sonderpädagogen mit verschiedenen Förderschwer-



Jugendliche mit und solche ohne Förderbedarf lernen wie selbstverständlich zusammen: Ein geben und Nehmen von dem beide profitieren.

Foto:
Werner Greppmair

punkten stellten zu Beginn des Schuljahres mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten die vorhandenen Stärken (Kompetenzen) und Schwächen (Förderbedarf) aller Schüler mit Hilfe verschiedener Erhebungen fest. Die Ergebnisse wurden nach den Auswertungen mit den Schülern im Einzelgespräch besprochen. Fast alle Schüler mit hohem Förderbedarf waren bereit, angebotene Unterstützungsmaßnahmen durch den MSD anzunehmen, um das angestrebte Ausbildungsziel erreichen zu können. Erforderliche individuelle Unterstützungsmaßnahmen wurden in Kooperation mit den unterrichtenden Lehrkräften sowie mit externen Partnern geplant. Die Sonderpädagogen unterstützen dabei Schüler im Unterricht oder fördern sie in Kleingruppen während freiwilliger Unterrichtsstunden. Alle Schüler in den betroffenen Klassen akzeptieren die zweite Lehrkraft im Unterricht und nehmen zunehmend, unabhängig vom Förderbedarf, Hilfestellungen an.

AuBerschulisches Lernen

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Koordinierung des Lernens außerhalb des Berufsschulunterrichts. Für viele Azubis ist das Planen von Lernzeiten, das Strukturieren des Lernstoffes zusätzlich zum Arbeiten im Betrieb ungewohnt und führt schnell zur Überforderung und schlechten Schulleistungen.

Die Schüler sollen für jede Woche in einem Zeitplan die täglichen Lernzeiten von etwa 30 Minuten im Voraus planen und die gelernten Lerninhalte in einem Lerntagebuch festhalten. Dieses müssen die Azubis dem Betrieb zu Beginn der Woche vorlegen und abzeichnen lassen. Die Ausbildungsbetriebe wurden vorab informiert und befürworten diese Unterstützungsmaßnahme sehr. Einige Berufsschüler besuchen zudem noch die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH-Maßnahmen).

Neben der Planung von Fördermaßnahmen und der Förderung von Schülern finden regelmäßig wöchentliche Beratungsgespräche mit den unterrichtenden Lehrkräften statt. Hierbei geht es um Hinweise, wie der Unterricht verstärkt die Bedürfnisse von Schülern mit Lernschwierigkeiten berücksichtigen könnte. Außerdem gilt es, Ursachen von Lerndefiziten zu klären und Verständnis für die Situation der betroffenen Schüler zu wecken. Derzeit ist es aus Zeitgründen noch nicht möglich, gemeinsam Unterrichtssequenzen zu planen. Im nächsten Schuljahr soll dies bei entsprechend genehmigten Ressourcen umgesetzt werden.

Auf Martins Können wird an der Regens-Wagner-Berufsschule Schrobenuhausen genauso eingegangen wie bei den Schülern mit Förderbedarf. Der projekt- und praxisorientierte Unterricht ver-

langt von jedem Einzelnen, dass er seine Arbeiten selbständig in allen Schritten plant und durchführt, teilweise auf unterschiedlichem Anspruchsniveau, je nach eigenem Können und Wissen. Voraussetzung ist, dass er zuvor alle gemeinsam erarbeiteten theoretischen und vorbereitenden Arbeiten umfassend verstanden und begriffen hat. Keiner soll irgendwo auf der Strecke bleiben. Hierin besteht die Hauptherausforderung für den Lehrer: Er muss stets wissen, wo seine Schüler stehen, was sie können und wo sie gegebenenfalls Inhalte wiederholen und festigen müssen oder wo sie mehr gefordert werden können. Den Schnelleren muss er genauso gerecht werden, wie den Schülern, die mehr Unterstützung benötigen. Auch Martin ist seinen Mitschülern nicht in allen Bereichen überlegen. So arbeiten die Schüler mal alleine, mal miteinander, in wechselnden Zusammensetzungen, jeder an seinem selbst entworfenen Projekt zu einem gemeinsamen Thema. Selbsttätigkeit, Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und ein respektvolles und vertrauensvolles Miteinander sind oberste Grundsätze. Das alles würde ohne ein eng zusammenarbeitendes Lehrerteam nicht funktionieren. Regelmäßige Teamsitzungen und Besprechungen stellen sicher, dass der Unterricht eng aufeinander abgestimmt ist und sich den jeweiligen Erfordernissen der Schüler und des Lernstoffs anpasst. Darüber hinaus sind die Lehrkräfte aber auch Ansprechpartner und Begleiter bei außerhalb des Schulalltages liegenden Problemen, bei denen sie auch von der Sozialpädagogin unterstützt werden. Diese Arbeit ist an der Schule schon immer selbstverständlich, rückt aber im Zuge der Diskussionen um Inklusion mehr in den Fokus des öffentlichen Interesses.

Neben Einzelfallberatungen von Schülern, Lehrern und Eltern werden auch Fortbildungen rund um das Thema Inklusion, Umgang mit Heterogenität und Fördermöglichkeiten an beiden Schulen abgehalten. Betriebe, Innungen und die regionale Wirtschaft werden informiert und die Zusammenarbeit gestärkt. Dies alles, um Schüler möglichst wohnortnah „inklusiv“ beschulen zu können. ■

Fachtagung „Erweiterte Schulleitung“ für Personalräte in München: Erste Erfolge des VLB zeichnen sich ab



CHRISTIAN WAGNER

Das Bildungs- und Förderwerk des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen veranstaltete in München eine Fachtagung zum Thema „Erweiterte Schulleitung“. Dazu waren alle örtlichen Personalräte derjenigen beruflichen Schulen eingeladen, die einen Antrag auf Einrichtung einer erweiterten Schulleitung ab Februar 2014 gestellt haben. Wolfgang Lambl, HPR und stellvertretender Landesvorsitzender des VLB, konnte neben den Personalvertretern hochrangige Vertreter des Bildungsministeriums begrüßen: Ministerialdirigent German Denneborg und Ministerialrat Maximilian Pangerl waren gekommen, um den Teilnehmern auf ihre Fragen Rede und Antwort zu stehen. Darüber hinaus stellte OStD Carlo Dirschedl, Leiter der beruflichen Schulen in Altötting, das Umsetzungskonzept seiner Schule vor.

Vom Gesetz zum Antrag

MR Pangerl ging zunächst auf das Antragsverfahren ein. In einem KMS vom 25. Oktober 2013 werden die Modalitäten der Bewerbung erläutert. Rechtsgrundlage ist Art. 57a des Bay EUG. Zunächst konnten sich Schulen mit Antragsberechtigung (Profil 21-Schulen) bewerben. Pangerl betonte, dass die Bewerbung freiwillig sei. Alle anderen Schulen kamen auf eine Warteliste. Dass hier im Nachrückverfahren auch andere Schulen antragsberechtigt sind, war eine

Forderung des VLB, die entsprechend umgesetzt wurde.

Einbindung der Personalvertretung und des Kollegiums

Eine Voraussetzung dafür, dass die erweiterte Schulleitung zum Erfolg wird, ist, dass das Kollegium und die Personalvertretung hinter dem Antrag stehen. Deshalb sollten die Genannten über die Antragstellung informiert und in den Prozess eingebunden werden. MR Pangerl hielt es für sinnvoll, das Anliegen in einer eigens dazu angesetzten Lehrerkonferenz zu behandeln. Das Thema müsse ausführlich diskutiert werden und kritischen Stimmen sei gebührend Aufmerksamkeit einzuräumen. „Die Einführung der erweiterten Schulleitung“, so Pangerl, „kann jedenfalls nur dann zum Erfolg führen, wenn ein Großteil der Lehrkräfte hinter dem Antrag steht“. Auf Nachfrage betonte der Ministerialrat aber, dass der Schulleiter nicht zwingend über den Antrag abstimmen lassen muss. Es reiche, wenn er sich ein Bild davon macht, wie die Lehrkräfte dazu stehen. Für wenig sinnvoll hielt es der Referent, einen Antrag zu stellen, wenn die Mehrzahl des Kollegiums nicht dahinter steht. „Dann ist dies meist schon im Ansatz zum Scheitern verurteilt“, meinte Pangerl.

HPR Lambl merkte an, dass es den Begriff „einbinden“ so eigentlich in der Personalvertretung nicht gebe. Bei der Antragstellung müsse der Schulleiter indes angeben, dass er mit dem Kollegium über den Antrag gesprochen hat. Dies war auch eine Forderung der VLB, welche teilweise umgesetzt wurde.

Beurteilung, Unterrichtsbesuche

Sehr unter den Nägeln brannte den Teilnehmern der Punkt Unterrichtsbesuche und Beurteilung. MR Pangerl betonte, dass es hierzu noch keine neuen Beurteilungsrichtlinien gebe. Das bedeute, dass im derzeitigen Beurteilungszeitraum noch alles „beim Alten“ bleibe. Wie und in welcher Form die Beurteilungsrichtlinien geändert werden, stehe

noch nicht fest. Sicher sei aber, dass immer der Schulleiter die Verantwortung für die dienstliche Beurteilung hat. Auch jetzt ist es schon möglich, dass der Schulleiter in Begleitung des Fachbetreuers einen Unterrichtsbesuch durchführt und sich mit ihm berät.

Mdgt Denneborg wies darauf hin, dass im Vordergrund der Maßnahme nicht die Kontrolle stehen dürfe. Es solle nicht so sein, dass die Lehrer nun unter ständiger Beobachtung stehen. Dies wäre absolut kontraproduktiv. Kollege Dirschedl fügte hinzu, er mache Unterrichtsbesuche innerhalb des Beurteilungszeitraums einmal gemeinsam mit dem „Abteilungsleiter“. Anschließend besprechen beide die Stunde. Jedoch wurde nochmals von allen Seiten betont, dass einzig und allein der Schulleiter die Verantwortung über die dienstliche Beurteilung habe.

Für den VLB und den HPR ergibt sich die Aufgabe, sich intensiv mit der Neugestaltung der Beurteilungsrichtlinien zu befassen. Die Unterrichtsbesuche der Mitglieder der erweiterten Schulleitung sollten lediglich zur Beratung und Unterstützung des Kollegen bzw. der Kollegin dienen und nicht zur Beurteilung. Nur so ist, wie vom VLB gefordert, eine kollegial-vertrauensvolles Miteinander möglich. Lediglich ein Unterrichtsbesuch, wie ja jetzt schon möglich, gemeinsam mit dem Schulleiter, sollte zur Beurteilung herangezogen werden.

Ein anwesender Personalrat fragte nach, ob ein A13-Beamter oder ein A14-Beamter Mitglied der erweiterten Schulleitung werden könne, und ob es rechtlich möglich sei, dass dieser dann andere Kollegen beurteilt.

MR Pangerl unterschied zwischen „geborenen“ Mitgliedern und „erkorenen“ Mitgliedern.

„Geborene“ Mitglieder seien „Mitarbeiter in der Schulleitung“, stellvertretende Schulleiter, Außenstellenleiter und Mitarbeiter in der Schulleitung, nicht aber Systembetreuer oder Seminarlehrer. (Sie könnten sich natürlich auf eine entsprechende Stelle bewerben).

In Ausnahmefällen könne es freilich vorkommen, dass ein Mitglied der erweiterten Schulleitung noch in A 13 ist.

Grundsätzlich aber müsse sich das berufene Mitglied aber in der Besoldungsgruppe A 14 (QE 4) bzw. A12 (QE 3) befinden. Die Stellen seien durch den Schulleiter auszuschreiben.

MR Pangerl betonte nochmals, dass allein der Schulleiter für die Beurteilung zuständig sei. Ansonsten jedoch sei das Mitglied der erweiterten Schulleitung weisungsbefugt. Es habe mit der Einweisung in das Amt Führungsaufgaben übernommen. Pangerl wies darauf hin, dass jedem Mitglied der erweiterten Schulleitung zwei Anrechnungsstunden zustehen, welche der Schulleiter nicht anderweitig vergeben dürfe.

Welches Mitglied der erweiterten Schulleitung betreut welche Lehrer? So lautete eine weitere Frage aus dem Kreis der Teilnehmer. „Dazu gibt bestehen keine Vorgaben, dies bestimmt die Schule in eigener Entscheidung“, so Pangerl.

Konzept der erweiterten Schulleitung

Dem Antrag auf Einrichtung einer erweiterten Schulleitung ist ein Umsetzungskonzept beizulegen. Damit soll die Eigenverantwortung der Schule gestärkt werden. Dieses Konzept kann also an jeder Schule anders sein. Auch damit wurde einer Forderung des VLB Rechnung getragen.

Wie kann die erweiterte Schulleitung aussehen?

Schulleiter Dirschedl stellte, wie gesagt, das Konzept und dessen Umsetzung an seiner Schule vor. Er betonte, dass die „Mitglieder der erweiterten Schulleitung“ nur gemeinsam mit dem Schulleiter Unterrichtsbesuche durchführen. Ansonsten dienen die Unterrichtsbesuche der Beratung der Lehrkräfte.

Darüber hinaus sichern die Fachbetreuer die Unterrichtsqualität und nehmen die fachliche und didaktisch-methodische Begleitung wahr. Jedoch haben vor allem in den allgemeinbildenden Fächern einzelne Fachbetreuer mehrere Fächer zu betreuen. Dirschedl merkte an, dass der Staat sich diese Einführung der erweiterten Schulleitung einiges kosten lasse. Es solle dadurch die Qualität der schulischen Arbeit und die Zufriedenheit der Kollegien gesteigert werden

und letztendlich die Schüler die Nutznießer der Maßnahme sein.

Zusammenfassung

Die Einführung der erweiterten Schulleitung wurde zum Februartermin unter immensem Zeitdruck „durchgezogen“. Der enge Zeitrahmen wurde auch immer wieder von den Anwesenden moniert. Es bestand nur wenig Gelegenheit zu umfassender Information der Beschäftigten und nach den Rückmeldungen teilweise auch zur Einbindung der Personalvertretungen. Dies müsse sich in der „nächsten Runde“ erheblich verbessern, denn nur wenn gewährleistet sei, dass das Kollegium hinter dem Antrag der Schule steht, sei eine erfolgreiche und reibungslose Umsetzung denkbar, hieß es. Erforderlich wären auch die geänderte Ausgestaltung der Lehrerdienstordnung und der Bekanntmachung zum Mitarbeitergespräch gewesen.

Es bleibt also noch viel Arbeit für den Verband und den Hauptpersonalrat. Bei der Neufassung der Beurteilungsrichtlinien muss besonders darauf geach-

tet werden, dass die Mitglieder der erweiterten Schulleitung nicht doch noch zum „Kontrollleur“ und „Visitor“ werden. Ebenso muss viel Wert auf Fortbildungen gelegt werden, da die Mitglieder der erweiterten Schulleitung auf ihre neue Aufgaben vorbereitet werden müssen. Sehr zu begrüßen ist, dass die Schulen eigenverantwortlich ein Konzept der Umsetzung erarbeiten und dies bei der Antragstellung miteinreichen müssen. Hierbei ist der Personalrat als Sprachrohr des Kollegiums zwingend einzubinden. Auch müsse er während der Umsetzung genau beobachten, ob das Konzept umgesetzt werde, ob es Spannungen im Kollegium gebe oder ob einfach noch mehr Beratung notwendig sei, wurde festgestellt. Viele neue Aufgaben also für unsere örtlichen Personalvertretungen, was eine entsprechende Erhöhung der Freistellung erforderlich macht.

Resumée: Es gibt also noch viel zu tun, auf dem Weg zu einer eigenverantwortlichen Schule, die letztlich aber dem Wohle all unserer Schülerinnen und Schüler dient. ■

Wenig bekannt:

Die Remonstrationspflicht des Beamten



HERMANN RUPPRECHT

Die eine „Seite der Medaille“ ist allen Beamten bekannt und quasi in Fleisch und Blut übergegangen: die Pflicht des Beamten zur Loyalität oder anders aus-

gedrückt seine Weisungsgebundenheit gegenüber dem Dienststellenleiter und nach BayEUG Art 57.2 auch gegenüber Personen, denen Weisungsrecht vom Dienststellenleiter in einem bestimmten Bereich übertragen wurde, z. B. die Organisation einer Abteilung.

Aber sehen wir doch einmal in den gesetzlichen Vorgaben nach:

Beamtenstatusgesetz § 35: Weisungsgebundenheit

Beamtinnen und Beamte haben ihre Vorgesetzten zu beraten und zu unterstützen. Sie sind verpflichtet, deren dienstliche Anordnungen auszuführen und deren allgemeine Richtlinien zu befolgen. Dies gilt nicht, soweit die Beamtinnen und Beamten nach besonderen

gesetzlichen Vorschriften an Weisungen nicht gebunden und nur dem Gesetz unterworfen sind.

Überraschend wird für den einen oder anderen sein, dass die Beratung und Unterstützung der Vorgesetzten im Beamtenstatusgesetz quasi als erstes vorangestellt wird.

Um den Vorgesetzten beraten zu können, muss der „Ratgeber“ in dieser Situation „auf Augenhöhe“ mit seinem Gegenüber sein, sonst wird eine konstruktive Beratung niemals funktionieren.

Als zweites sollen die Beamtinnen und Beamten ihre Vorgesetzten unterstützen. Der Gesetzgeber geht hier ohne Zweifel von einem positiven Betriebsklima und einem wertschätzenden Umgang miteinander aus, ansonsten bliebe diese gesetzliche Forderung eine leere Worthülse.

Erst an dritter Stelle kommt die Weisungebundenheit gegenüber dem Vorgesetzten.

Die Weisungen des Vorgesetzten gelten nicht, wenn sie im Kontrast oder Widerspruch zu gesetzlichen Regelungen oder Ausführungsbestimmungen der Ministerien oder Regierungen stehen.

An dieser Stelle kommen wir zur „anderen Seite der Medaille“: die Pflicht des Beamten zu Remonstration. Eine Remonstration (von lateinisch *remonstrare* „wieder zeigen“) ist eine Gegenvorstellung oder eine Einwendung, die Beamtinnen und Beamte gegen eine Weisung erheben müssen, die diese von ihren Vorgesetzten erhalten hat.

Beamtenstatusgesetz § 36: Verantwortung für die Rechtmäßigkeit

(1) Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

(2) Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich auf dem Dienstweg geltend zu machen. Wird die Anordnung aufrecht erhalten, haben sie sich, wenn die Bedenken fortbestehen, an die nächst höhere Vorgesetzte oder den nächst höheren Vorgesetzten zu wenden. Wird die Anordnung bestätigt, müssen die Beamtinnen und Beamten sie ausführen und sind von der

eigenen Verantwortung befreit. Dies gilt nicht, wenn das aufgetragene Verhalten die Würde des Menschen verletzt oder strafbar oder ordnungswidrig ist und die Strafbarkeit oder Ordnungswidrigkeit für die Beamtinnen oder Beamten erkennbar ist. Die Bestätigung hat auf Verlangen schriftlich zu erfolgen (...).

Zu jeder Zeit sind Beamtinnen und Beamte also für ihre Handlungen eigenverantwortlich, sie können sich niemals ohne kritische Prüfung auf eine Weisung berufen, insbesondere dann, wenn sie die Würde des Menschen usw. verletzt.

Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit einer Anordnung des Vorgesetzten müssen also sofort und schriftlich (Dienstweg) vorgebracht werden. Dazu müssen die Beamtinnen und Beamten diese Verpflichtung verinnerlichen. Dabei können erfahrene Kolleginnen und Kollegen, sowie der Personalrat unterstützend wirken.

Alle einschlägigen Gesetze und sehr viele Ordnungen, z. B. LDO, findet man im Internet.

Anhand des Inhaltsverzeichnis wird einem das Nachlesen sehr erleichtert.

Es ist auch nicht so, dass im Zweifelsfall Beamtinnen und Beamte ihre Bedenken nicht anmelden sollen, nein im Gegenteil, gerade dann ist es wichtig, dass die bezweifelte Anordnung überprüft wird.

Bevor die schriftlichen Bedenken geäußert werden, sollen die Beamtinnen und Beamten zuerst einmal mündlich nachfragen. Befindet sich der Vorgesetzte nicht im Haus, ist der ständige Vertreter zuständig. Dann müssen die Bedenken schriftlich niedergelegt werden. Es ist möglich und ratsam, dem örtlichen Personalrat eine Kopie davon zu übermitteln. Dieser sollte es dann an den Bezirkspersonalrat weiter leiten.

Über die Rechtmäßigkeit einer Anordnung entschieden wird von der übergeordneten Behörde, z. B. der Regierung des jeweiligen Bezirkes. In unklärten Zweifelsfällen wird über die Remonstrati-

on von der obersten Dienstbehörde, dem Staatsministerium, unter Einbindung des jeweiligen Hauptpersonalrates entschieden. Soweit zur Rechtslage, nun zur Praxis.

Fallbeispiel 1:

In einigen Schulen wurden Fachbetreuerinnen und Fachbetreuer aufgefordert, eine schriftliche Einschätzung ihres Unterrichtsbesuches zu erstellen und der Schulleitung zu übermitteln.

Diese Anordnung ist rechtswidrig, weil Fachbetreuerinnen und Fachbetreuer keine Akten zum Zwecke der Beurteilung anlegen dürfen. Dies ist eindeutig in den dienstlichen Richtlinien zur Beurteilung und den allgemeinen Verwaltungsvorschriften festgelegt. Nur der Dienststellenleiter darf Aktenblätter und Vorgänge zur Persolakte hinzufügen. Diese müssen den Beschäftigten vorher – mit der Möglichkeit einer Stellungnahme – in Kopie ausgehändigt werden. Dabei sind die Vorgaben des Personalaktenrechts des Bayerischen Beamtengesetzes strikt einzuhalten.

Fallbeispiel 2:

Ein Gerichtsurteil, das den Unterrichtseinsatz einer Lehrkraft im vorher strittig verhandelten Fall festlegte, wurde trotz Rechtskräftigkeit des Urteils vom Dienststellenleiter nicht umgesetzt. Der Beschäftigte wandte sich daraufhin an den Bezirkspersonalrat, der über die Regierung darauf hinwirken konnte, dass das Urteil unverzüglich vom Dienststellenleiter vorgabengemäß angewendet wurde.

Fazit

Beamtinnen und Beamte sind keineswegs willfährige „Befehlsempfänger“, vielmehr tragen sie für ihre Handlungen die umfangreiche Verantwortung. Beamtinnen und Beamte haben daran mitzuwirken, dass Recht und Gesetz in vollem Umfang Anwendung findet. Dazu hat der Gesetzgeber die Remonstrationspflicht als gesetzliche Vorgabe erlassen. ■

Dienstrecht aktuell:

Beurteilung schwerbehinderter Beschäftigter



WOLFGANG LAMBL

Allgemeines

Auf folgende – bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen – allgemein zu beachtenden Besonderheiten wird hingewiesen:

Schwerbehinderte Beschäftigte erfüllen im Rahmen ihrer individuellen Leistungsfähigkeit ihre Dienstplichten wie andere nichtbehinderte Angehörige des öffentlichen Dienstes. Sie benötigen allerdings zur Erbringung gleichwertiger Leistungen einen größeren Einsatz an Energie und Engagement. Die Bemühungen schwerbehinderter Beschäftigter, trotz ihrer bestehenden Beeinträchtigung vollwertige Arbeit zu leisten, sind von Vorgesetzten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach Kräften zu unterstützen. Im täglichen Arbeitsgeschehen auftretende Schwierigkeiten und Spannungen, die auf dem Gesundheitszustand schwerbehinderter Beschäftigter beruhen können, müssen mit Verständnis ausgeglichen werden; falls erforderlich, ist eine psychosoziale Betreuung anzuregen und ergänzende Unterstützung der Integrationsfachdienste in Anspruch zu nehmen.

Es muss auch in Kauf genommen werden, dass in Einzelfällen schwerbehinderte Beschäftigte für eine Arbeit mehr Zeit benötigen. Bei der Zuteilung von Dienstgeschäften an schwerbehin-

derte Beschäftigte soll dies angemessen berücksichtigt werden, soweit es die ordnungsgemäße und zeitgerechte Abwicklung des Geschäftsganges zulässt. Hat die Behinderung Auswirkungen auf die Arbeits- und Verwendungsfähigkeit, ist ihnen das Gesamturteil zuzuerkennen, das sie erhalten würden, wenn ihre Arbeits- und Verwendungsfähigkeit nicht durch die Behinderung gemindert wäre. Erbringen schwerbehinderte Beschäftigte trotz ihrer Behinderung beispielsweise in quantitativer Hinsicht gleiche Leistungen, kann in ergänzenden Bemerkungen darauf verwiesen werden, dass schwerbehinderte und diesen gleichgestellte behinderte Beamtinnen und Beamte trotz der mit der Behinderung verbundenen Erschwernis gute bzw. herausragende Leistungen erbringen.

Dies gilt in besonderem Maße für schwerbehinderte Menschen im Sinn des § 72 SGB IX:

Schwerbehinderte Menschen, die nach Art oder Schwere ihrer Behinderung im Arbeitsleben besonders betroffen sind, insbesondere solche,

1. a) die zur Ausübung der Beschäftigung wegen ihrer Behinderung nicht nur vorübergehend einer besonderen Hilfskraft bedürfen oder
- b) deren Beschäftigung infolge ihrer Behinderung nicht nur vorübergehend mit außergewöhnlichen Aufwendungen für den Arbeitgeber verbunden ist oder
- c) die infolge ihrer Behinderung nicht nur vorübergehend offensichtlich nur eine wesentlich verminderte Arbeitsleistung erbringen können oder
- d) bei denen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 allein infolge geistiger oder seelischer Behinderung oder eines Anfallsleidens vorliegt oder
- e) die wegen Art oder Schwere der Behinderung keine abgeschlossene Berufsbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes haben,

2. schwerbehinderte Menschen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben.

Benachteiligungsverbot

Bei der Beurteilung der Leistung schwerbehinderter Beamtinnen und Beamter ist eine eventuelle Minderung der Arbeits- und/oder der Verwendungsfähigkeit durch ihre Behinderung zu berücksichtigen (Art. 21 Abs. 2 LlbG). Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte dürfen bei der Beurteilung nicht benachteiligt werden. Dies gilt für dienstliche Beurteilungen im Sinn des Art. 54 Abs. 1 wie auch für die Leistungsfeststellungen nach Art. 62 LlbG.

Besondere Angaben im Beurteilungsvordruck bzw. eines Vordrucks der gesonderten Leistungsfeststellung

Im Kopf des Beurteilungsvordrucks bzw. eines Vordrucks der gesonderten Leistungsfeststellung ist neben Namen, Amtsbezeichnung etc. auch eine Aussage zum Vorliegen einer Behinderung (unter Angabe des Grades der Behinderung) zu treffen, soweit diese durch Angabe des bzw. der Beschäftigten bekannt ist.

Hat die Behinderung eine Minderung der Arbeits- bzw. der Verwendungsfähigkeit zur Folge, ist in der Beurteilung in den ergänzenden Bemerkungen (Art. 59 Abs. 1 Satz 6, Abs. 2 Satz 2 LlbG) ein Hinweis aufzunehmen, dass die Minderung der Arbeits- bzw. der Verwendungsfähigkeit infolge der Behinderung berücksichtigt wurde. Haben sich die Leistungen in einem Beurteilungszeitraum gegenüber einer früheren Beurteilung wesentlich verschlechtert, so ist in der Beurteilung zu vermerken, ob und inwieweit die nachlassende Arbeits- bzw. Verwendungsfähigkeit ggf. auf die Behinderung zurückzuführen ist.

Im Falle einer Leistungsfeststellung als Voraussetzung für den regelmäßigen Stufenaufstieg (Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG) ist zu prüfen, inwieweit festgestellte Leistungsmängel zurechenbar sind (Art. 62 Abs. 4 Satz 1 LlbG). Dies ist dann nicht der Fall, wenn diese behinderungsbedingt sind. Wenn und soweit dies der Fall ist, kann darauf ein Stufenstopp nicht gestützt werden. In Falle eines verfügten Stufenstopps ist in der gesonderten Mitteilung (vgl. Abschnitt 4 Nr. 6.2.3 der VV-Beamtr, Nr. 30.3 der BayVwVBes) konkret darzule-

gen, warum die Mindestanforderungen unter Ausblendung der behinderungsbedingten Leistungsmängel gleichwohl nicht erfüllt sind.

Verwendungseignungen nach Art. 58 Abs. 4 I l b G

Schwerbehinderte Beschäftigte sind für die Verwendung in Führungspositionen bzw. auf sonstigen höherwertigen Dienstposten und Funktionen, für die sie die Voraussetzungen grundsätzlich erfüllen, nur dann nicht geeignet, wenn auch bei wohlwollender Prüfung unüberwindbare behinderungsbedingte Einschränkungen bestehen. In jedem Fall soll dargelegt werden, inwieweit trotz der festgestellten behinderungsbedingten Einschränkungen alternative Möglichkeiten für die Übertragung der genannten Funktionen bestehen. Bei der Entscheidung ist zu berücksichtigen, dass es weder im wohlverstandenen Interesse schwerbehinderter Beschäftigter noch des Dienstherrn liegt, schwerbehinderten Menschen Aufgaben zu übertragen, die sie nicht erfüllen können. Sofern derartige Einschränkungen bestehen, sind sie – ggf. nach Erörterung mit der Schwerbehindertenvertretung – in deren Beisein den schwerbehinderten Beschäftigten rücksichtsvoll und offen darzulegen.

Besonderheiten im Beurteilungsverfahren

Vor Erstellen einer Beurteilung ist die bzw. der schwerbehinderte Beschäftigte schriftlich darauf hinzuweisen, dass die Schwerbehindertenvertretung grundsätzlich über das Anstehen der Beurteilung und das Ausmaß der Behinderung informiert wird, damit sie die Möglichkeit hat, an dem Beurteilungsverfahren mitzuwirken. Die bzw. der schwerbehinderte Beschäftigte kann diese Mitwirkung innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach dem schriftlichen Hinweis ablehnen.

Sofern die bzw. der Beschäftigte die Beteiligung nicht ablehnt, ist die Schwerbehindertenvertretung frühzeitig vor Erstellung der Beurteilung (zum Beispiel bei der Erstellung von sog. Vorübersichten bei periodischen Beurteilungen) über das Anstehen der Beurteilung und über

das der bzw. dem Beurteilenden bekannte Ausmaß der Behinderung zu informieren. Die Schwerbehindertenvertretung kann Beurteilende ihrerseits über Wesen und Ausmaß der Behinderung unterrichten. Sie kann darauf hinweisen, welche Auswirkungen aus ihrer Sicht die Behinderung auf den für die Beurteilung relevanten Sachverhalt haben könnte. Ein Anspruch, Auskunft über bzw. Einsicht in Beurteilungsunterlagen und die Bewertungen zu erhalten bzw. auf die Beurteilung Einfluss nehmen zu können, ist damit jedoch nicht verbunden. Erheben schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte Einwendungen gegen die Beurteilung

und hat die Schwerbehindertenvertretung eine Stellungnahme abgegeben oder hat sie zu den Einwendungen Stellung genommen, ist diese Stellungnahme der vorgesetzten Dienstbehörde im Rahmen des Art. 61 Abs. 1 Satz 4 I l b G mit vorzulegen.

Anwendung auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende

Bei schwerbehinderten Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Auszubildenden gelten diese Grundsätze sinngemäß. ■

Quelle: „Teilhaberichtlinien“ vom 19. Oktober 2009

Deutscher Lehrerverband zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig:

„Streikverbot für Lehrer garantiert Bildungsrecht“

Der Deutsche Lehrerverband begrüßt die verkündete Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, die das Streikverbot für Lehrer bestätigt.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, betonte: „Es hat schon seine Richtigkeit, dass Lehrer und Staat in einem besonderen Treueverhältnis stehen: Der Staat sorgt dafür, dass die Lehrer ein vernünftiges Auskommen haben, umgekehrt ist die Gegenleistung der Lehrer, dass sie im Interesse der Schüler auf gewisse Rechte verzichten, nämlich z. B. auf das Streikrecht.“

Denn insbesondere die Rechte der Schüler seien durch Streiks betroffen, führte Kraus aus: „Wir haben in Deutschland eine Schulpflicht, davon abgeleitet bestehen Bildungsrechte der heranwachsenden Generation. In dem Moment, in dem Lehrer streiken dürfen, kann dieses Bildungsrecht nicht mehr eingelöst werden. Was das bedeutet, wissen wir aus Ländern, in denen Lehrerstreiks immer wieder vorkommen – dort wird oft wochenlang der Bildungsbetrieb und manchmal auch der Prüfungsbetrieb lahmgelegt, dies geht besonders zu Lasten der schwächeren Schüler.“

Doch nicht nur das Streikverbot spricht für den Beamtenstatus der Lehrerschaft: „Lehrer und Lehrerkollegien entscheiden über Laufbahnen und greifen damit also in Grundrechte ein – und der Eingriff in Grundrechte muss Staatsbediensteten im Beamtenstatus vorbehalten sein.“

Kraus sprach sich am 27. Februar im ARD-Morgenmagazin dezidiert gegen ein Streikrecht für verbeamtete Lehrer aus.

Das Interview im ARD-Morgenmagazin kann unter <http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/politik/Lehrerverband-spricht-sich-gegen-Streikrecht-fuer-Lehrer-aus-100.html> abgerufen werden.

Ausführlich äußerte sich der Präsident zum Beamtenstatus der Lehrer auch in der Sendung „login“ auf ZDF info am 26. Februar. Abrufbar unter <http://blog.zdf.de/zdflogin/2014/02/27/zdflogin-zum-thema-leisten-wir-uns-zu-viele-schlechte-lehrer-verpasst/#more-12268>.

Die Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts zum Urteil finden Sie hier: BVerwG 2 C 1.13.

Für den Inhalt verantwortlich:
Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Fachlehrer tagen in Nürnberg:

Einsatz der Fachlehrer als unverzichtbarer Bestandteil in der beruflichen Bildung

MARTIN KRAUSS/ROBERT KÖLBL

Der fachpraktische Anteil in der dualen Ausbildung ist ein besonderes Merkmal in der beruflichen Ausbildung an den beruflichen Schulen. Die Stärke der Schulen ist seit jeher das Zusammenspiel der Lehrkräfte der beiden Qualifikationsebenen. Personalgewinnung und Personalentwicklung sind somit wesentliche Bestandteile der Qualitätssicherung für den Unterricht.

Unter diesem Aspekt hat die Gruppe „Fachlehrer im VLB“ ihre jährliche Fachgruppensitzung in Nürnberg durchgeführt.

VLB-Fachlehrerreferent Robert Kölbl begrüßte die anwesenden Kolleginnen und Kollegen sowie den stellvertretenden Landesvorsitzenden Martin Krauß. Besonders aus dem Bereich Wirtschaftsschulen wurde der Einsatz in den neuen kompetenzorientierten Lehrplänen diskutiert. Lernfeldorientierung und Informationsverarbeitung stehen nicht im Widerspruch zum Einsatz der Fachlehrerkolleginnen und -kollegen aus dem Bereich Textverarbeitung. Obwohl das Fach „Textverarbeitung“ nicht mehr explizit ausgewiesen ist, besteht nach wie vor Bedarf in den Lernfeldern Informationsverarbeitung sowie in den prakti-

schen Anteilen innerhalb der weiteren Lernfelder, wie z.B. Natur und Technik. Hier wird nach Rücksprache mit Ministerialrat Dr. Güttler den Schulen eine selbständige Unterrichtsplanung ermöglicht. Grundsätzlich gilt: „Alle vorhandenen Lehrkräfte werden eingesetzt.“

Auch für die privaten Wirtschaftsschulen gilt, dass der Personalkostenzuschuss grundsätzlich nach den gesetzlichen Vorgaben erfolgt, nämlich nach den verwendeten Lehrerstunden innerhalb ihrer Qualifikationsebene. Um eine weitere Beschäftigung zu sichern, bzw. die Einsatzmöglichkeiten zu erweitern, unterstützt auch der VLB die Weiterqualifizierung hinsichtlich einer Lehrerlaubnis für den Ethikunterricht bei entsprechendem Interesse.

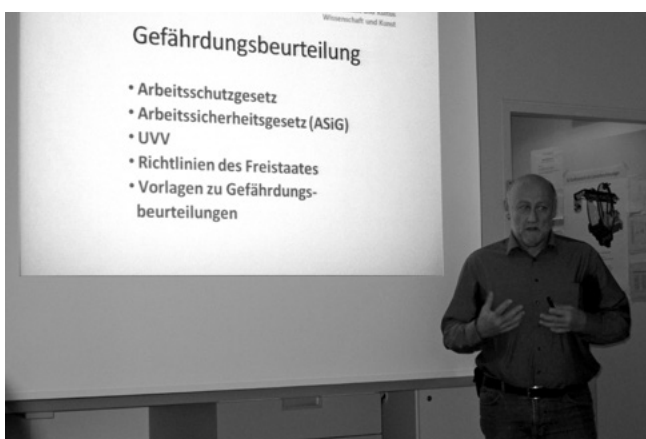
Mit der Neuordnung der Funktionsrichtlinien (FuBSCH) werden auch die bisherigen Stellen in A12 (=Funktionen) in der Qualifikationsebene 3 gesichert, bzw. geöffnet: Mitarbeiter in der Schulleitung als Systembetreuer ist nun auch für Lehrkräfte der Qualifikationsebene 3 möglich. Zusätzlich soll mit den neuen Richtlinien gesichert werden, dass sich im Funktionenplan der Schulen auch beide Lehrergruppen wieder finden. Hier haben die Personalvertretungen wesentlich mitgewirkt.

Der anhaltende Lehrermangel sowie die bevorstehende Pensionswelle ist Anlass über neue Wege für die Lehrgewinnung nachzudenken. Deshalb ist es seit der Dienstrechtsreform möglich, mit einem zweijährigen Ergänzungsstudium in die Qualifikationsebene 4 zu wechseln. Über die seit dem Schuljahr 2012/13 laufende Maßnahme und die Erfahrungen mit dem Ergänzungsstudium berichtet Robert Kölbl. Im Juli 2014 finden die wissenschaftlichen Prüfungen statt. Im Schuljahr 14/15 beginnt dann der Einsatz an den Schulen mit einem begleitenden „Referendariat“ für das Erweiterungsfach (z. B. Sozialkunde), das mit einer Lehrprobe und der Teilnahme an zehn Seminarsitzungen abgeschlossen wird. Im Anschluss wird die Maßnahme evaluiert und mit ggf. ergänzenden Rahmenbedingungen erneut angeboten. Das Engagement der beteiligten Fachlehrerkolleginnen und -kollegen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, weil dies neben dem fast normalen Unterrichtseinsatz (4 Wochenstunden Ermäßigung für zwei Jahre) geleistet werden muss.

Heterogene Klassen, inklusive Beschulung und auch erzieherisch schwierige Jugendliche stellen besonders im Unterricht mit fachpraktischen Inhalten und mit Werkzeugmaschinen ein nicht zu unterschätzendes Gefährdungspotential dar. Kollege Alfred Wrede, der auch Fachberater für Arbeitssicherheit an der Regierung von Oberbayern ist, stellte deshalb die Regularien für die Gefährdungsbeurteilung an den Schulen dar. Die Schulen sind angehalten, die Gefährdungsbeurteilungen für die einzelnen Räume zu dokumentieren und im Zusammenhang mit dem Unterricht darzustellen. Sollten einzelne Schulen hierbei Unterstützung benötigen, wird Kollege Alfred Wrede die notwendigen Unterlagen gerne zur Verfügung stellen.

In der Abschlussdiskussion regten die Kolleginnen und Kollegen an, dass über einen Link auf der VLB-Internetseite die offenen Stellen besser auffindbar dargestellt werden sollten.

Robert Kölbl bedankte sich für die engagierte Teilnahme der Kolleginnen und Kollegen. Die Anliegen aus dem Fachlehrerkreis werden weiterhin engagiert im VLB vertreten. ■



Die Schulen sind angehalten, Gefährdungsbeurteilungen darzustellen: Alfred Wrede, Fachberater bei der Regierung von Oberbayern.

9. Fachtagung FOS/BOS:

Nachlese: Kerngeschäft Unterricht – Neue Herausforderungen erfolgreich meistern

MARTIN RUF/KLAUS VIETZE

Die diesjährige FOS/BOS-Tag im schwäbischen Neu-Ulm stand unter dem Motto „Kerngeschäft Unterricht – Neue Herausforderungen erfolgreich meistern“. Wer gedacht hatte, dass die Hinwendung der VLB-Fachtagung zum Kerngeschäft des Unterrichtens evtl. Besucher abhalten konnte, sah sich eines Besseren belehrt. Vielleicht war es ja gerade diese Besinnung, die den Tag besonders erfolgreich werden ließ, zumal es dem VLB gelungen war, Prof. Dr. Manfred Spitzer für das Hauptreferat zu gewinnen.

In seiner Einführungsrede brachte Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich seine Freude zum Ausdruck, dass der Neu-Ulmer Landrat Erich Josef Geßner den Weg zum VLB gefunden hat. Ihm und der Schulleiterin Dr. Maike Tholen gratulierte er zu dem tollen Neu- und Umbau der Schule. Der Schulleiterin

dankte er mit einem Blumestrauß schon zu Beginn für die Vorbereitung und dann auch wirklich gelungene Durchführung der Tagung. Besonders freute er sich, dass MR Günter Liebl wieder den Weg zum VLB gefunden hat, um den Lehrkräften kompetent Rede und Antwort zu stehen.

Dem Hauptredner geschuldet wurde dieses Mal der Tagesablauf „auf den Kopf“ gestellt: Nach dem Begrüßungs- und Einführungsplenum fanden am Vormittag die Arbeitskreise zum „Kerngeschäft Unterricht“ statt. Die interessantesten und wichtigsten Ergebnisse dieser Workshops sind auf der VLB-Homepage www.vlb-bayern.de/fosbos nachzulesen.

Den Auftakt des Nachmittages gestaltete dann zunächst Prof. Dr. Spitzer mit seinen plakativen, jedoch wissenschaftlich unterlegten Ausführungen, zur „Digitalen Demenz“, die ja auch sonst be-

reits für einiges Aufsehen gesorgt haben. Bei den Zuhören war die Betroffenheit förmlich zu spüren. Die Redaktion von vlb-akzente bemüht sich deshalb, Prof. Spitzer für ein akzente-spezial in einer der nächsten Ausgabe zu gewinnen

Der Vormittag

Die berufliche Oberschule braucht 100 Lehrerstellen

„Die Schwerpunkte dieser Fachtagung liegen bewusst auf unserem Kerngeschäft dem Unterricht. Die Veranstaltung ist diesmal so konzipiert, dass sie den Lehrkräften unmittelbar verwertbare Impulse für die eigene Arbeit geben soll, deshalb wurde bewusst auf politische Podiumsdiskussionen und Statements verzichtet“, so VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich. Zur aktuellen bildungspolitischen Diskussion führ-



Blick in das vollbesetzte Plenum zum Auftakt des FOS/BOS-Tages.



„Die FOS/BOS braucht nach wie vor noch 100 Lehrerstellen“, so VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich.



Hilt ein Plädoyer für die beruflichen Schulen nicht nur im Landkreis Neu-Ulm – Landrat Erich Josef Geßner



VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich bedankte sich bei Schulleiterin Dr. Maike Tholen und ihrem Team für die hervorragende Vorbereitung und Durchführung des Tages.

te er weiter aus, dass sich seit kurzem alles „um Lehrerplanstellen und Unterrichtsversorgung dreht. Im Vordergrund stehen Themen wie Ganztagesbeschulung, Sicherung von Grundschulstandorten und Inklusion.

Zum Jahreswechsel war dies noch ganz anders. Es gab Lob für die beruflichen Schulen von allen Seiten, sogar vom Verband der bayerischen Wirtschaft.

Mittlerweile gerät die Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen bedauerlicherweise wieder in den Hintergrund. Der VLB fordert daher 300 Lehrkräfte mehr an beruflichen Schulen. Eine Zahl, die sich mit Fakten belegen lässt und nach Einschätzung von Experten eher am unteren Rand des Bedarfs liegt. Im laufenden Schuljahr besuchen 1.700 Schülerinnen und Schüler mehr als im vergangenen Jahr die Beruflichen Oberschulen. In den Eingangsklassen der Fachoberschulen beträgt der Zuwachs 10 %. Im kommenden Jahr wird sich dadurch die Situation beim Pflichtunterrichtsausfall noch verschärfen.

Der Lehrkräftebedarf beläuft sich allein in der Schulart FOS/BOS auf 100 Stellen. Dabei sind Themen wie die 3.0 Notenhürde für FOS 13, die Ausweitung der Vorklasse, sowie der mobilen Reserve und weitere Standorte der neuen Ausbildungsrichtungen noch nicht berücksichtigt.

Mit großer Sorge sehen wir den zunehmenden Einsatz von Lehrkräften mit Angestelltenverträgen, die zwar die quantitative Lücken schließen können, die der Schule aber u. U. nur zwei Jah-

ren zur Verfügung stehen und daher keinen Beitrag zur nachhaltigen Schulentwicklung und Qualitätssicherung leisten können. Hinzukommt die mangelnden Zukunftsaussichten dieser jungen, oft sehr engagierten Kolleginnen und Kollegen.

Der VLB geht davon aus, dass die Budgetlücken zunehmend mit Planstellen und nicht nur mit Finanzmitteln geschlossen werden und dass die befristeten Angestelltenverträge bei entsprechender Eignung auch entfristet werden.“

Zum Abschluss seiner Ausführungen lud der Landesvorsitzende zur 10. Fachtagung im nächsten Jahr nach Bamberg ein.

Investitionen in Bildung sind gut angelegt

In seinem Grußwort wies Landrat Erich Josef Geßner besonders auf das Engagement des Landkreises beim erst kürzlich fertig gestellten Um- und Neubau der Schule hin. „Gut 20 Millionen Euro hat der Landkreis in die Hand genommen, um beste Lern- und Lehrbedingungen für die derzeit 1.144 SchülerInnen sicherzustellen.“ Weiter betonte er, dass Bildung für ihn erste Priorität habe. „Mit Beginn meiner dritten und letzten Amtsperiode, die am 30. April dieses Jahres enden wird, habe ich eine Bildungsoffensive ausgerufen. Worten haben wir Taten folgen lassen, so dass Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle unseren Landkreis im Mai vorigen Jahres als erste Gebietskörperschaft im Freistaat zur „Bildungsregion in Bayern“ zertifi-

ziert hat. Das Gütesiegel ist für uns kein Selbstzweck, es ist vielmehr Ansporn, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und unsere Bildungslandschaft noch besser zu machen.“

Mit Blick in die Zukunft betonte er, dass „Bildung der entscheidende Faktor für eine gute Zukunft unseres Landkreises und seiner Bewohnerinnen und Bewohner, mehr noch: für ganz Bayern und Deutschland und seine Bevölkerung“ sei. So habe es der große amerikanische Präsident John F. Kennedy auf den Punkt gebracht, als er sagte: „Es gibt nur eines, was auf Dauer teuer ist als Bildung, keine Bildung.“ Unter Beifall stellte er fest, dass „wir bei der Bildung nicht knausern dürfen: bei uns im Landkreis nicht und auch auf Landesebene nicht!“ Erfreulich für uns Lehrkräfte war zu hören, dass wir in seinen Augen dabei eine Schlüsselrolle einnehmen. „Engagierte Pädagogen sind der wichtigste Faktor, damit Schüler besser lernen“, heißt es in der neuesten Ausgabe von „Carta 2020“, dem Bildungsmagazin des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Gerade an ihrer Aus- und Weiterbildung, aber auch an ihrer Motivation ist deshalb anzusetzen. Insbesondere scheint mir mehr und früherer Praxisbezug und weniger Theorielastigkeit nötig. Das gilt umso mehr, als die Herausforderungen für Lehrer in der Zukunft nicht geringer werden dürften. Ich nenne nur einige Stichworte: Demografischer Wandel; Chancengerechtigkeit unabhängig von der sozialen Herkunft; Einwanderung und Integration von Migranten; Chancen aber auch Risiken und Nebenwirkungen der digitalen Medien.“

FOS/BOS Neu-Ulm als starke Marke

„Ein Bild sagt mehr als tausend Worte“, so begrüßte Schulleiterin Dr. Maike Tholen die Gäste aus nah und fern. Um diese Aussage zu belegen, verzichtete sie auf einen Wortbeitrag zur Vorstellung der Schule und präsentierte einen Imagefilm der Schule, der eindrucksvoll die „FOS/BOS Neu-Ulm als starke Marke“ vorstellte. Dass an der Schule auch das Musische nicht zu kurz kommt, belegte die Schulband mit gekonnten Einlagen zwischen den Rednern. Daneben



brachte sie ihre Freude zum Ausdruck, dass so viele Kolleginnen und Kollegen den Weg nach Neu-Ulm gefunden haben. Wir Gäste können uns nur dafür bedanken, dass wir neben dem „geistigen“ Input der Tagung rundum von Schülern und Lehrkräften bestens betreut und versorgt wurden.

Der Nachmittag

Hauptreferat

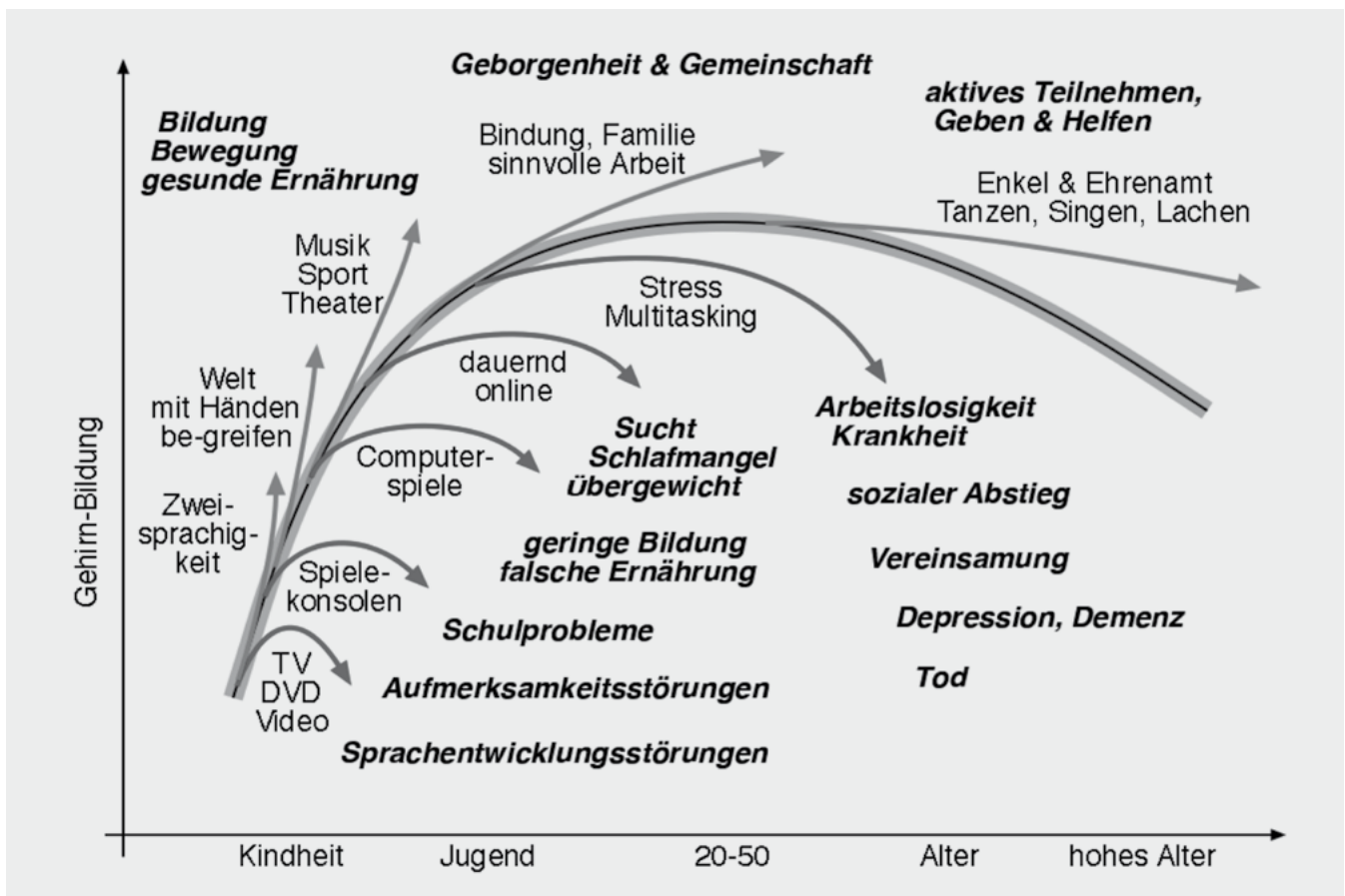
Wie eingangs schon erwähnt, hinterließ Prof. Dr. Manfred Spitzer mit seinem Referat „Digitale Demenz: Zu Risiken und Nebenwirkungen digitaler Informationstechnik in Kindheit und Jugend“

tiefe Betroffenheit bei den Zuhören. Mit kernigen Aussagen – die jedoch alle wissenschaftlich belegt sind – wie „Jeder 16. Mensch mit ganzem Hirn schafft den Hauptschulabschluss nicht“, „Je mehr Gehirn vorhanden ist, desto mehr entsteht“ oder „Computer machten Schule nicht besser“, untermauerte Spitzer sein Anliegen, dass wir in der Erziehung unsere Kinder umdenken sollten. Die digitalen Medien tragen in seinen Augen wesentlich dazu bei, dass der Mensch schon in frühester Kindheit nicht mehr lernt zu lernen.

Untenstehende Grafik zeigt auf den Punkt gebracht das ganze Dilemma, in dem wir momentan leben.

Erschreckend zu hören war auch, was eine Untersuchung über Aktivitäten neben der eigentlichen Konzentration auf die Vorlesung an der Bridgewater State University 2012 ans Licht gebracht hat (Abb. 1 Seite 22)

Ähnliches würde wohl auch in den Schulen ablaufen, wenn wir Lehrkräfte nicht ständig dahinterher wären, all



Zusätzliche Tätigkeiten

Während der Vorlesung	n	%	Während des Seminars	n	%
Facebook	191	24,7	Facebook	209	62,7
SMS	392	50,6	SMS	231	69,3
Chatten	102	13,2	Chatten	134	40,2
E-Mail	116	15,0	E-Mail	155	46,5
Musik hören	51	6,5	Musik hören	222	66,6
Aufgaben für andere Lehrveranstaltungen bearbeiten	136	17,6	Aufgaben für andere Lehrveranstaltungen bearbeiten	104	31,2
Telefonieren	25	3,2	Telefonieren	78	23,4
Essen	202	26,1	Essen	234	70,2
Trinken	440	56,8	Trinken	261	79,3

Abb. 1

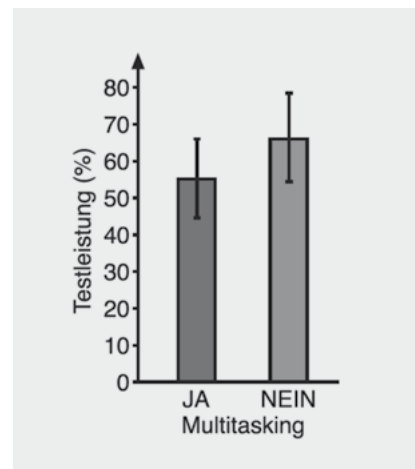


Abb. 2

das zu unterbinden – wie nervtötend das sein kann, ist wohl nicht weiter auszuführen. Einleuchtend dabei ist natürlich auch, dass sich dies auf die Lernleistung nachhaltig negativ auswirkt, wie eine Untersuchung zeigt, wenn gleichzeitig der Computer im Unterricht mitläuft (Abb. 2).

Prof. Spitzer war es innerhalb kürzester Zeit gelungen, die Zuhörer für das Thema zu sensibilisieren sowie Betroffenheit zu erzeugen, vielleicht den eigenen Medienkonsum und vor allem dem der Kinder kritisch zu hinterfragen



Engagiert wie immer – VLB-FOS/BOS-Referent Hans Dietrich und ...



... Ministerialrat Günter Liebl.

Lehrkräfte im Gespräch mit dem Staatsministerium

Die Fernsehsender hätten schlechte Quoten prognostiziert: welche Sendung würde bei herrlich blauem Himmel und Sonnenschein mitten im Winter genügend Zuschauer anlocken? Geht nicht, machen wir nicht, hätten die Fernsehquotenrechner wohl entschieden. Dass die Lehrkräfte der Beruflichen Oberschule anders handeln, war am Nachmittag der Fachtagung festzustellen. Das letzte Angebot des Tages schaffte nochmals voll besetzte Stühle im Plenum: Die Kollegen waren gespannt auf die Informationen aus dem Kultusministerium, für deren Präsentation Fachgruppenleiter Hans Dietrich den zuständigen Referatsleiter MR Günter Liebl eingeladen hatte.

Schülerzahlen und Lehrerstellen

Gleich zu Beginn seiner Ausführungen fand MR Liebl Verständnis für die Äu-

ßerung, die Landrat Geßner in seinem Grußwort machte: An allen Schularten würden die Schülerzahlen sinken, nur an der Beruflichen Oberschule nicht. Und ausgerechnet dort sei seit Jahren ein Defizit im Stundenbudget zu verzeichnen; das sei unverständlich. MR Liebl rechnete die zu erwartende Situation für das Schuljahr 2014/15 vor, wenn die diesjährigen Schüler der Jahrgangsstufe 11 in die Jahrgangsstufe 12 aufsteigen. Allein dafür würden etwa 100 zusätzliche Lehrerstellen benötigt. Hinzu kämen weitere zusätzliche Stellen zur Minderung des Budgetdefizits. Inwieweit nach den neuen Schüleranmeldungen und der Planung der Schulen weiter steigende Schülerzahlen zu verzeichnen sind, bleibt abzuwarten. Sie würden dann noch mehr zusätzliche Lehrkräfte erfordern. MR Liebl wies darauf hin, dass den

Forderungen nach zusätzlichen Lehrerstellen Grenzen durch den Staatshaushalt gesetzt sind. Die Umsetzung der Forderungen kann erst im Nachtragshaushalt erfolgen, der voraussichtlich im April 2014 verabschiedet werden wird.

Der VLB hat hierzu bereits seine Erwartung artikuliert, dass von den 800 Stellen, deren Verbleib im Schulbereich von Ministerpräsident Seehofer zugesichert wurde, mindestens 300 an die Beruflichen Schulen gehen müssen.

Günter Liebl wartete mit vielen Zahlen zur Beruflichen Oberschule auf. So ist in 2013/14 die Schülerzahl auf das Allzeithoch von über 56.000 Schülern gestiegen, wobei den Zuwachs die FOS verursacht hat, an der BOS ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die durchschnittliche Klassengröße ist mit etwa 24 Schülern akzeptabel.

Alfred Lichtwark zum 100. Todestag:

Erziehung wider den Kulturverfall

PETER THIEL

Für Altbundeskanzler Helmut Schmidt war sie die Bildungsstätte schlechthin, die Hamburger Lichtwark-Schule. Dort war er Schüler von 1929 bis 1937 und saß in einer Klasse mit Hannelore Glaser, seiner späteren Ehefrau (besser bekannt unter dem Namen Loki). Wenn die beiden Schmidts über „ihre“ Schule sprachen, gerieten sie mitunter ins Schwärmen. Dabei zeigte er, der kühle Hanseat, sich zurückhaltender als sie. „Wir hatten eine sehr schöne Schulzeit und mit der Schule sehr viel Glück gehabt“, bekräftigte sie, die ja selbst auch Lehrerin war, immer wieder und wies dabei besonders nachdrücklich auf das stark musisch ausgerichtete Konzept der Lichtwarkschule hin. Und er, der Altbundeskanzler? Auch er findet lobende Worte, schränkt dann aber doch ein wenig ein: „Die Lichtwarkschule hat mir Augen und Ohren geöffnet für Kunst, Musik, Literatur und Theater – nicht allerdings für Politik“.

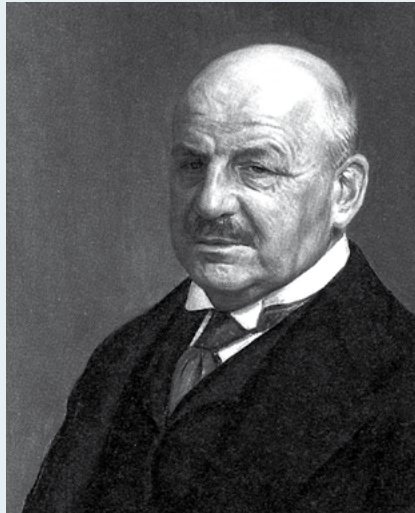
„Die Schule sollte hungrig machen“

Blenden wir hundert Jahre zurück: 1914 wird die Lichtwarkschule in Hamburg gegründet. Im gleichen Jahr freilich verstirbt deren Namenspatron, der Reformpädagoge Alfred Lichtwark. Mit der Gründung der nach ihm benannten Bildungseinrichtung hat er persönlich nichts zu tun.

Lichtwark wird der der Kunsterziehungsbewegung zugeordnet, einer besonderen Richtung der Reformpädagogik. 1903, anlässlich des „Kunsterziehungstages“ in Weimar, stellt er kritisch fest: „Die Schule geht nur vom Stoff aus und bleibt geradezu an diesem kleben“. Und er bedauert: „Mit ihrer ausschließlichen Sorge um den Lehrstoff hat sie satt gemacht, wo sie hungrig machen sollte“.

Vor der Geschmacksverödung bewahren

Zunächst ein Blick auf den kulturgeschichtlichen Hintergrund: Gegen En-



Alfred Lichtwark (1852 – 1914)

de des 19. Jahrhunderts bemängeln Kulturschaffende – Künstler und Pädagogen – dass die Schule Gemüt und Phantasie der Kinder zu wenig anspreche. Der Unterricht wird als zu kopflastig empfunden. Es ist die Zeit, da sich in Deutschland die Industrialisierung vollzieht. Das Handwerklich-Künstlerische weicht immer mehr der Produktion fabrikmäßig hergestellter Massenware, der Konsum von Ramsch und Kitsch greift um sich. Diese kulturelle Großwetterlage bereitet der genannten Protestgruppe starkes Unbehagen. Es entsteht eine Bewegung, deren Ziel es ist, die schöpferischen Kräfte der Menschen zu aktivieren, den Einzelnen vor der Geschmacksverödung zu bewahren und für die Kunst zu gewinnen. „Keines der modernen Kulturvölker hat es so nötig wie wir Deutsche, dass der Einzelne an seine künstlerische Erziehung die Hand legt“, wird er zitiert.

Kunsterziehungstage mit starker Rückwirkung

Auf dem Büchermarkt erscheint zu dieser Zeit ein Band mit dem Titel „Rembrandt als Erzieher“. Autor ist Julius Langbehn (1851 – 1907), ebenfalls ein Bildungsreformer, der später unter der Bezeichnung „Rembrandtdeutscher“ po-

litisch „in die Schusslinie“ geraten wird, weil seine romantisch-verklärte Position zu Missverständnissen führt.

Generell sieht die Kunsterziehungsbewegung im Schöpferischen die entscheidende Kraft einer ganzheitlich ausgerichteten Menschenbildung. In diesem Sinne denkt und wirkt auch Alfred Lichtwark. Er ist der Kopf einer 1896 entstehenden Hamburger „Lehrervereinigung zur Pflege der künstlerischen Bildung in der Schule“ und Autor der 1898 erscheinenden Schrift „Übungen im Betrachten von Kunstwerken“.

In den Jahren 1901, 1903 und 1905 finden in verschiedenen deutschen Städten – Dresden, Weimar und Hamburg – „Kunsterziehungstage“ statt, die eine starke Rückwirkung auf die Pädagogik haben. 1901 – in Dresden – tritt Lichtwark als Redner auf.

In der „Armenschule“

Alfred Lichtwarks Lebensweg ist kurvenreich. Er beginnt 1852 in der Hamburger Stadtrandgemeinde Reitbrook. Der Vater betreibt eine Mühle, in deren Idylle sich die kindliche Erlebnisfähigkeit voll entfalten kann. Zunächst wenigstens. Dann schlägt das Schicksal zu: Die Mühle macht bankrott, der Vater übernimmt eine schlecht gehende Kneipe in Hamburg, und die Familie gerät mehr und mehr in den Strudel des sozialen Abstiegs. Der Junge muss eine Art Armenschule besuchen, erweist sich jedoch als glänzender Schüler. Zeitweise wird er zur Betreuung Jüngerer eingesetzt. Der Rektor erkennt seine Begabung und empfiehlt ihm, Lehrer zu werden. Lichtwark folgt dem Rat. Ab 1867 unterrichtet er – zunächst als „Lehrergehilfe“ – an einer „Freischule für Mittellose“, bildet sich daneben aber als Lehrer fort. Insgesamt zwölf Jahre ist er an verschiedenen Schulen der Hansestadt tätig, mit großer Begeisterung, wie es heißt. Er ist Pädagoge mit ganzer Seele.

Auf Grund seiner Neigung zur Kunst beauftragt ihn die Hamburger Gewerkekammer, eine kunstgewerbliche Museumssammlung aufzubauen. Diese entsteht im Geiste Gottfried Sempers (1803 – 1879), der bereits 1848 festgestellt hatte: „Die Sammlungen und die öffentlichen Monumente sind die wahren Leh-



Der Altbau der Hamburger Kunsthalle, ab 1886 Lichtwarks Wirkungsstätte.

rer eines freien Volkes. Sie sind ... Schulen des allgemeinen Volksgeschmacks“.

Lichtwark misst dem Sammeln generell einen hohen pädagogischen Stellenwert bei. Dies bringt er (1912) mit den Worten zum Ausdruck: „Die Erfahrung lehrt dass, wer auf irgendeinem Gebiet zu sammeln anfängt, eine Wandlung in seiner Seele anheben spürt. Er wird ein freudiger Mensch, den eine tiefere Teilnahme erfüllt, und ein offeneres Verständnis für die Dinge dieser Welt bewegt seine Seele“.

Studienjahre

Lichtwark hält mit seiner Bildungsvorstellung nicht hinterm Berg, geht unter die Leute und erregt viel Aufmerksamkeit. Noch gilt er als Selfmademan. Dann jedoch erhält er von einem Hamburger Kaufmann ein Stipendium und kann studieren. Er schreibt sich an der Leipziger Universität ein: Hauptfach Kunst, daneben Philosophie und Volkswirtschaft. Nach einem kurzen Intermezzo in Leipzig wechselt er nach Berlin, weil er von dort ein Angebot als wissenschaftliche Hilfskraft am Kunstgewerbemuseum erhält. Natürlich setzt er sein Studium in der Reichshauptstadt fort und verfasst eine Dissertation zum Thema „Ornamentstiche der Frührenaissance“. Wahrlich exotisch, das Thema, doch es wird eine bahnbrechende Arbeit, die in Fachkreisen auf große Zustimmung stößt. Offizielle Bewertung: Note Eins, ohne Einschränkung.

Mit der Reichsgründung 1871 entwickelt sich Berlin zur Weltstadt. Die Kulturszene dort jedoch empfindet Lichtwark als unterentwickelt. Deshalb beginnt er zu schreiben, äußert sich zu allem, was das Kulturleben an der Spree hergibt und durchlebt eine ausgesprochen aktive journalistische Phase.

Klinger, Marées, Böcklin u. a.

Entscheidend für seine weitere Entwicklung ist auch der Kontakt zu führenden Köpfen der Berliner Kunstszene. Er hat persönliche Begegnungen mit seinen Zeitgenossen Max Klinger (1857 – 1920), Hans von Marées (1837 – 1887) und Arnold Böcklin (1827 – 1901). Über seinen Umgang mit dem Schweizer Böcklin erklärt er später: „Wir lernten Dinge wieder sehen, die mehr als ein Menschenalter nicht beachtet oder gar verpönt waren, die frühlinggrüne Wiese, den blauen Himmel nach einem Regen, das schwarzdunkle Wasser...“.

Gleichzeitig widmet er sich mit großer Hingabe auch alten Meistern wie Dürer, Schongauer oder Rembrandt. Ohne Zweifel: Berlin wird zur entscheidenden Station auf Lichtwarks Weg zum Kunstpädagogen der Extraklasse.

Die Heimatstadt ruft

1886 folgt er dem Ruf seiner Heimatstadt. Dort sucht man einen neuen Direktor für die Kunsthalle. Die Hansestadt erlebt zu diesem Zeitpunkt einen immensen wirtschaftlichen Aufschwung.

In kultureller Hinsicht allerdings hinkt sie anderen deutschen Großstädten hinterher. Deshalb fällt Lichtwark die Entscheidung zum Ortswechsel nicht leicht. Die Aufgabe in Hamburg indes erscheint ihm reizvoll. Er umschreibt sie so: „Wir wollen ... ein Institut, das tatkräftig in die Erziehung der Bevölkerung eingreift“. Von dieser Vorstellung ist er überzeugt, deshalb sagt er seiner Heimatstadt schließlich zu.

Der neue Direktor will vor allem die Jugend ins Museum holen. „Kinder, denen die Augen geöffnet werden, bringen uns auch die Eltern ins Haus“, meint er. Es handelt sich um echte Pionierarbeit, wenn er jung und alt vor die Bilder holt und die Menschen lehrt, Kunst zu verstehen. „Wir wollen nicht ein Museum, das dasteht und wartet, sondern ein Institut, welches tätig in die künstlerische Erziehung unserer Bevölkerung eingreift“, lautet sein Paradigma. Sein erklärtes Ziel ist es, die Kunsthalle für alle zugänglich und zu einer „Schule des Sehens“ zu machen.

Zeitweise verwandelt er diese tatsächlich in eine Art Schule. Was heutzutage für Kunstpädagogen eine Selbstverständlichkeit ist, zur damaligen Zeit gilt es als sensationell. Lichtwark führt vor den Bildern vielerlei Dialoge vor allem mit jungen Leuten, lässt die Gespräche aufzeichnen und abdrucken. Das daraus entstehende kleine Büchlein erfreut sich großer Beliebtheit und erlebt etliche Auflagen.

Mit Lehrkräften veranstaltet er Seminare zur Bildbetrachtung. Eine seiner Marotten ist es, die Bilder im Museum ständig umzuhängen, weil dadurch das Interesse und die Aufmerksamkeit der Besucher gesteigert werde.

Er ist einfach beseelt von einem uner-schütterlichen Glauben an die Erziehung gegen den Kulturverfall. Durch eine angemessene ästhetische Bildung müsse zunächst das Bürgertum auf eine höhere Kulturstufe gehoben werden, sagt er. Dann aber werde die Geschmacksveredelung „nach unten“ durchsickern und die ganze Gesellschaft erfassen, davon ist der Kunstpädagoge Alfred Lichtwark überzeugt.

Photographie und Dilettantismus

Dem didaktischen Prinzip der Selbst-tätigkeit misst Lichtwark einen hohen Stellenwert bei. Dazu biete „die immer mehr aufkommende Photographie viel-fältige Möglichkeiten“, meint er. Sie erlaube auch denjenigen eine künstlerische Tätigkeit, welche sich für andere Formen der Kreativität nicht zu eignen glauben. Zu dieser Zeit ist der Klein-bildfilm bereits im Umlauf und die lab-ortechnische Herstellung der Fotos vereinfacht. Und vor allem: Die in Serie hergestellten Kameras sind nun auch für weniger Betuchte erschwinglich. Beste Voraussetzungen also, den Intensionen des Meisters zu folgen. In seinem Buch „Die Bedeutung der Amateur-Photographie (1884) schreibt Lichtwark u.a.: „Wie der Liebhaberphotograph sein Auge schulen kann! Bei jedem Spa-ziergang sollte er sich seine Umgebung auf das Bild hin anschauen. Er kann ein Stück dunklen Kartons mit einem rechtwinkligen Ausschnitt in der Tasche tragen und ein Motiv, das ihm auffällt in diesem Rahmen probieren ...“. Und an anderer Stelle erklärt er: „Es gibt in unserem Zeitalter kein Kunstwerk, das so aufmerksam betrachtet würde wie die Bildnisfotografie des eigenen Selbst, der nächsten Verwandten und Freunden, der Geliebten“.

Zwar ist zu Ende des 19. Jahrhunderts die Lichtbilderei als Kunst noch nicht allgemein anerkannt, dennoch wird auf Lichtwarks Anregung der „Hamburger Photographenverein“ gegründet (1893).

Hütet euch vor den „Die-Begriffen“

Die Lehrerin Ida Eberhardt war eine Frau mit Rückgrat. Das zeigte sich u.a. darin, dass sie sich den Nazis gegenüber kein Blatt vor den Mund nahm. In den dreißiger Jahren war sie an der Hamburger Lichtwark-schule tätig und Klassenlehrerin von Helmut Schmidt, dem heutigen Altbundeskanzler und dessen Jugendliebe Hannelore Glaser, genannt Loki. Ida Eberhardt weigerte sich hartnäckig, dem NS-Lehrerbund beizutreten, weil ihr dessen ganze Denk-richtung suspekt erschien. Und als die Gestapo spitz bekam, dass sie freundschaftliche Kontakte zu jüdischen Kolleginnen und Kollegen pflegte, wurde sie unter Berufung auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ 1935 kurzerhand „an die frische Luft gesetzt“. Die Causa Eberhardt war ohnehin nur ein Vor-bote weiterer bildungspolitischer Willkür-akte der Nazis: Zwei Jahre später nämlich wurde die gesamte Lichtwarkschule gleich-geschaltet und der Name Lichtwark ver-schwand von der Bildfläche.

Ihren Schülerinnen und Schülern gab die Pädagogin Ida Eberhardt stets einen guten Rat mit auf den Lebensweg: „Hütet euch vor den Die-Begriffen“, sagte sie und warnte damit vor den Folgen von Verallgemeinerungen und Sammelbezeichnungen. DIE Franzosen, DIE Polen, DIE Kapitalisten, DIE Kommunisten oder DIE Schüler, was ist damit schon ausgesagt? „Durch solche Sammelbezeichnungen wird alles in einen Topf geworfen, und die Wertung des Einzelmenschen geht dabei verloren“, erklärte die Pädagogin. Die Weltgeschichte belegt jedenfalls: Solcherlei Pauschalisierungen haben schon viel Unheil angerichtet, vor allem, wenn sie mit populistischen Wertungen verbunden waren.

Pauschalbilder bewirken Vereinfachungen, führen zu Schwarz-Weiß-Denken, zu Entweder-Oder-Urteilen oder zu Freund-Feind-Beziehungen. Es kommt zu Vorurteilen, zu Ressentiments und zu menschenfeindlichen Gesinnungen, vor allem dann, wenn die nötige suggestive Propaganda da-zukommt. Die Chroniken sind voll von Berichten über Progrome, hysterische Übergriffe und Lynchaktionen, kurzum von irrationalen Fehlritten des homo sapiens.

Psychologen behaupten, dass eine Welt ohne Vorurteile und Stereotype nicht möglich sei. In einem Internet-Glossar des Instituts für Interkulturelle Kompetenz und Didaktik, Kassel, finden wir dazu folgende Aussage: „Stereotype sind mentale Vereinfachungen von komplexen Eigenschaften oder Verhaltensweisen von Personengruppen. Obwohl diese vereinfachten Eindrücke und Darstellungen nicht immer wahrheitsgetreu sind, benötigen wir Stereotype, um die Komplexität unserer Umwelt zu vereinfachen und die Interaktion mit Menschen anderer Gruppen zu erleichtern. Die Anwendung von Stereotypen ist also ein gewöhnlicher Vorgang und ist nicht negativ zu bewerten, solange man sich der starken Reduzierung der Realität bewusst ist.

Ein verwandter Begriff ist das Vorurteil. Es entsteht, wenn die verallgemeinerten Eindrücke mit Emotionen besetzt werden. Das Vorurteil beruht im Gegensatz zum Stereotyp nicht auf Erfahrung und Wahrnehmung, sondern auf einer meist wenig reflektierten Meinung und ist somit ein vorab gewertetes Urteil. Vorurteile sind meist negativ behaftet und schwer aufzuheben.“

Worauf es also ankommt ist, dass man sich die beiden Phänomene bewusst macht, und dass man selbstkritisch mit ihnen umgeht. Ein originäres Anliegen von Menschenbildung also, eine Schlüsselqualifikation sozusagen, und damit auch ein Anliegen, das in den Aufgabenbereich der beruflichen Schulen gehört.

Wenn ein Berufsschüler, wie geschehen, nach einem dreiwöchigen Schüleraus-tausch in Frankreich äußert, er hätte da gar nicht mitfahren sollen, er werde seine Fü-ße nie wieder über die französische Grenze setzen, DIE Franzosen seien jetzt jedenfalls vor ihm sicher, dann ist das gewisse nicht die Regel. Dennoch sollten bei den verant-wortlichen Lehrkräften da die Alarmglo-cken läuten. Die Pädagogin Ida Eberhardt hätte wohl alle Hebel in Bewegung gesetzt, um zu erfahren, was hinter einer solch ab-lehnenden Äußerung steckt. Und sie hät-te vermutlich auch alles drangesetzt, um dem Jugendlichen zu einer differenzierte-ren Denkweise zu verhelfen. -pth-

Es ist für ihn, den Verantwortlichen, nicht ohne Risiko, wenn er die Kunsthalle mehrfach für große Photoausstellungen öffnet. Das Befremden des Publikums ist unverkennbar. „Den Leuten kam es vor als wollte ein Naturforscherkongress eine Kirche als Sitzungssaal benutzen“, stellt er selbstkritisch fest.

Das „kreative Selbertun“ nennt er Dilettantismus. Den Begriff verwendet er durchaus nicht abwertend und erklärt: „Ein tüchtiger Dilettant ist der anregendste Lehrer für seine Familie und seine Freunde“.

Die Nation als Kulturgemeinschaft

Wenn es um die Umsetzung seiner Kunstvorstellungen geht, ist Lichtwark mitunter äußerst hartnäckig. Deshalb ist er in der Hansestadt trotz aller Anerkennung und Meriten nicht ganz unumstritten, dies vor allem in seinen späteren Jahren. Kritiker werfen ihm u.a. deutschnationale Tendenzen vor. Aus Sorge um die deutsche Kultur spart er tatsächlich nicht mit nationalen Tönen. Die Nation sei eine Kulturgemeinschaft, sagt er. „Das einzige was ein Volk zusammenhält ist eine starke gemeinsame Bildung“. Aber ein Nationalist oder Chauvinist? Nein, das ist er nicht. Antisemitismus ist ihm ebenso fremd wie die damals weit verbreiteten Vorbehalte gegenüber dem „ewigen Erbfeind“ Frankreich. Im Rahmen der Berliner Jahrhundertausstellung äußert er sich – im Gegenteil – voller Begeisterung über ein Treffen mit ausländischen Gästen: „Es ist doch etwas Erfrischendes, mit Männern, die keine nationalen Vorurteile haben, an die Dinge heranzutreten“.

Alfred Lichtwark ist von Anfang an weit mehr als ein Museumsdirektor. Er mischt sich ein in der Kulturszene, gefragt und ungefragt, wo immer sich Gelegenheit dazu bietet und wird so – auch ohne offizielles politisches Mandat – zum Bildungspolitiker. Anfang 1914 stirbt er, 62-jährig, in seiner Heimatstadt Hamburg, mit der er Zeit seines Lebens verbunden war.

Prinzipien einer Reformschule

Ein letzter Blick noch auf die Lichtwarkschule: Sie wird 1937 von den Nazis geschlossen. Hehre Ziele bestimmten einst

ihren Alltag. Wir finden sie in Anne-Kathrin Beers Buch mit dem Titel „Eine Schule, die hungrig machte“. Dort heißt es u.a.: „Die Kinder sollten als ganze Menschen gesehen und erzogen, das gesamte Spektrum ihrer Anlagen gefördert werden. Als leitende Erziehungsprinzipien galten der Gemeinschaftsgedanke, das Prinzip der Selbsttätigkeit, wie es auch in der Arbeitsschulbewegung umgesetzt wurde und die aus den Fächern Deutsch, Geschichte und Religion zusammengeführte Kulturkunde ... Ein wichtiges Anliegen war die Erziehung zur Selbständigkeit. Die Schulpraxis war gegenwarts- und handlungsorientiert, die motorischen und ästhetischen Kompetenzen der Schüler erfuhren im Stundenplan große Beachtung. Einen ebenso großen Stellenwert erhielt der außerschulische Unterricht, für den die jährlichen Klassenreisen von enormer Bedeutung waren. An das Kollegium wurden damit sehr hohe Anforderungen gestellt und ein Arbeitseinsatz vorausgesetzt, der über die übliche Lehrertätigkeit weit hinausging ... Als Klassenlehrer oder Klassenlehrerin war er oder sie ohnehin stark in das Leben der Schule eingebunden. Es galt, die Klasse über eine hohe Stundenzahl zu betreuen und den Unterrichtsstoff gemeinsam und fächerübergreifend zu erarbeiten. Auch das gemeinsame Erlebnis der Klassenreisen ... erforderten volles Engagement der Pädagogen. Doch gerade in den zwanziger Jahren war noch ein starker Idealismus vorhanden...“.

Epilog

Dem durchschnittlichen Hamburger geht es mit Alfred Lichtwark vermutlich ähnlich wie dem Münchener mit Georg Kerschensteiner oder dem Würzburger mit Franz Oberthür. Er hat den Namen vielleicht schon gehört, kann ihn aber nicht so recht einordnen. Unser Schlusswort zu Lichtwark überlassen wir Altkanzler Helmut Schmidt, der erklärt: „Er war kein verschwärmter Schöngeist oder hochtrabender Museumsgott, sondern ein leidenschaftlicher Pädagoge mit Ansichten und Absichten, die für die damalige Zeit ungewöhnlich waren“.

Die Stadt Hamburg ist bemüht, ihren berühmten Sohn nicht vergessen zu machen. Sie vergibt einen Lichtwark-

Kunstpreis und ein Lichtwark-Stipendium für junge Künstler. Darüber hinaus besteht ein Lichtwark-Jugendzentrum. Und irgendwo im Großstadtgewirr gibt es auch eine Lichtwarkstraße, doch um die zu finden, sollte man besser den Navigator bemühen.

Literatur:

Großkopff, Rudolf: „Alfred Lichtwark“, Hamburg 2002

Beer, Anne-Kathrin: „Eine Schule, die hungrig machte – Helmut und Loki Schmidt und die Lichtwarkschule“, Bremen 2007

Aus einem Pressepapier der Hamburger Kunsthalle:

Lichtwark heute

Anlässlich des 100. Todestages von Alfred Lichtwark lädt die Hamburger Kunsthalle renommierte Künstlerinnen und Künstler ein, Werke zu schaffen, die sich mit Hamburg auseinandersetzen. Dabei sind neben Malerei, Skulptur und Grafik als Medien auch Fotografie und Video berücksichtigt. Ziel des Projektes, das unter dem Motto „Lichtwark heute“ steht, ist es, die in Hamburg entstandenen Werke für die Sammlung der Kunsthalle zu erwerben.

Damit erinnert die Kunsthalle an die Initiativen seines ersten Direktors Alfred Lichtwark, dessen weitblickende Idee es war, Künstler nach Hamburg einzuladen, um vor Ort Landschaften und Portraits anfertigen zu lassen und die Werke dann in die Sammlung der Kunsthalle aufzunehmen. Auf diesem Wege kam die Kunsthalle der Hansestadt in den Besitz von Werken bedeutender Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts.

Die Ergebnisse des aktuellen Projektes werden der Öffentlichkeit in einer Ausstellung präsentiert, die der Öffentlichkeit vom 23. Mai bis 7. September 2014 zugänglich ist.

–pth–

Entfristung

Um Verständnis warb MR Liebl für die Regelungen zur Entfristung von derzeit befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind immer notwendig, sonst würden Elternzeit, Beurlaubungen usw. zu Unterrichtsausfällen führen. Grundsätzlich ist es den befristeten Beschäftigungsverhältnissen immanent, dass sie mit Ablauf der vereinbarten Vertragslaufzeit beendet sind. Gleichwohl will das Kultusministerium einem Teil der befristet Beschäftigten die Möglichkeit geben, das Beschäftigungsverhältnis in ein unbefristetes umzuwandeln. Damit es dabei unter den gegenwärtigen Bedingungen gerecht zugeht, ist zu bedenken, dass derzeit auch bestens qualifizierte Lehrkräfte des gymnasialen Lehramts keine Einstellungsmöglichkeit beim Freistaat erhalten. Deshalb kann die Entfristung auch nur in einem engen Bereich um die jeweiligen Einstellungsgrenzen erfolgen.

Studentafel

Ein weiterer Themenkreis, der von den Teilnehmern angesprochen wurde, war die neue Studentafel. Dass das Additum im Fach Mathematik nur an der FOS, nicht aber an der BOS enthalten ist, war der Wunsch der entsprechenden Kommission der Konferenz in Ingolstadt, erläuterte MR Liebl. Die Umsetzung dieses Wunsches bereitet in der Tat Schwierigkeiten. Derzeit arbeitet das Kultusministerium an Lösungswegen, auch die einschlägige Lehrplankommission wird sich mit der Problemlage befassen müssen.

Ähnliches gilt nach Liebl für die Anzahl der Schulaufgaben in der Jahrgangsstufe 12, die im Gegensatz zur der in der Jahrgangsstufe 13 nicht abgesenkt wurde. Hier hat sich der Wunsch der Lehrkräfte und der Eltern durchgesetzt, die die Wirkung einer Minderung der Schulaufgabenanzahl insbesondere in der BOS 12 mit Nachteilen behaftet bewerteten. Dort wäre bei nur zwei Schulaufgaben im Jahr bereits zum Ende der Probezeit im Dezember die Hälfte der schriftlichen Jahresnote festgelegt.

Lehrkräftebefragung

Die Frage eines Teilnehmers, was mit der Befragung der Lehrkräfte zu den Er-

01 Einfach nur Klasse, die Schulband der FOS/BOS Neu Ulm.

02+03 Intensive Arbeit und Diskussionen in den Arbeitskreisen.



wartungen an die neu zu erarbeitenden Lehrpläne gemacht wird, beantwortete MR Liebl mit der Ankündigung der Veröffentlichung der Ergebnisse im März/April. Die Arbeit der Lehrplankommissionen (es werden 40 Kommissionen gebildet!) beginnt in 2014/15. In der Folge sei auch mit anderen Aufgaben in der Abschlussprüfung zu rechnen. Das kann jedoch erst mit dem ersten Jahrgang erfolgen, der vollständig nach den neuen

Lehrplänen unterrichtet wurde, passieren, also im Jahr 2019. Ja, Fragen über Fragen, die die Teilnehmer stellten und ein geduldig und naturgemäß überaus sachkundig antwortender MR Liebl. Das gezeigte Engagement der Kollegen beweist, dass sie sich überaus stark für die Berufliche Oberschule interessieren und den Kontakt zum Kultusministerium schätzen. Auch Samstagnachmittag bei herrlichem Sonnenschein ... ■

Fortbildungsfahrt nach Frankreich für oberpfälzer Sozialkundelehrer:

Aspekte der Europapolitik – eine sinnvolle Anregung für die Unterrichtsarbeit

DANIEL HAGN/ULRICH SCHMIDT

Im Schuljahr 2013/14 ermöglichte die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit der Regierung der Oberpfalz Sozialkundelehrern eine mehrtägige Fortbildung. „Aspekte der Europapolitik – Wirtschaft, Kultur und Politik“ standen im Zentrum der Studienfahrt mit den Stationen Frankfurt, Straßburg und Niederbronn im Elsass.

Frankfurt:

Nach einer Stadtführung begab sich die Reisegruppe in Mainhattans Bankenlandschaft, um unter anderem die Deutsche Bundesbank zu besuchen. Jörg Bernardy, dort zuständig für den Bereich Schule und Bildung, informierte über das Thema „Geldpolitik und das Eurosystem“. Die Deutsche Bundesbank, so Bernardy, trage gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt und den anderen Zentralbanken des Eurosystems die Verantwortung für die Geldpolitik im gesamten Euro-Raum. Eine Kernaufgabe der Bundesbank bestehe in der Bankenaufsicht. Um das Vertrauen der Anleger zu wahren und Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern, überwacht die Bundesbank die Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute in Deutschland. Vorrangiges Ziel der Geldpolitik ist und bleibt die Preisstabilität. Mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2 % hat sich der Euro seit 1992 als stabile Währung erwiesen. Um Inflation oder Deflation zu verhindern, erfolgen indirekte geldpolitische Maßnahmen, wie die Veränderung des Leitzinses durch den EZB-Rat. Der EZB-Rat verfügt über eine Reihe geldpolitischer Instrumente, die von den nationalen Zentralbanken (hier Bundesbank) umgesetzt werden müssen, wie beispielsweise so-

genannte Offenmarktgeschäfte, bei denen das Eurosystem für einen definierten Zeitraum Zentralbankgeld an die Geschäftsbanken verleiht. Die Geschäftsbanken sind verpflichtet, eine Mindestreserve bei den Zentralbanken zu halten. Diese wurde nach Aussagen des Referenten im Januar 2012 von 2 % auf 1 % gesenkt, da im Zuge der Finanzkrise der Geldmarkt vorübergehend in Schwierigkeiten gekommen war. Die Finanzinstitute und Finanzmärkte sind über moderne Informationstechniken international eng miteinander vernetzt. Daher ist die Finanzstabilität schon lange kein nationales Thema mehr. In Deutschland ist die Bankenaufsicht gemeinsame Aufgabe der Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Nach der Abschlussdiskussion konnten sich die Teilnehmer noch einen Überblick über das Angebot des Geldmuseums der Deutschen Bank verschaffen; für Klassenfahrten sicher ein empfehlenswerter Programmpunkt.

Straßburg

Am nächsten Tag fuhr die Gruppe zum Europäischen Parlament in Straßburg. Im Europäischen Parlament begrüßte Bernd Posselt, Europaabgeordneter aus München, zusammen mit dem Neumarkter MdEP Albert Deß die Gruppe aus der Oberpfalz. Beide CSU-Politiker gehören der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei Christdemokraten) an. Albert Deß ist Sprecher des Agrarausschusses, einem von 23 Ausschüssen im Europäischen Parlament.

Zu einem historischen Ereignis wurde der Besuch der Plenarsitzung im Europäischen Parlament. Die oberpfälzer Berufsschullehrer erlebten den Festakt, bei dem Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, den Sacharow-Preis für geistige Freiheit an Frau Aung San Sun Kyi überreichte. Das Europäi-

sche Parlament würdigte mit dieser Auszeichnung die herausragende Zivilcourage der Oppositionspolitikerin aus Myanmar bei ihrem gewaltlosen Kampf für Demokratie. Den bereits im Jahr 1990 verliehen Sacharow-Preis konnte Sun Kyi erst am 22.10.2013 persönlich entgegennehmen, da Sie die Militärjunta bis 2010 unter Hausarrest stellte. In ihrer vielbeachteten Rede bedankte sich Sun Kyi für die Auszeichnung und betonte die Bedeutung der EU-Hilfen für eine demokratische Zukunft Myanmars. Die Stadt Straßburg präsentierte sich der Reisegruppe bei strahlendem Sonnenschein. So wurde die Stadtführung durch die malerische historische Altstadt und ein Besuch des Straßburger Münsters zu einem nachhaltigen Erlebnis.

Beim gemeinsamen Abendessen in der Straßburger Altstadt nahm sich Ismail Ertug, Europaabgeordneter aus der Oberpfalz von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament (S&D), Zeit für ausführliche Gespräche mit den Teilnehmern.

Niederbronn

Am dritten Tag stand der Besuch der Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Albert Schweitzer in Niederbronn, einer Einrichtung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, auf dem Programm. Dort befindet sich ein deutscher Soldatenfriedhof mit 15.809 Einzelgräbern. Bernard Klein, Leiter der Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte, erläuterte aus der Sicht eines Elsässers die Geschichte dieser „besonderen“ europäischen Region. Aufgrund von drei Kriegen wechselte seit dem 19. Jahrhundert die Nationalität der Elsässer viermal. Zahlreiche historische Stätten in unmittelbarer Nähe ermöglichen „Geschichte vor Ort“ zu lernen und zu begreifen, wie die Zitadelle von Vauvan, Denkmäler der Schlacht von Woerth, die Gräben des Ersten Weltkrieges, die Befestigungsanlagen der Maginot-Linie, das Konzentrationslager Struthof und die deutsche Kriegsgräberstätte. Niederbronn ist somit ein idealer Ort für interkulturelle und grenzüberschreitende deutsch-französische Projekte, so Bernard Klein.



Übergabe des Sacharow-Preises an Frau Aung San Sun Kyi durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz

Struthof

Der letzte Programmpunkt führte die Reisegruppe nach Struthof, dem einzigen ehemaligen Konzentrationslager auf französischem Boden. 1941 wurde das KZ von den ersten Häftlingen erbaut. Die oberpfälzer Besucher stellten hier viele Parallelen zu Flossenbürg fest, auch hier wurde ein nahegelegener Granitsteinbruch genutzt, um Material für die nationalsozialistischen Monumentalbauten abzubauen. In Struthof waren vor allem Widerstandskämpfer und politische Gegner des Nazi-Regimes inhaftiert. Vernichtung durch Arbeit war auch hier furchtbarer Alltag. Heute mahnt ein Spruch die Besucher der Gedenkstätte von Struthof:

*„Die Wachsamkeit ist die einzige Waffe
des pazifistischen Bürgers.
Handeln wir, bevor es zu spät ist.
Warnen wir die Sorglosen!
Erkennen wir das, was die Demokratie
gefährden könnte!“*

Die Teilnehmer der Fortbildungsreise bekamen neben vielen persönlichen Eindrücken Impulse und Anregungen, wie Politik und Geschichte unter Einbeziehung der Erlebnis- und Gedenkstättenpädagogik an junge Menschen weitergegeben werden kann. Im Hinblick auf das Jahr 2014, in dem sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal jährt und in dem Europawahlen stattfinden, war diese Studienfahrt eine sinnvolle Fortbildung.

Tipps für Nachahmer:

Planung einer Fortbildungsreise nach Frankreich.

- > Im Vorfeld mit der Regierung eine regionale Fortbildung, z. B. für Sozialkundelehrer vereinbaren.
- > Bei der Terminfestlegung Abschlussprüfungen o. ä. berücksichtigen.
- > Die Thematik (Motto) muss den allgemeinen Zielen des Unterrichtsfaches und dem Bildungsauftrag entsprechen. (Einblick ..., Auseinandersetzung ..., aktuelle und historische Bezüge ..., Völkerverständigung, ...).
- > Frühzeitige, vorläufige Ausschreibung (6 Monate) an die betreffenden Schu-

len, Teilnehmerhöchstgrenze und voraussichtliche Kostenstruktur angeben.

- > Anmeldeformular mit Namen, Anschrift, Schulort, Mailadresse, Personalausweis- oder Pass-Nummer, Telefon- und Handy-Nummer (für den Notfall) und Einzugsermächtigung erstellen.
- > Etwa drei Monate vor Reiseantritt erfolgt ein detailliertes Programm mit Links über Sehenswürdigkeiten und besondere Reiseschwerpunkte. Auch Hinweise auf vorzubereitende Diskussionen oder Gespräche mit Zeitzeugen sind sicher hilfreich.
- > Die Schulleiter müssen rechtzeitig einen Antrag auf Auslandsfortbildung für „ihre“ Teilnehmer stellen.
- > Mit dem Hotel abklären, ob eine Reiserücktrittsversicherung (Kosten ca. Euro 6,-/Person) für die Teilnehmer sinnvoll/erforderlich ist.
- > Teilnahmebescheinigung an der Fortbildungsreise von der Regierung ausstellen lassen.

Die inhaltsbezogenen Ziele der Lehrfahrt waren unter anderem:

- > Vertiefung des Interesses an historischen Ereignissen.
- > Aktueller Bezug zur Entwicklung der europäischen Geschichte an ausgewählten historischen Orten.
- > Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses. ■



Die Teilnehmer an der Studienfahrt im Innenhof des Europäischen Parlaments

Theater am Beruflichen Schulzentrum Neusäß:

Ein „Faust“ zum Anfassen

BERND KAHLERT

Nachdem Ende der Vorstellung dauerte es einige Sekunden bevor der begeisterte Applaus einsetzte – so ergriffen waren die Zuschauer von der Aufführung des „Faust“, den die Theatergruppe „incognito“ der Beruflichen Oberschule Neusäß als fünftes Bühnenjubiläum inszenierte.

Dabei hätte die Aufführung eigentlich schon im vergangenen Sommer stattfinden sollen. Doch dann kam ein großes Unwetter dazwischen und der Probenkeller der Theatergruppe „incognito“ stand unter Wasser und vernichtete das gesamte Bühnenbild.

Eingebettet in eine peppige und moderne Rahmenhandlung (Jonas Graber als Henry und Sarah Zerle als Greta) zeigten die Schüler unter der Regie von Bettina Schlichter und Christian Hofrichter in drei vollständig ausverkauften Vorstellungen, dass „Faust“ keineswegs ein angestaubtes Drama ist, sondern im

Gegenteil ein ewig moderner Stoff um Selbstzweifel, Verführung und Schuld.

Die Darsteller von Faust, Gretchen und Mephisto zeigten überzeugend wie Faust sein Gretchen mitreißt in einen nicht mehr aufzuhaltenden Strudel der Schuld und Verzweiflung.

Die Zuschauer waren verblüfft über die bis in die Nebenrollen großartige Leistung der Darsteller: Faust (Alex Bakhov), der von Liebe verblendet, zum tragischen Helden wird, Gretchen (Sonja Schmitt), die zusehends von ihrer Schuld in den Wahnsinn getrieben wird, Mephisto – hier in zweierlei Gestalt – als effektvolle dramaturgische Idee, der neben seiner satanischen Seite (Ruth Lachner) auch gekonnt seine komödiantische Seite (Georg Kastner) zum Ausdruck bringt, sowie Frau Marthe (Annabelle Herrmann) als mütterlich-kupplerische Nachbarin und die furiose Hexe und Satan (Barbara Schmidt).

Neben den gekonnten Lichteffekten hatte auch die Schüler- und Lehrerband

einen wichtigen Platz. Hannah Lachner (Gesang, Komposition) erzeugte hier mit ihrer teils mädchenhaft-klaaren und teils rockigen Stimme „Gänsehautfeeling“.

Mit „teuflischen Häppchen“, von den Schülerinnen und Schülern der Berufsfachschule für Ernährung und Versorgung, und dem namensgleichen „Faustbier“ aus Miltenberg, wurde für das leibliche Wohl des Publikums vorzüglich gesorgt.

Zu den Aufführungen waren besonders viele Schüler anderer Schulen gekommen, sie zeigten sich begeistert: „Eine super Aufführung! Zum ersten Mal haben wir den Faust richtig verstanden“, war nach dem letzten Vorhang zu hören. Und wer sagt, dass Schüler heute nicht mehr auswendig lernen können: Kein einziger Schüler blieb im Text hängen – trotz des riesigen Pensums.

Prof. Dr. Spitzer, Hauptredner beim FOS/BOS-Tag in Neu-Ulm, hätte sicherlich seine Freude gehabt an der Theateraufführung. Mit seiner These, dass musische Aktivitäten das Lernen nachhaltig positiv beeinflussen, hätte er in Neusäß ein Paradebeispiel vorgefunden. ■



Eingerahmt vom stellv. Schulleiter Bernd Kahlert (links), dem Schulleiter Jürgen Wunderlich (zweiter von links) und von Bühnenbildner Daniel Hunold (rechts), gefolgt von den beiden Regisseuren Christian Hofrichter und Bettina Schlichter, genießt die Theatergruppe ihren tollen Erfolg.

VLB-Fortbildung

für den neuen Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“

Datum:	Samstag, 10. Mai 2014
Zeit:	09:00 – 14:30 Uhr
Ort:	Berufliche Schule B14, Wieselerstraße 3, 90489 Nürnberg
Raum:	W 018
Leitung:	Pankraz Männlein, stellvertretender VLB-Landesvorsitzender
Durchführung:	Paul Beetz, VLB-Fachgruppe Büroberufe

Programm:

- > **Aktuelle Informationen der IHK/AkA Nürnberg für Mittelfranken, Prüfungstermine und Zuordnung des Berufes zum öffentlichen Dienst**

Referenten:

Udo Göttemann, IHK Nürnberg

Dr. Walter Radomsky, AkA Nürnberg (angefragt)

- > **Umsetzung des neuen Berufes an der B14 in Nürnberg
Vorstellung von Lernsituationen, Unterrichts- und Stundenplanung**

Referentinnen:

Irmgard Friedrich, Barbara Maier, Berufliche Schule 14 Nürnberg

- > **Erfahrungsaustausch zum neuen Ausbildungsberuf
Hinweis: Bitte bringen Sie für diesen Programmpunkt bereits erstellte Unterlagen mit (Studentenafel, didaktische Jahrespläne, Unterrichtsmaterialien etc.).**

Moderation:

Kathrin Weber, Heinrich-Thein-Schule Haßfurt

Begleitend Vorstellung aktueller Bücher und Lernmaterialien für den neuen Ausbildungsberuf.

Anmeldung bitte bis spätestens 5. Mai 2014:

info@vlb-bayern.de oder FIBS „VLB“ oder E286-0/14/2

Anreise:

- Öffentliche Verkehrsmittel:
U2 oder U21: Haltestelle Schoppershof (Ausgang Richtung Innenstadt)
 - PKW:
Parkmöglichkeit in der Tiefgarage (Anfahrt über Deumentenstraße)
 - VLB-Mitglieder erhalten einen Fahrtkostenzuschuss über Ihre VLB-Bezirksverbände
-

Vor Ort ... an der Franz-Oberthür-Schule in Würzburg:

Ein großer Wurf

PETER THIEL

Was verbindet der „Mann auf der Straße“ mit Würzburg? Schul- und Kulturstadt sagen die einen, Bischofs- oder Barockstadt die anderen. Auch die Bezeichnung „Druckstadt“ machte mal die Runde, weil es vor nicht allzu langer Zeit hier ein außergewöhnlich reges Druckerei- und Verlagswesen gab. Um diesen Ruf ist es, wie die Statistik der IHK Würzburg-Schweinfurt ausweist, gegenwärtig etwas ruhiger geworden. Die Digitalisierung hat die Druckbranche besonders nachhaltig betroffen, indem sie früher aufwändige Arbeitsvorgänge verkürzt oder gar überflüssig gemacht hat. „Auch die Krisenjahre 2008/2009 hinterließen in der Branche deutlich Spuren“, sagt Lukas Kagerbauer von der IHK Würzburg-Schweinfurt. In Verbindung damit gab es vermutlich einen starken Trend hin zu medialen Kleinunternehmen.

Ein Qualitätssprung sondergleichen

Druckstadt adieu also? Nein. Der Ruf ist auch historisch begründet. Hier am Main wurde im Jahre 1812 die erste Schnellpresse hergestellt und mit ihr ein Druckmaschinentyp, welcher die damals rein handwerklich ausgerichteten Betriebe vor große Herausforderungen stellte, ihnen aber andererseits auch ganz neue Möglichkeiten eröffnete. Der Erfinder, Friedrich Koenig, revolutionierte zusammen mit seinem Kompagnon Andreas Bauer mit dieser Maschine die gesamte damalige Druckwelt. Unter dem Firmenkürzel KoeBau blickt die Druckmaschinenherstellung im mainfränkischen Wirtschaftsraum inzwischen auf eine 200-jährige Tradition zurück.

Es war ein Qualitätssprung sondergleichen, den die Schnellpresse auslöste. Es konnte nun, wie der Name sagt, schneller gedruckt werden, erheblich schneller. Die Auflagen stiegen um ein Vielfaches. Mehr Bücher, mehr Zeitungen, mehr Leser, mehr Meinungsbildung – ein kultureller und gesellschaftlicher Fortschritt, der die politische Ent-

wicklung im 19. Jahrhundert nachhaltig beeinflusste und natürlich auch vor Ort Spuren hinterließ. Das Druckgewerbe der Bischofsstadt Würzburg jedenfalls expandierte mit Einführung der Schnellpresse beträchtlich.

Der Tradition verpflichtet

Einer solchen Tradition sah sich die Stadt verpflichtet, als sie in den späten fünfziger Jahren daran ging, eine neue gewerbliche Berufsschule in Angriff zu nehmen, eine berufliche Bildungsstätte, in der sich die regionalen Handwerks- und Industriebetriebe wiederfinden sollten. Zusammen mit namhaften Repräsentanten der Druckbranche bemühte sich die Stadt als Schulträger um eine großzügige Ausstattung der Werkstätten für die Druckberufe. Bei ihrer Einweihung im Jahre 1959 wurde die Schule unter das Patronat des Bildungsreformers Franz Oberthür gestellt, eines Zeitgenossen Friedrich Koenigs. Nomen est omen.

Die Druckabteilung der Franz-Oberthür-Schule war zunächst nur zuständig für die aus den Würzburger Betrieben stammenden Lehrlinge. Als in den 70er Jahren der Blockunterricht eingeführt wurde und die Erweiterung zur unterfränkischen Sprengelschule folgte, platze die Fachgruppe bald aus allen Nähten. Dies umso mehr, als auch noch ein Teil der Gestaltungsklassen aus der städtischen Fachoberschule hinzu kamen.

Zeit für was Neues

Galt die Schulausstattung in den siebziger und frühen achtziger Jahren noch als halbwegs angemessen, so vermochten die Investitionen den immer kurzfristigeren Innovationszyklen in der Druckbranche bald nicht mehr zu folgen. Die Umstellung vom Blei- zum Fotosatz konnte die Schule noch bewältigen, doch den Schritt in die digitale Welt vermochte sie nur noch ansatzweise zu vollziehen. „Man wusste ja zunächst gar nicht, wohin die Reise ging und wollte Fehlinvestitionen vermeiden“, sagt ein Ehemaliger, der die turbulenten Jahre

damals miterlebt hatte. „Der Schuletat war chronisch knapp und es gab vielerlei Neuerungen, die sich nur zu oft als Eintagsfliegen erwiesen“. Verunsicherung auf der ganzen Linie also.

Erst um die Jahrtausendwende, da der Siegeszug der Digitaltechnik sich auch in den Betrieben etwas verlangsamte, konnte man bei der Schulausstattung wirkungsvoll nachziehen.

Inzwischen hatten sich auch die Berufsbilder und Lehrpläne z.T. gravierend geändert und alles in allem ließ sich der Gedanke nun nicht mehr verdrängen und die Entscheidung nicht mehr hinausschieben: Es wird Zeit für was Neues.

Eine schulpolitische Entscheidung von größerer Tragweite

Im vergangenen Jahr machte die Stadt Würzburg als Schulträger nunmehr Ernst. Mit der Neukonzipierung der Druckabteilung gelang ihr ein wirklich großer Wurf, das kann man ohne Einschränkung sagen.

Seit vielen Jahren gab es in Würzburg eine Außenstelle der Staatlichen FOS/BOS Kitzingen. Durch einen Neubau entstand die Möglichkeit nun in der Stadt Würzburg eine eigenständige Staatliche Berufliche Oberschule durch den Freistaat zu gründen. Daher entschloss sich die Stadt zu einem viergeschossigen Neubau auf dem Areal der Franz-Oberthür-Schule, dort wo einst eine Mehrfachsporthalle vorgesehen war. Die zurzeit noch parallel geführte Städtische Berufliche Oberschule kann nun nach einem Übergangsraum mit der Staatlichen Beruflichen Oberschule zusammengeführt werden.

Aktueller Auslöser: Ein neue Vierfarbenmaschine

„Für den Neubau hat der Schulträger mit mehr als acht Millionen Euro tüchtig in die Tasche gegriffen“, sagt Schulleiter Uwe Tutschku und erklärt mit großer Genugtuung, dass das gesamte Untergeschoss für die Neugestaltung der Druckabteilung zur Verfügung stand.

Ein konkreter Anlass habe letztes Jahr unmittelbar für Handlungsbedarf gesorgt: Im Zuge der technischen Weiterentwicklung war die Anschaffung einer Vierfarben-Offestdruckmaschine mit ak-



01/02: Der Mediengestalter steht in der Tradition der einstigen Berufe Schriftsetzer, Repro Fotograf und Reproretuscheur. Bei jungen Leuten ist der Beruf sehr gefragt.

03: Die Werkräume sind offen und durchlässig konzipiert und ermöglichen ein hohes Maß an individueller Arbeit.

04: Die „Vierfarben-Heidelberg“ ist das dominante Element des neugestalteten Druckraumes.

Fotos: Franz-Oberhür-Schule



tuellem Standard erforderlich geworden. Dabei hatte das städtische Bauamt ein Wörtchen mitzureden: Die vorhandenen Fundamente der alten Druckerei entsprachen nicht mehr den Vorschriften. Weiterhin war der Zugang zu den Räumlichkeiten nicht optimal, so dass das Einbringen und Austauschen der Druck- und Weiterverarbeitungsmaschinen geradezu abenteuerliche Züge annehmen konnte.

Im Herbst 2013 also zog die gesamte Druckabteilung und ein Teil der ihr angeschlossenen Fotografie in das neugeschaffene Areal von rund 700 qm Fläche um. Hinzu kamen noch aus dem Altbau auf gleicher Ebene zwei PC-Räume, zwei herkömmliche Lehrsäle, ein Lehrervorbereitungsraum und ein großes gemeinsames Lehrerzimmer.

Frontalunterricht auf dem Rückzug

Das Raumkonzept ermöglicht in vollem Umfang das, was man sich unter einem zeitgemäßen Berufsschulunterricht vorstellt. Die Werkräume sind offen konzipiert und teilweise nur durch Glaswände getrennt. Sie ermöglichen damit ein hohes Maß an Durchlässigkeit und kommen dem branchenüblichen Kommunikationsbedarf stark entgegen. „Der

Frontalunterricht ist auf dem Rückzug“, sagt Martin Reith, Fachgruppenbetreuer für Druck und Medien an der Franz-Oberthür-Schule. Bei den Mediengestaltern beispielsweise sei er ohnehin nur noch die Ausnahme.

Medientechnologie Druck

Unser Rundgang durch die Fachräume beginnt im Maschinensaal, in dessen Mitte die neue Vierfarben-Bogenmaschine vom Typ Heidelberger SM74-4 steht und sehr dominant den Blick des Besuchers auf sich lenkt. „Medientechnologie Druck“, nennt man den Beruf heute, der früher schlichtweg Drucker hieß. Vor zwei Jahren, sagt Reith, seien Berufsbild und Berufsbezeichnung der Entwicklung angepasst worden. „Im täglichen Umgang sagen wir freilich nach wie vor Drucker“, bekennt er freimütig.

Vier voneinander unterschiedliche Berufszweige beinhaltet der „Medientechnologie Druck“: Den Offsetdruck, den Tiefdruck, den Siebdruck sowie den Digitaldruck. Die Werkstätten an der Franz-Oberthür-Schule sind besonders für den Offsetdruck ausgelegt. Die meisten Schüler kommen aus entsprechenden Betrieben.

Die neuen Räumlichkeiten ermöglichen es in hohem Maße unterschiedliche Lernsituationen zu gestalten. Dadurch können auch die in der Minderheit befindlichen „Digitaldrucker“ sehr gut beschult werden. Blickfang im Drucksaal ist, wie gesagt, die „Heidelberger-Vierfarben“ mit dem dazugehörigen Equipment: der Farbsteueranlage (CPC2), dem Plattenbelichter (Computer-to-plate) und der computergesteuerten Schneidemaschine, mit all dem also „was einem zeitgemäßen work-flow in den Betrieben eben entspricht“, wie Martin Reith sagt.

Mit Handkuss übernommen

Schon die Vorläufer-Maschine sei eine „Heidelberger“ gewesen, erklärt Schulleiter Tutschku. Sie wurde im Werk nochmals für die Produktion aufgerüstet. Erfahrungsgemäß werden solche Schulmaschinen von den Druckbetrieben mit Handkuss übernommen, seien sie doch nur zu einem Bruchteil ihrer Möglichkeiten strapaziert und stets her-

vorragend gewartet, weil dies zur Ausbildung gehört. Schule eben.

Und wie wird die Maschine im Unterricht genutzt? „Auf ihr entstehen - unter professionellen Bedingungen, versteht sich - unser vierfarbiger Jahresbericht, ein jährlich erscheinender Schulkalender (in Zusammenarbeit mit der FOS-Gestaltung), diverse Plakate usw.“, sagt Fachlehrer Reinhard Steinmetz.

Natürlich habe sie auch häufig Stillstand, die Maschine, und diene der Demonstration und Durchführung aller möglicher Einstellungen, die beim Umgang mit einem so hochwertigen Gerät nun mal beherrscht werden müssen. Dies alles könne man in der Schule in Ruhe und Gründlichkeit durchführen, während „draußen“ meist nur wenig Zeit für solcherlei Ausbildungsschritte bleibe.

Der weitere Gerätepark der Druckerei: Eine GTO-Einfarben-Offsetmaschine, ebenfalls von Heidelberg, eine Digitaldruckmaschine Xerox-DokuColor 550, Format SRA 3, sowie eine Tiegeldruckmaschine aus der guten alten Zeit, mit der das Hochdruckprinzip demonstriert und gelegentlich mal Prägedrucke angefertigt werden. Eine eher bescheidene Siebdruckanlage steht vor allem den Kreativen der FOS zur Verfügung, die auf diesem Weg ihre Ideen großformatig zu Papier bringen können.

Modeberuf Mediengestalter

Einen besonderen Schwerpunkt im Berufsfeld „Druck“ bilden die „Mediengestalter“. Der Beruf steht in der Tradition der vormaligen Berufe Schriftsetzer, Reprofotograf, Reproretuscheur und Druckformhersteller. Bei den jungen Leuten ist der Mediengestalter groß in Mode. Im Unterricht gehe es nicht nur um die Gestaltung von Drucksachen, sondern auch darum, diese aufs Papier zu bringen, sagt Reith. Die Druckräume bieten dazu vielfältige Möglichkeiten und werden somit auch von den Mediengestaltern genutzt.

Das offene Raumkonzept ermögliche allen Azubis wertvolle „Blicke über den Zaun“, erklärt Schulleiter Tutschku. „Dadurch verlieren sie den Gesamtzusammenhang nicht aus dem Auge“. Durch die Vernetzung aller Rechnerräu-

me mit den unterschiedlichen Ausgabegeräten können die Daten vom jedem PC-Arbeitsplatz beispielsweise direkt an den Plattenbelichter und somit an die Druckmaschine verschickt werden.

Der Gerätepark für die Mediengestalter umfasst derzeit 36 Bildschirmplätze und zusätzlich 5 Lehrerarbeitsplätze, welche im Zusammenhang mit dem Umzug neu geschaffen wurden. Dazu kommen noch zwei Rechnerräume im Altbau mit je 20 Schülerplätzen, die den Umzug mitgemacht haben.

Und die Software? Eingesetzt wird in erster Linie die „Adobe Photoshop“ in der aktuellen Version sowie die dazugehörigen Programme.

„Projekte bestimmen das Lernen, und die Schülerinnen und Schüler arbeiten weitestgehend selbstständig und individuell, vielfach auch in Kleingruppen“, sagt Schulleiter Uwe Tutschku. „Dafür stehen genügend Lerninseln zur Verfügung“. Von Religion und Sport mal abgesehen vollziehe sich der Unterricht bei den Mediengestaltern fast ausschließlich fächerübergreifend.

Schülerzahlen

In jeweils einer aufsteigenden Klasse des „Medientechnologen Druck“ mit rund 25 Schülerinnen und Schülern und in jeweils zwei parallel aufsteigende Klassen (also nochmals 6 Klassen) betreut die Franz-Oberthür-Schule alle Azubis des unterfränkischen Schulsprengels „Druck und Medien“. Allesamt werden sie im Blockunterricht beschult, der bereits in den siebziger Jahren für die Berufe der Drucktechnik eingeführt wurde.

Genutzt werden die neuen Räume auch durch die „Gestalter“ der FOS. Für sie ist die enge räumliche Verknüpfung mit der Abteilung Drucktechnik natürlich ein Segen. „Somit sind unsere Werkstätten bestens ausgelastet und effektiv genutzt“, sagt Schulleiter Uwe Tutschku „und der Schulträger hat sehr sinnvoll investiert“.

Landesverband



Aktuelles aus dem GV

Ein zentrales Thema unserer GV-Arbeit stellt nach wie vor der Bereich Lehrerbildung dar. Wenngleich die Lehrerbildungsgänge inzwischen nahezu bundesweit auf die Bachelor-/Masterstruktur umgestellt werden und die Universitäten mit dieser neuen Studiengangstruktur erste Erfahrungen sammeln konnten, weist die inhaltliche Gestaltung der Studiengänge, die sich u. E. vor allem an den schulischen Erfordernissen zu orientieren hat, noch reichlich Entwicklungspotenzial auf. Der VLB hat – in gleicher Weise wie BLBS und VLW auf Bundesebene – seine Unterstützung und Mitarbeit in den bayerischen Expertengremien angeboten. Zuletzt im Rahmen des parlamentarischen Abends den Abgeordneten der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Universitätsschulkonzept

Vor allem die im bayerischen Universitätsschulkonzept angelegte phasenübergreifende Verzahnung zwischen theoretischer Darlegung und praktischer Umsetzung und Reflexion an der Schule ermöglicht eine erhebliche Verbesserung der Lehrerausbildung und sollte aus Sicht des VLB fester Bestandteil der beruflichen Lehramtsstudiengänge werden. In einer gemeinsamen Kommission mit Fachleuten aus allen Phasen der Lehrerbildung sollte das Konzept diskutiert und dessen Weiterentwicklung be-

raten werden. Der VLB steht mit seinen Experten dazu gerne zur Verfügung.

Während sich die Akteure im Bereich der Lehrerbildung noch mühen, jene durch Universitätsschulkonzept und (Lehrerbildungs-)Reform beabsichtigte qualitative Weiterentwicklung der I. und II. Phase der Lehrerbildung umzusetzen bzw. auf die Zielgerade zu bringen, sorgt Minister Spaenle mit seiner jüngsten Ankündigung, den bisher freien Zugang zum Referendariat in Bayern künftig beschränken zu wollen, für neuen Zündstoff. Hier sind die bayerischen Lehrerverbände gefordert, sich solidarisch zu verhalten. Denn, was sich hier - gegenwärtig noch für die Studenten der allgemeinbildenden Lehramtsstudiengänge - als katastrophale Entwicklung abzeichnet, könnte in absehbarer Zeit auch für die Studierenden der beruflichen Lehramter bittere Realität werden, nämlich ein Abschluss ohne Anschluss.

Planstellen

Und was Solidarität bewirken kann, konnten wir sehen, als aus dem Kultusministerium die Meldung kam, dass an den Schulen 800 Lehrerstellen gekürzt werden sollten und das Land Kopf stand. Medien, Bürger, Politiker (über die Parteigrenzen hinweg!) äußerten Unverständnis, manche sprachen von Wahlbetrug. Die Lehrerverbände schlossen sich zu einer in diesem Umfang schon lange nicht mehr dagewesenen konzertierten Aktion zusammen, verfassten eine ge-

meinsame Presseerklärung und wurden beim Minister vorstellig.

Prima, diese schnellen Reaktionen und den Widerstand der Öffentlichkeit wünschen wir uns öfter, wenn es um Schulen geht. So schnell wie wir es von uns und den anderen Lehrerverbänden kennen. Der enorme öffentliche Druck führte letztlich zu einer Klarstellung der obersten politischen Instanz: es ist gar nicht wahr! Die Lehrerstellen bleiben an den Schulen und zwar in vollem Umfang. Na also, das war dann wohl viel Wind um nichts. Vielleicht. Aber was wäre gewesen, wenn der Wind nicht so kräftig geblasen hätte? ...

Die nun folgenden Verhandlungen innerhalb des Kultusministeriums werden sich um die Aufteilung des Kuchens drehen: welche Schulart bekommt wie viele Stellen. Da möchten wir es mit Landrat Erich Josef Geßner halten, der in seinem Grußwort bei der VLB-Fachtagung Berufliche Oberschule ein überzeugendes Urteil fällte: an allen Schularten würden die Schülerzahlen sinken, nur an der Beruflichen Oberschule nicht. Und ausgerechnet dort sei seit Jahren ein Defizit im Stundenbudget zu verzeichnen; hier müssten dringend mehr Lehrerstellen geschaffen werden. Ja! Der VLB wird die Stimme rechtzeitig und deutlich für die beruflichen Schulen erheben.

FOS/BOS-Tag

Übrigens war die Fachtagung Berufliche Oberschule in Neu-Ulm ein voller Erfolg. vib-akzente berichtet an anderer Stelle ausführlich darüber. Wir möchten als Randbemerkung unsere Anerkennung zum Ausdruck bringen: dem Organisationsteam vor Ort und aus der Fachgruppe Berufliche Oberschule für die vorbildliche Arbeit, den Referenten für die qualitativ hochwertigen Beiträge und auch dem Landkreis Neu-Ulm, der mit dem beeindruckenden Um- und Erweiterungsbau der Beruflichen Oberschule deutlich Flagge dafür zeigt, wie wichtig ihm die (berufliche) Bildung ist.

Parlamentarischer Abend mit CSU

Am 18.02.2014 hatte der Geschäftsführende Vorstand zum ersten parlamentarischen Abend in dieser Legislaturperio-

de eingeladen. Wir haben mit der CSU-Fraktion den Anfang gemacht und es sind alle Bildungsexperten der Einladung gefolgt, angeführt vom stellvertretenden Vorsitzenden des Bildungsausschusses des Landtags Prof. Gerhard Waschler und dem in der Fraktion für die berufliche Bildung zuständigen Abgeordneten Tobias Reiß. Dass auch die dem VLB stets verbundene Abgeordnete Ingrid Heckner und selbst der Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer Rede und Antwort standen, verstehen wir als wertschätzendes Zeichen für unsere Verbandsarbeit. Die Parlamentarier brachten die notwendige Zeit mit, so dass der lange Themenkatalog, den wir vorbereitet hatten, vollständig abgearbeitet werden konnte.

Natürlich ging es um den Verbleib der Lehrerstellen im Schulbereich, aber auch und im Besonderen um die prekäre Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen, um das Studium der Schulpsychologie für das Lehramt an beruflichen Schulen, um das Universitätsschulkonzept in der Lehrerbildung, um den Einsatz der Fachlehrer, um die Beschulung von Asylbewerberklassen und um die Ausstattung der Schulen mit Verwaltungsangestellten. Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bogen der derzeit aktuellen Themen ist weit gespannt. Da vlb-akzente auch hierzu gesondert berichtet, wollen wir hier nicht näher auf das Gespräch eingehen. Was wir aber durchaus konstatieren können ist, dass die Abgeordneten bestens vorbereitet waren und sich mit den Standpunkten und Forderungen des VLB konstruktiv-kritisch auseinander setzten. Wir warten auf das Eingehen der genannten Themen in die parlamentarische Arbeit.

VLB-Berufsbildungskongress

2014 ist wieder ein Jahr der VLB-Delegiertenversammlung mit Bildungskongress, diesmal findet die Veranstaltung in Erlangen statt. Im Zuge der Vorbereitung der nächsten Sitzung des Hauptvorstandes wird auch das im Geschäftsführenden Vorstand thematisiert. Vom Bezirksverband Mittelfranken und den örtlichen Kreisverbänden erhalten wir positive Rückmeldung: die Vorberei-

tungen laufen planmäßig. Wir wissen, dass wir uns auf die Männer und Frauen rund um den Bezirksvorsitzenden Horst Lochner verlassen können. Wir wissen auch, dass mit der Ausrichtung einer Delegiertenversammlung mit Bildungskongress viel Arbeit verbunden ist. Wir

schätzen das Engagement der Kolleginnen und Kollegen und sagen schon einmal zwischendurch ein herzliches Dankeschön nach Mittelfranken. Nur so kann unsere Solidargemeinschaft leben.

Klaus Vietze/Pankraz Männlein

Mitgliederversammlung 2014 des Bildungs- und Förderwerks des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.:

„Das Bildungs- und Förderwerk des VLB hat wiederum den Nerv der Mitglieder getroffen ...“,

... so resümierte der Vorsitzende Hermann Sauerwein in seinem Vorstandsbericht im Rahmen der Mitgliederversammlung vom 13. Februar 2014 in München die Arbeit im abgelaufenen Jahr 2013.

„Same procedure as every year“ ...

so ist man in Anlehnung des Silvester-Film-Klassikers fast geneigt zu schreiben, betrachtet man sich die jährliche Erfolgsbilanzen.

Einen kleinen Unterschied zum vergangenen Jahr gibt es heuer aber schon: Die geplante Studienreise nach Brüssel musste wegen mangelnder Nachfrage abgesagt werden. Ein Vorgang, den es in dieser Form noch nicht gegeben hat. „Brüssel ist ganz offensichtlich nicht mehr aktuell“, kommentierte Sauerwein den ungewöhnlichen Vorgang.

„Aus allen Nähten platzen auch 2013 wieder die PR-Schulungen“, berichtete Hauptpersonalrat und stellvertretender Landesvorsitzender Wolfgang Lambl über die seit Jahren sehr gefragten Fortbildungsmaßnahmen für Personalräte. Die sechs Aufbauseminare mit jeweils 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren vollkommen ausgebucht, „mehr Kapazitäten hatten wir beim besten Willen nicht“, so Lambl.

„Auch bei dem Fortbildungsformat ‚Dienstrecht kompakt‘ sind wir 2013 entlang der Kapazitätsgrenze gefahren“, fuhr Wolfgang Lambl, ein bundesweit anerkannter Autor auf dem Gebiet Dienstrecht, fort. Wir konnten vier Veranstaltungen mit ca. 200 Kolleginnen

und Kollegen durchführen, die allesamt – vlb-akzente berichtete ausführlich darüber – eine hohe Akzeptanz innerhalb der Kollegenschaft erfuhren.

Veranstaltungsplanung 2014 verspricht wiederum attraktive Angebote

Natürlich reagiert das Bildungs- und Förderwerk schnell und unbürokratisch auf besondere Bedarfe der Kolleginnen und Kollegen.

Durch die Zusammenlegung der beiden „Häuser Kultus und Wissenschaft“ zum neu gebildeten Ministerium für „Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst“, müssen im Juli 2014 wieder Hauptpersonalratswahlen durchgeführt werden. Es werden deshalb sieben eintägige PR-Schulungen zu gegebener Zeit durchgeführt werden.

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem Berufsbereich Wirtschaft sind betroffen von der Einführung des Ausbildungsberufes „Kaufmann/-frau für Büromanagement“. Aus zahlreichen Gesprächen mit den Betroffenen wird der dringende Wunsch nach Fortbildung/einem workshop deutlich. Über die Angebote des Dienstherrn hinaus wird sich deshalb das Bildungswerk in diesem Bereich engagieren.

Unser Klassiker „Dienstrecht kompakt“ wird auch im Jahr 2014 wiederum in bewährter Form stattfinden, und zwar vermutlich im Oktober.

In der Stadt München erwartet man im Laufe des Jahres 2014, dass der Anteil der Hochschulzugangsberechtigten, die

über den beruflichen Bildungsweg gegangen sind, die 50%-Marke überschreiten wird. Es ist deshalb geplant, in München im zweiten Halbjahr eine Podiumsdiskussion mit der Überschrift "Hochschulzugang über berufliche Schulen" (Arbeitstitel) zu veranstalten.

Vision „VLB-Akademie“

Die ersten Wurzeln für eine Fortbildungsakademie des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. existieren ja bereits. Die Mitgliederversammlung hat intensiv darüber nachgedacht, den Bereich Fortbildung für Lehrkräfte an beruflichen Schulen behutsam und step by step auszubauen.

„Wir wollen nichts überstürzen, aber die Vision ‚VLB-Akademie‘ existiert in unseren Köpfen“, so Sauerwein. „Auf unsere bisherigen Fortbildungsangebote kann man aufbauen, sie haben sich bewährt, wie sich an den Teilnehmerzahlen ablesen lässt. Wir werden unter Einbeziehung interessierter Kolleginnen und Kollegen ein Konzept erarbeiten und versprechen uns eine intensive Mitgestaltung und Mitarbeit aus der Mitte der Kollegenschaft“, beginnt Sauerwein seine Vision „VLB-Akademie“ bereits zu skizzieren.

Alexander Liebel



Berufliche Bildung in Italien aufbauen

Die Deutsch-Italienische Handelskammer ist eine vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und vom Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) offiziell anerkannte deutsche Auslandshandelskammer (AHK) und integraler Bestandteil des Systems der deutschen Außenwirtschaftsförderung. Seit bald 100 Jahren trägt sie dazu bei, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien und Deutschland zu fördern. Sie widmet sich der Vertretung der Interessen der deutschen Wirtschaft in Italien sowie umgekehrt der Interessen der italienischen Wirtschaft in Deutschland.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) führt die Kammer derzeit Projekte der Berufsbildungsbedarfs- und -strukturplanung sowie Branchenprojekte zur Einführung dualer beruflicher Bildung in Italien durch.

Hierfür sucht die Kammer zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Projektleiter/-in Berufliche Bildung.

Die Stelle erfordert eine proaktive, kontaktfreudige und verantwortungsvolle Persönlichkeit, die bereit ist, die komplexe Aufgabe der Implementierung des Systems der dualen beruflichen Bildung in Italien zu übernehmen.

Für eine erfolgreiche Wahrnehmung dieser Aufgabe sind eine abgeschlossene akademische Ausbildung in Berufspädagogik und entsprechende mehrjährige Berufserfahrung sowie ein überdurchschnittliches Organisationstalent erforderlich.

Für diese in enger Zusammenarbeit mit deutschen und italienischen Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie den beteiligten Unternehmen wahrzunehmende Aufgabe sind fließende italienische und deutsche Sprachkenntnisse unabdingbar.

Bewerber/innen, die sich von dieser anspruchsvollen Aufgabe angesprochen fühlen, bitten wir um ihre Bewerbung an die nachfolgende Anschrift:

Camera di Commercio Italo-Germanica

Via Gustavo Fara 26, I - 20124 Milano

Bezirksverbände

BV Oberbayern

Neujahrsempfang 2014

Der Vorsitzende des BV Oberbayern, Rudi Keil, hatte wie auch schon in den vergangenen Jahren zum Neujahrsempfang eingeladen – dieses Mal im Jahr 2014. Neben den Vertretern der Regierung von Oberbayern, die unter der Leitung von Anneliese Willfahrt, Leiterin des Bereichs 4 Schulen der Regierung von Oberbayern, erschienen waren, konnte er etwa 35 Kolleginnen und Kollegen des BV Oberbayern begrüßen.

Berufliche Schulen in Oberbayern

Anneliese Willfahrt, die neben der Leitung der beruflichen Schulen auch für die allgemein bildenden Schulen im Regierungsbezirk verantwortlich ist, stellte den gegenwärtigen Sachstand und Überlegungen für die Zukunft der beruflichen Schulen in Oberbayern dar. So konnte sie erfreut feststellen, dass man sich im Regierungsbezirk keine Sorgen um einen Schülerrückgang machen müsse, Oberbayern sei vielmehr die Region in Europa mit dem stärksten Zuzug von Schülern aus Ost und Süd. Daher würden alle Schulstandorte bestehen bleiben, im Gegenteil, in Garmisch-Partenkirchen seien sogar im Gastronomiebereich 50 spanische Schüler neu eingeschult worden. Ferner müssten im Rahmen der Asylpolitik weitere Standorte ausgebaut werden. Neu sei allerdings,

dass im Jahr 2014 die Schulleiter durch die Vertreter der Regierung von Oberbayern beurteilt würden. Hierbei sei es von Vorteil, dass sich gegenwärtig schon 78 % der Schulen am Qualitätsmanagement (QmBS) beteiligen würden.

Ehrung

Rudi Keil konnte den langjährigen Vorsitzenden des BV Oberbayern, Peter Wawra, erst jetzt die Urkunde und die goldene Ehrennadel des Bezirksverbandes überreichen, da dieser bei der geplanten Ehrung im vergangenen Jahr aus gesundheitlichen Gründen verhindert war. Für ihr „langjähriges Engagement und den herausragenden Einsatz zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen im VLB-Oberbayern“, so heißt es in der Urkunde, hat der „Bezirksvorsitzende Rudolph Keil die Ehrennadel in Gold an Peter

Wawra verliehen“. In einer kleinen Ansprache würdigte er die Verdienste des Geehrten und hob dessen unermüdlchen Einsatz als langjähriger Bezirksvorsitzender für die Verbesserung des Bekanntheitsgrades der beruflichen Schulen in Oberbayern hervor.

„Helikopter Eltern“

Josef Kraus, seit 1987 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) und Schulleiter des Maximilian-von-Montgelas-Gymnasiums in Vilsbiburg, stellte in einem humorvollen Stil sein Buch „Helikoptereltern – Schluss mit Förderwahn und Verwöhnung“ vor. In dem kürzlich erschienen Buch geht es um die Erziehung zwischen Förderwahn und Verwöhnung.

So gäbe es zwei Kategorien von Eltern, so Kraus, die Sorgen machten: Die einen seien diejenigen, die sich null-kommanix um ihre Kinder kümmern. Die anderen diejenigen, die sich um alles kümmern. Beide Gruppen dürften zusammen rund ein Drittel der Elternschaft ausmachen. Wenn es bislang die desinteressierten Eltern gewesen seien, die zu schaffen gemacht hätten, so würde sich neben diese Problemgruppe in wachsender Stärke eine Gruppe gesellen, die das Gegenstück darstellt: Eltern, die entschlossen seien, alles und noch mehr für ihr Kind zu tun. In den USA würden sie „Helikoptereltern“ genannt. Damit seien Eltern gemeint, die ständig wie Beobachtungsdrohnen über den Kindern schweben und sie an der elektronischen Nabelschnur des Mobiltelefons durchs Leben geleiten. Ferner gehöre zur Helikopter-Erziehung ein um sich greifender Förderwahn.

Schuld sei daran auch die Politik, dazu Kraus wörtlich: „Mich ärgert das dumme Gequatsche der OECD über die geringen Abiturientenquote in Deutschland.“ Dazu gäbe es nicht einmal ein Untersuchungsergebnis, bei dem die Korrelation zwischen beruflichen Abschlüssen und dem Abschluss Abitur untersucht wurde. Vielmehr habe Deutschland ein hochkreatives und qualifiziertes berufliches Schulsystem und damit die niedrigste Quote arbeitsloser Jugendlicher.

Die Folgen einer solchen Erziehung seien Kinder, die keine Eigeninitiative und Eigenverantwortung entwickeln

könnten, weil sie Hilflosigkeit gepaart mit hohen Ansprüchen erlernt hätten. Dagegenzusetzen müsste man, so Josef Kraus:

- > „Erziehen heißt, Kinder in Anspruch zu nehmen.
- > Humor ist ein gutes Mittel der Kontingenzbewältigung, also des Umgangs mit Unwägbarkeiten. Gerade die Haltung des Humors müsste in der Erziehung wieder gewonnen werden, denn in der modernen Pädagogik geht es so unglaublich humorlos zu.“

Fazit

In der anschließenden lebhaften Diskussion ergaben sich auch wichtige Fragen, die Josef Kraus rhetorisch perfekt und für alle Anwesenden verständlich und überzeugend beantwortete. Somit war der diesjährige Neujahrsempfang ein voller Erfolg, wie Rudi Keil am Schluss erfreut feststellen konnte. *Heiko Pohlmann*

BV Unterfranken

Im Gespräch bleiben – ein wichtiges Motto für die Verbandsarbeit

Fast schon routinemäßig traf sich Ende Januar die unterfränkische VLB-Bezirksvorstandtschaft mit den Verantwortlichen der Bezirksregierung für berufliche Bildung. An der Spitze mit Abteilungsleiter Maria Walter und Norbert Kornder sowie die Referentin Christine Hildebrandt an dem Treffen teil. Dabei wurden nachfolgende Themen intensiv diskutiert:

Lehrer und Unterrichtsversorgung in Unterfranken

Nach wie vor stellt die Versorgung mit Lehrkräften in den Fachbereichen Elektro- und Metalltechnik das größte Problem dar. Verschärft wird die Thematik noch durch die neu installierten Fachschulen. Einig war man sich jedoch, dass auf diese Schulen als Erweiterung be-

rufflichen Bildungsangebotes nicht verzichtet werden sollte. Nach Jahren mit schwieriger Anstellungssituation zeichnet sich jetzt für den Fachbereich Bau-technik ein überschaubarer Bedarf ab. Einen Überhang an Bewerbern gibt es dagegen in den Berufsfeldern Nahrung, Sozialpädagogik und Gesundheit. Dies betrifft unseren Regierungsbezirk massiv, da mit der Universität in Bamberg eine nahe liegende Ausbildungsmöglichkeit vorhanden ist. Im technischen Bereich ist dies leider nicht so. Damit wird die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften weiterhin sehr heterogen bleiben.

Der VLB fordert daher, die Einstellungsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Lehrkräfte über das Zweitfach spürbar zu verbessern. In diesem Punkt zeigten sich die Regierungsvertreter aufgeschlossen für eine gemeinsame Vorgehensweise mehrerer Schulen, um bestimmte Qualifikationen an die Schulen zu bringen.

Im Bereich der Fachlehrer laufen derzeit entsprechende Ausbildungszyklen, so dass hier mittelfristig mit einer guten Versorgung gerechnet werden kann. Unsicherheit besteht vor allem in Berufen, die vom Schülerrückgang betroffen sind. Um ausscheidende Fachlehrer zu ersetzen, werde es in Zukunft notwendig, stärker zwischen den Schulen zu kooperieren und die Kapazitäten aufzuteilen.

Aus Sicht des VLB muss es aber Ziel bleiben, die ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen durch ausgebildete Fachlehrkräfte zu ersetzen und nicht durch nebenberufliches, zeitlich befristetes Personal.

Bildungspolitische Themen

Im Mittelpunkt der Regierungsarbeit im Jahr 2014 stehen für die Regierung von Unterfranken, so Abteilungsleiter Gustav Eirich, die Regelbeurteilung, die Frage der Lehrerversorgung, die Möglichkeiten und Herausforderungen der Inklusion und die Weiterbildung von Fachbetreuern – auch im Hinblick auf die Erfordernisse der erweiterten Schulleitung.

Norbert Kornder erläuterte die verschiedenen Möglichkeiten der Beschulung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die durch eine dezentrale Un-



Die gemischte Runde aus unterfränkischen VLB'lern und Vertretern der Schulabteilung.

terbringung junger Menschen die Notwendigkeit von Beschulungsmöglichkeiten in die Regionen trägt. Geplant sind bisher die Weiterführung bestehender Maßnahmen sowie eine Ausweitung in der Fläche unter der Bedingung, dass ausreichende Mittel aus dem Europäischen Sozialfond zur Verfügung gestellt werden.

Ausgehend von der fünftägigen Weiterbildungsmaßnahme für Fachbetreuer wurde auf die wachsende Belastungssituation für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen hingewiesen.

Aus Sicht des VLB ist es dringend angezeigt, einer weiteren Arbeitsverdichtung ohne entsprechende zeitliche Ausgleichsmaßnahmen in allen Ebenen von Schule und Schulleitung entgegenzuwirken.

Das Gespräch verlief wieder in einer konstruktiv-wohlwollenden Atmosphäre, so dass es sich auch in Zukunft anbietet, vor Ort im Gespräch zu bleiben und die VLB-Positionen darzustellen.

Rudolf Hoffmann

Fachgruppen

Fachgruppe Konstruktionsberufe

Produktdesign in der Ausbildung

Die Fachgruppe Konstruktionsberufe unter der Leitung von Peter Klama (Städt. Berufsschule I Regensburg) hat sich bereits in den Jahren 2012 und 2013 mit den Arbeitstreffen in Regensburg, Nürnberg und in Dillingen mit den neuen Lehrplänen beschäftigt. Ziel der Arbeitssitzungen war jeweils die Inhalte der neuen, kompetenzorientierten Lehrpläne zu definieren und die Unterrichtsmethodik darauf abzustimmen.

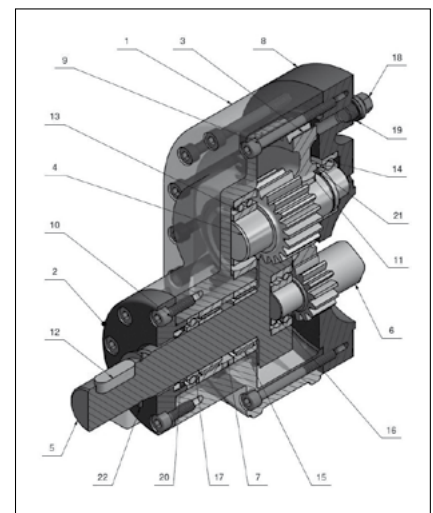
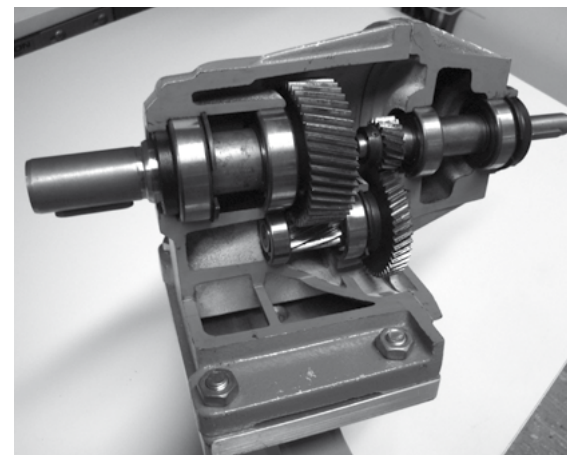
Im Januar 2014 haben sich die Teilnehmer in einer 3-tägigen Sitzung nun an der Städtischen Berufsschule I in Regensburg und an den Städtischen Berufsschulen für Metallbau und Technisches Zeichnen sowie Fertigungstechnik in München über die Sachausstattung und die Unterrichtskonzepte informiert.

Sehr beeindruckt waren die Kolleginnen und Kollegen von der Leistungsfähigkeit der Rapid Prototyping Technologie sowie der exzellenten Sachmittelausstattung. Komplexe Baugruppen können direkt für den Unterricht als funktionierende 3D-Modelle ausgedruckt werden, bzw. an den 5-Achs-CNC-Maschinen hergestellt werden. Die Arbeiten der Auszubildenden werden somit direkt am

Modell bzw. fertigen Werkstück überprüft und bewertet. Die Kollegen Gertrud Frank und Franz Xaver Schwarzbauer gaben einen Überblick über die Rapid Prototypingverfahren und stellten einen ausgedruckten Lastenaufzug mit funktionierender Rutschkupplung vor.

Ein besonderer Dank gilt den Leitern der Städtischen Berufsschulen in München, Fritz Dreßl sowie Günter Paa für die Möglichkeit des Besuchs.

Am Abend hat sich die Fachgruppe dann in einer Berghütte in Spitzingsee einquartiert, um bis einschließlich Samstag die bevorstehenden Anforderungen an die Abschlussprüfung Teil II zu besprechen und Standards für die Abnahme des betrieblichen Auftrags im Rahmen der Facharbeiterprüfung zu definieren. Besonders hervorzuheben ist das Engagement der Teilnehmer und die



Das reale Getriebe aufgeschnitten und virtuell.



Die ausgedruckte Baugruppe Seilzug.



Konzentrierte Arbeit: Bernd Heibl, Alexander Thurn, Peter Naumann, Gertrud Frank, Peter Klama, Richard Lang (von links).

Bereitschaft, wertvolle Unterrichtserfahrungen und -vorbereitungen auszutauschen und zu ergänzen. Kollegiale Zusammenarbeit wird hier vorbildlich praktiziert.

Selbstverständlich durfte auch der gesellige Teil nicht zu kurz kommen. Die Kollegen Alexander Thurn und Peter Klama begeisterten am Abend mit ihrem musikalischen Können auf der „Quetschn“

und der Gitarre, und beide motivierten so die Arbeitsgruppe, sich weiter mit Engagement in die Unterrichtskonzepte und Verbesserungen einzubringen.

Fazit

Ein gelungenes Arbeitstreffen mit einem Kollegium, das Engagement und Freizeit so in Einklang zu bringen versteht, um weiter motiviert im Unterricht zu

arbeiten. Als stellv. Landesvorsitzender und Fachgruppenvertreter im Landesvorstand des VLB gratuliere ich ganz besonders dem Leiter der Fachgruppe, Peter Klama sowie den Teilnehmern zu diesem Engagement. Es ist zu hoffen, dass alle Schulleiterinnen und Schulleiter ihrem Kollegium diese Fortbildungsmöglichkeiten auch in Zukunft ermöglichen werden.

Martin Krauss

Debeka

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

sorgenfrei
im Alter

Steuern sparen

Sicherheit
für meine
Liebsten

die
eigenen
vier
Wände



**Debeka-Landesgeschäftsstellen
in Bayern**

Dreifaltigkeitsplatz 11/11a
84028 Landshut
Telefon (0871) 96 56 50 - 0

Damenstiftstraße 9
80308 München
Telefon (089) 235 01 - 0

Marienstraße 27
90402 Nürnberg
Telefon (0911) 232 04 - 0

www.debeka.de

Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei. Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge.

Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

anders als andere

Debeka

Symposium für Studenten, Referendare und Junge Pädagogen 2014

Die angehenden und schon im Dienst befindlichen jungen Pädagoginnen und Pädagogen treffen sich im ausklingenden Schuljahr zu einem Informationsaustausch auch mit Mandatsträgern des VLB sowie Vertretern des Ministeriums und weiterer übergeordneter Dienststellen.

Auf Euer Kommen freuen sich:

- > Franziska Pertek und Alexander Kraus,
Sprecher der Studierenden
- > Birgit Dallmeier und Christian Helbig,
Sprecher der Referendare
- > wKarin Sellmair und Stefan Weinzierl,
Sprecher der Jungen Pädagogen

Veranstaltungsdaten

Termin: Freitag, 04.07. und Samstag, 05.07.2014

Tagungsort und Übernachtung: Bistumshaus St. Otto,
Heinrichsdamm 32, 96047 Bamberg

Anmeldung: Eine formlose Anmeldung ist online unter <https://docs.google.com/forms/d/1BUBnqMCDKsQtjM5ZT-isvvaXTRBnkNIvveVDZkvsWjC/viewform> oder per E-Mail an die Geschäftsstelle info@vlb-bayern.de unter der Angabe von Name, Vorname, Studierender/Referendar/Junger Pädagoge sowie Erst-/Zweitfach möglich.

Programm

Freitag, 04.7.2014

bis 16:00 Uhr

Anreise & Begrüßung

Vertretungen der Studierenden, Referendare und Junge Pädagogen im VLB

16:30 Uhr

Fachgruppentreffen Studierende / Referendare / Junge Pädagogen: Themen der jeweiligen Fachgruppen

17:30 Uhr

Workshops zu folgenden Themen

„Gehirngerechtes Lernen und Lehren“ Klaus Kirmair

„Lehrerkommunikation im Unterricht“ Markus Dormann

19:00 Uhr

Der VLB lädt ein zum gemeinsamen Abendessen

danach: Bamberg by Night

Samstag, 5.7.2014

08:30 Uhr

Frühstück

09:30 Uhr

Begrüßung

Vertretungen der Studierenden, Referendare und Junge Pädagogen im VLB

09:30 Uhr

Fachgruppentreffen Studierende / Referendare / Junge Pädagogen: Themen der jeweiligen Fachgruppen

10:30 Uhr

Podiumsdiskussion mit

Klaus Pommer, Kultusministerium Abteilung VII

Pangratz Männlein, Stellvertretender Landesvorsitzender VLB

Rudolf Keil, Hauptpersonalrat VLB

Max-Peter Neumann, Referat Lehrerbildung VLB

Martin Abt, Seminarvorstand

Staatliches Studienseminar Bayern

Dr. Volker Ehlers, Seminarvorstand

Staatliches Studienseminar Bayern

Prof. Dr. Frithjof Grell, Lehrstuhl für Sozialpädagogik
Universität Bamberg

Jörg Neubauer, Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik
Universität Bamberg

ca. 12:15 Uhr

Mittagessen

13:15 Uhr

Versicherungsleistungen für VLB-Mitglieder

Reiner Roggan

14:00 Uhr

Aktuelle bildungspolitische Themen und Zielsetzungen des VLB

Christian Wagner, Stellvertretender Landesvorsitzender VLB

15:00 Uhr

Abschluss und Feedback

Die Kosten für Anfahrt und Unterkunft übernimmt der

VLB für Mitglieder. Übernachtung und Verpflegung ist auch für Nicht-Mitglieder frei.



Personalien

Wir gratulieren im Mai ...

... 94. Geburtstag

Metzger, Johanna, 04.05.
82441 Ohlstadt, KV Oberbayern-Südwest

... 92. Geburtstag

Schrödinger, Max, 19.05.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Fritsche, Alfred, 24.05.
86152 Augsburg, KV Augsburg

... 89. Geburtstag

Kellner, Edmund, 02.05.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Heller, Helmut, 13.05.
84034 Landshut, KV Landshut
Seidelmann, Johanna, 17.05.
86316 Friedberg, KV Nordschwaben
Christl, Johannes, 20.05.
87656 Germaringen, KV Allgäu

... 88. Geburtstag

Böhmer, Hedwig, 02.05.
95158 Kirchenlamitz,
KV Oberfranken-Nordost
Kubis, Winfried, 31.05.
92331 Parsberg, KV Regensburg

... 87. Geburtstag

Diersch, Hans, 12.05.
91320 Ebermannstadt, KV Bamberg-Forchheim

... 86. Geburtstag

Aulbach, Erich, 02.05.
63743 Aschaffenburg, KV Untermain
Büttner, Anneliese, 31.05.
91438 Bad Windsheim,
KV Mittelfranken-Nord

... zum 85. Geburtstag

Eisenhut, Martin, 29.05.
81739 München, BV München
Figulla, Heinz, 21.05.
92431 Neunburg v.W., KV Schwandorf
Kostinek, Karl, 06.05.
96049 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim
Martin, Albert, 16.05.
97456 Dittelbrunn, KV Main-Rhön
Schmid, Norbert, 05.05.
88453 Erolzheim, KV Allgäu

... 84. Geburtstag

Köhler, Ingeborg, 01.05.
90491 Nürnberg, KV Mittelfranken-Nord
Schrank, Bruno, 14.05.
84036 Landshut, KV Landshut
Rohrhofer, Hubert, 15.05.
84130 Dingolfing, KV Landshut

... zum 83. Geburtstag

Hösl, Konrad, 08.05.
84034 Landshut, KV Landshut
Kerner, Gertrud, 13.05.
84034 Landshut, KV Landshut
Mack, Rudolf, 20.05.
83666 Waakirchen, KV Oberbayern-Südwest
Heinz, Elfriede, 21.05.
95445 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
Stöhr, Gerhard, 26.05.
81825 München, KV München

... zum 82. Geburtstag

Egger, Rudolf, 02.05.
85276 Pfaffenhofen, KV Oberbayern-Nordwest
Schmid, Walter, 14.05.
63741 Aschaffenburg, KV Untermain

... zum 81. Geburtstag

Böhm, Rosemarie, 12.05.
85072 Eichstätt, KV Oberbayern-Nordwest
Ammann, Christl, 16.05.
88131 Lindau, KV Allgäu
Plamper, Fritz, 29.05.
92637 Weiden, KV Oberpfalz-Nord

... zum 80. Geburtstag

Bürkl, Doris, 06.05.
91074 Herzogenaurach,
KV Mittelfranken-Nord
Colditz, Elisabeth, 19.05.
90763 Fürth, KV Mittelfranken-Nord
Strohmeyer, Günter, 30.05.
82194 Gröbenzell, BV München

... zum 75. Geburtstag

Fischer, Ingrid, 13.05.
87616 Marktoberdorf, KV Allgäu
Sauerwein, Hermann, 14.05.
97074 Würzburg, KV Würzburg
Schlegel, Gerd, 17.05.
90556 Cadolzburg, KV Nürnberg
Zanker, Stefan, 13.05.
89287 Bellenberg,
KV Nordschwaben

... zum 70. Geburtstag

Adam, Ortwin, 18.05.
87569 Mittelberg, KV Allgäu
Bragulla, Horst, 03.05.
84032 Altdorf, KV Landshut
Karg, Dieter, 11.05.
84030 Landshut, KV Landshut
Krombholz, Erwin, 27.05.
87674 Ruderatshofen, KV Allgäu
Mende, Klaus, 24.05.
90475 Nürnberg, KV Nürnberg
Pöhlmann, Randi, 07.05.
91207 Lauf a.d.Pegnitz, KV Mittelfranken-Nord
Schmidt, Josef, 18.05.
97475 Zeil, KV Main-Rhön
Witty, Thomas Manfred, 23.05.
85053 Ingolstadt, KV Oberbayern-Nordwest

... zum 65. Geburtstag

Büchle, Walter, 19.05.
87764 Legau, KV Allgäu
Fritz, Herbert, 18.05.
97537 Wipfeld, KV Main-Rhön
Gebele, Josef, 15.05.
86456 Gablingen, KV Augsburg
Hahn, Ludwig Karl, 12.05.
91096 Möhrendorf, KV Mittelfranken-Nord
Kollross, Ingrid, 17.05.
88048 Friedrichshafen, KV Mittelfranken-Nord
Krumbholz-Sünderhauf, Hannelore, 21.05.
96103 Hallstadt, KV Bamberg-Forchheim
Oberhofer, Roland, 17.05.
85410 Haag, KV Oberbayern-Nordwest
Rauscher, Franz, 05.05.
84144 Geisenhausen, KV Landshut
Schlosser, Gertraud, 05.05.
97525 Schwebheim, KV Main-Rhön
Wagner, Robert, 24.05.
83334 Inzell, KV Traunstein-Berchtesgadener Land
Warschke, Olaf, 09.05.
91575 Windsbach, KV Mittelfranken-Süd
Wilberg, Alexander, 24.05.
90475 Nürnberg, KV Nürnberg
Zimmermann, Karl Günter, 09.05.
94209 Regen, KV Donau-Wald

... zum 60. Geburtstag

Adler, Inge, 22.05.
97230 Estenfeld, KV Würzburg
Büschl, Gretel, 24.05.
89423 Gundelfingen, KV Nordschwaben
Eckhardt, Rolf, 17.05.
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben
Enders, Sigrid, 20.05.
82467 Garmisch-Partenkirchen,
KV Oberbayern-Südwest

Fröhlich, Dr. Josef, 04.05.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu

Garreis, Hartmut, 27.05.
90768 Fürth, KV Nürnberg

Grund, Angelika, 24.05.
83126 Flintsbach, BV München

Klug, Reinhard, 15.05.
63762 Großostheim, KV Untermain

Mayer, Margit, 18.05.
83550 Emmering, KV Rosenheim-Miesbach

Schneeberger, Reinhold, 27.05.
92242 Hirschau, KV Amberg-Sulzbach

Schulz, Klaus, 02.05.
97076 Würzburg, KV Würzburg

Weber, Gerd, 07.05.
90768 Fürth, KV Mittelfranken-Nord

Wintergerst, Ferdinand, 27.05.
83278 Traunstein,
KV Traunstein-Berchtesgadener Land

Zeller, Heribert, 21.05.
97828 Marktheidenfeld, KV Würzburg

Fritz, Herbert, KV Main-Rhön

Gruber, Michael, KV Cham

Hoyley, Kurt, KV Oberfranken-Nordwest

Ilg, Anton, KV Würzburg

Matheis, Horst, KV Altötting-Mühlendorf

Ort, Bruno, KV Main-Rhön

Reinlein, Andreas,
KV Oberfranken-Nordost

Richter, Erika, KV Oberfranken-Nordost

Ruhmannseder, Herbert,
KV Donau-Wald

Schild, Franz-Josef, KV Allgäu

Schliedermann, Thomas, KV Nürnberg

Steiner, Emil, KV Schwandorf

Wagner, Robert,
KV Traunstein-Berchtesgadener Land

Warschke, Olaf, KV Mittelfranken-Süd

Wiederer, Klaus, KV Würzburg

Zapf, Eckard,
KV Oberbayern-Nordwest

Zöller, Horst, KV Bamberg-Forchheim

Vermischtes

VLB Oberbayern KV Nordwest und KV Südwest

VLB-Alpenüberquerung mit dem Fahrrad vom 14.06. – 20.06.2014

Es gehört schon zur VLB-Tradition einmal im Jahr mit dem Velo über die Alpen zu fahren?

Dieses Jahr haben wir uns alters- und konditionsentsprechend eine leichte bis mittelschwere, landschaftlich bezaubernde Alpenüberquerung ausgesucht.

Wir überqueren den Alpenhauptkamm auf dem einzigen, für Mountainbiker komplett fahrbaren Auto freien Pass, blicken auf sonnige Almwiesen, rasten an schönen Plätzen und übernachten in Radler freundlichen Hotels und Pensionen.

In den Ruhestand sind gegangen ...

Biederwolf, Siegfried, KV Niederbayern-Ost

Ecker, Ludwig, KV Altötting-Mühlendorf

Wir trauern um ...

Rebhan, Maria (72), KV Cham

Röhl, Josef (87), KV Niederbayern-Ost

Sauerer, Karl (100), KV Regensburg

Termine	Reisen 2014	Preis für VLB ab
07.06.14 bis 14.06.14	KORFU Aegean ab München: Tagesausflüge mit Wanderungen, HP im zentralen 5-Sterne Hotel, RL Evangelos Plexidas	1.148,00 €
07.06.14 bis 21.06.14	ARMENIEN – GEORGIEN: Austrian Airlines/LH ab MUC: Jerevan, Berg Ararat, Goris, Sewan-See, Tiflis, Kazbegi, Kutaisi,	2.298,00 €
13.08.14 bis 27.08.14	Uplistiche, Signaghi, Kaukasus-Gebirge, Leistungen: HP in guten Hotels	
09.06.14 bis 16.06.14	BARCELONA: Lufthansa ab MUC: Stadtrundfahrt, Tarragona, Montserrat, Manresa, Pedralbes, Ü/F, 3 x HP, zentrales Hotel	978,00 €
09.06.14 bis 16.06.14	SPANIEN-EXTREMADURA: LH ab MUC: Madrid, Toledo, Guadalupe, Mérida, Cáceres, Ávila, Segovia, HP in guten Hotels	1.348,00 €
13.06.14 bis 20.06.14	KREUZFAHRT KYKLADEN: Lufthansa ab MUC: Ü/HP auf einem Motorsegler (40m Länge, 12 Kabinen), RL Evangelos	1.598,00 €
06.08.14 bis 12.08.14	ST. PETERSBURG: Air Rossija ab MUC: Eremitage, Schifffahrt, Schloss Peterhof, Katharinenpalast, Bernsteinzimmer, HP	1.348,00 €
07.08.14 bis 14.08.14	ISLAND: Icelandair ab MUC, Gletscher, Geysire und Wasserfälle, Keflavik, Südküste, Hochland, Reykjavik, HP, 4-Sterne Hotel	1.498,00 €
12.08.14 bis 20.08.14	BALTIKUM: Lufthansa ab MUC/FRA: Vilnius, Klaipeda, Kurische Nehrung, Rundale, Riga, Gauja NP, Tallinn, HP in guten Hotels	1.398,00 €
13.08.14 bis 27.08.14	INDIEN-LADAKH: Lufthansa ab MUC: Delhi, zahlreiche Himalaya-Klöster, Übernachtungen mit VP in Ladakh und HP in Delhi	1.948,00 €
15.08.14 bis 30.08.14	NAMIBIA-BOTSWANA-VICTORIA FÄLLE: South African ab MUC: gute Hotels oder beste Lodges, RL Friedrich Diemer	3.348,00 €
20.08.14 bis 05.09.14	PERU: Iberia ab MUC/FRA: Lima, Arequipa, Colca Tal, Puno, Titicaca-See, Cuzco, Machu Picchu, Ü/F in guten Hotels, 10 Essen	3.298,00 €
22.08.14 bis 31.08.14	BELLARIA: Busfahrt ab/bis IN an die Adria ins strandnahe Hotel mit Halb- bzw. Ganztagesausflügen, Übernachtung mit VP	579,00 €
24.08.14 bis 07.09.14	SÜDAFRIKA: South African ab MUC: Johannesburg, Pretoria, Blyde River Canyon, Krüger Nationalpark, Swasiland, Durban, Hilfsproket Siyabonga, Gartenroute, Kapstadt, Leistungen: Übernachtung mit HP in guten Hotels, Inlandsflug, RL: Rene Risch	2.798,00 €
26.08.14 bis 03.09.14	GRIECHENLAND: Aegean ab MUC, Kultur- und Wanderreise auf Samos – Patmos – Kos, HP in guten Hotels, RL: Evangelos	1.398,00 €
01.09.14 bis 11.09.14	USBEKISTAN: Uzbekistan Air ab FRA: Taschkent, Urgench, Buchara, Samarkand, Schachrisabs, HP in guten Hotels	1.698,00 €
SOMMER 2014: Amsterdam 5 Tg, Rumänien 8 Tg, Apulien 8 Tg, HERBST 2014: Peru 17 Tg, Andalusien 8 Tg, Istanbul 5 Tg, Lissabon 5 Tg, Barcelona 5 Tg, Kreta 8 Tg		
Ausführliche Reiseverläufe und Anmeldung unter: www.naturfreunde-reisen.de		

Nach sechs Etappen mit 6900 hm und 432 km erreichen wir unser Ziel: den Gardasee. Es ist uns auch dieses Jahr wieder gelungen, eine kostengünstige Tour zu planen. Man zahlt für eine Alpenüberquerung normalerweise ca. 1000,00 €. Wir können für unsere Mitglieder eine Tour mit sechs Übernachtungen für 400,00 € anbieten.

Teilnahmevoraussetzungen: gute Grundkondition, in 2014 mindestens schon 500 km im Sattel und ein brauchbares Velo, sei es ein Opel von 1937, ein Miele von 1957 oder ein Scott von 2014. Bewegt werden muss es, egal wie. Wer nicht mehr fahren kann, schiebt oder trägt sein Rad. E-Bikes sind nicht erlaubt.

Die Tour verläuft wie folgt:

Tag 1: Garmisch-Prutz

Start um 9:00 Uhr, Garmisch-Partenkirchen, Bahnhof. Wir radeln über Ehrwald, Lermoos nach Biberwier. Pause in der Gasstätte am Lift! Stärkung ist angesagt, denn jetzt geht es über den Fernpass! Wer schwächelt, kann die Aufstiegshilfe (Shuttlebus zum Schloss Fernstein) nutzen. Gestärkt fahren wir auf der Via Claudia zur Fernpasshöhe.

Wir genießen den Blick auf die Tiroler Berglandschaft und auf die vielen Wohnwägen und Wohnmobile mit gelben Nummernschildern, die sich weit tiefer über den Pass quälen. Danach geht es zügig bergab zum Schloss Fernstein, weiter durch den Campingplatz nach Nassereith. Ab Nassereith geht es eben weiter über Strad und Tarrenz nach Imst. Danach weiter nach Landeck und Prutz. Etappe geschafft. 93 km, 1030 hm.

Tag 2: Prutz – S-Charl.


Heute geht es stetig leicht aufwärts. Wir überqueren die Kajetanbrücke, blicken zum Rechenpass und reisen bei der alten Zollstation Finstermünz in die Schweiz ein. Dann geht es über St. Martina, Ramosch und Scuol nach S-Charl. 63 km, 1330 hm.

Tag 3: S-Charl – Meran

600 fast komplett fahrbare Höhenmeter und wir erreichen den Kostainerpass (2251 m), weiter geht es über Lü, St. Maria im Münstertal, Müstair nach Schlanders. Von nun an geht es nur noch bergab auf einem wunderschönen Radweg entlang der Etsch bis Meran. 94 km, 610 hm.

Tag 4: Meran – Dimaro

Lana, Schloss Bandis, Tisens, Bad Gföll, Gampejoch, Fondo Dimaro. 67 km, 1790 hm.



Landeshauptstadt
München
**Referat für
Bildung und Sport**

Die **Landeshauptstadt München** als größter kommunaler Schulträger in Bayern mit ca. 48.000 Schülerinnen und Schülern in 83 beruflichen Schulen sucht laufend

Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen

der Fachrichtungen

- **Metalltechnik,**
- **Bautechnik**
- **Elektro- und Informationstechnik,**
- **Wirtschaftspädagogik**
bevorzugt mit den Zweifächern Mathematik, Informatik, Deutsch oder Englisch
- **Sozialpädagogik**
bevorzugt mit dem Zweifach Musik bzw. abgeschlossener Ausbildung als Erzieherin/Erzieher

Die Landeshauptstadt München bietet

- gut ausgestattete und innerhalb des Stadtgebietes gut erreichbare Schulen für die berufliche Erstausbildung (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Wirtschaftsschulen) und die berufliche Weiterbildung (Fachschulen, Fachakademien, Fachoberschulen, Berufsober-schulen)
- bei Erfüllen der entsprechenden Voraussetzungen eine Planstelle im Beamtenverhältnis
- die Möglichkeit, in Teilzeit oder mit befristetem Aushilfsvertrag zu arbeiten
- die Unterstützung durch die aktive Frauen- und Familienpolitik der Stadt München

Interessante Aufgaben erwarten Sie als engagierte Lehrkraft:

- Anspruchsvoller Unterricht mit modernen Konzepten
- Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen bei der Umsetzung von Lernfeldern und Schulprojekten
- Enge Kontakte mit Betrieben, international tätigen Firmen und Kammern
- Vielfältige Kooperationen mit beruflichen Schulen in ganz Europa
- Gezielte Entwicklung und Spezialisierung der eigenen fachlichen Kompetenz innerhalb des breiten Beruflichen Schulwesens

Einstellungsvoraussetzung ist die erfolgreich abgelegte 1. und 2. Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen.

Weitere Auskünfte entnehmen Sie bitte unserer Homepage unter der Adresse:
www.muenchen.de/rbs/bewerbung

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte an folgende Adresse:

Landeshauptstadt München
Referat für Bildung und Sport
Personal und Organisation
Bayerstraße 28
80335 München

Tag 5: Dimaro- Fiave

Madonna di Campiglio, Val d'Agola, Stenico, Ponte Arche, Fiave. 62 km, 1400 hm.

Tag 6: Fiave – Torbole

Dasindo, Val di Lomasono, Riva, Torbole. 28 km, 500 hm.

Tag 7: Rücktransport mit Kleinbus nach Garmisch bzw. München

Leistungen: 6 Übernachtungen in Hotels/Pensionen (DZ, EZ gegen Aufpreis) mit Frühstück, Rücktransport mit Klein-

bus. **Kosten:** 400,00 € für VLB-Mitglieder, Nichtmitglieder 480,00 €. **Achtung:** Es gibt keine Reiserücktrittsversicherung. Der gebuchte Platz kann aber ohne Mehrkosten an eine andere Person vergeben werden.

Anmeldungen: ab sofort per Mail an: gruenewald.h@web.de
Begrenzte Teilnehmerzahl!
Viel Spaß und „Alles wird GUT“!

Horst Grünewald

Umschau

BBB-Stressmonitor:

Testen Sie Ihren persönlichen Stresslevel!

„Wie steht es um die Gefährdung Ihres Wohlbefindens durch psychische Belastungen? Sind Sie gestresst – eventuell zu sehr? Der BBB-Stressmonitor möchte dabei unterstützen, die eigene Situation zu überprüfen. Mit dem anonymen Online-Test kann jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst anhand eines anonymen Fragebogens in nur wenigen Minuten seinen persönlichen Stresslevel bestimmen, die eigene Gefährdung einschätzen oder sich Handlungsempfehlungen zur Stressvermeidung holen.

Ein Thema das bewegt! Bereits nach fünf Monaten hatten den Online-Fragenkatalog knapp 7.000 Teilnehmer zu Rate gezogen. Die hohe Beteiligung zeigt, wie groß die Sensibilität der Menschen für ihre psychische Gesundheit ist und lässt den Bedarf nach unterstützenden Maßnahmen in diesem Bereich sehr deutlich werden.

Im Rahmen der BBB-Initiative „Dem Burnout zuvorkommen!“ stellt der BBB seit Anfang Oktober 2013 den BBB-Stressmonitor auf seiner Homepage zur Verfügung. Der speziell an die Anforderungen des öffentlichen Dienstes entwickelte anonyme Internet-Fragenkatalog liefert eine sofortige Einschätzung der persönlichen Gefährdungssituation durch stressbedingte Belastungen aus beruflichem oder privatem Umfeld. Neben dem persönlichen Burnout-Erleben differenziert er – im Unterschied zu vielen anderen Online-Tests – auch krankhafte Zustände in den Bereichen Angststörung und Depression.

Hier geht's zum BBB-Stressmonitor www.bbb-bayern.de/stressmonitor



Die **Stadt Nürnberg**, als zweitgrößter kommunaler Schulträger in Bayern mit ca. 23.000 Schülerinnen und Schülern an 36 beruflichen Schulen, sucht für das Schuljahr 2014/2015

Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen

der Fachrichtungen

Elektro- und Informationstechnik

Metalltechnik

Wirtschaftspädagogik

(Diplom-Handelslehrer/innen bzw. Master of Science)

bevorzugt mit den Zweifächern Mathematik, Informatik, Deutsch, Englisch

Sozialpädagogik

bevorzugt mit dem Zweifach Musik bzw.

abgeschlossener Ausbildung als Erzieher/in

Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien der Fachrichtung Didaktik des Deutschen als Zweit- bzw. Fremdsprache für den Einsatz in Klassen zur Sprachintegration

Ihre Aufgaben

Gesucht werden engagierte Lehrkräfte für den Einsatz an kaufmännischen und gewerblich-technischen Schulen, die den Weg einer modernen Schulentwicklung mitgehen, team- und handlungsorientiert unterrichten, über hohe Fach- und Sozialkompetenz verfügen, zeitgemäße Medien im Unterricht einsetzen, mit ihren kreativen Ideen die Qualität der beruflichen Schulen fördern und sich auch außerhalb der unterrichtlichen Tätigkeit für die Schulgemeinschaft engagieren.

Wir erwarten

Als Bewerberin/Bewerber haben Sie die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen in einer der oben genannten Fachrichtungen erfolgreich abgelegt.

Wir bieten

eine Beschäftigung nach den Bedingungen des TVöD, bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen im Beamtenverhältnis.

Ihre Bewerbung

senden Sie bitte mit aussagefähigen Bewerbungsunterlagen an die Stadt Nürnberg, Personalamt, z. H. Frau Leonhardt (kaufmännische Schulen) bzw. Frau Deinhard (gewerblich-technische Schulen), Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg. Telefonisch erreichen Sie uns unter 09 11 / 2 31 - 29 81 bzw. - 23 46. Bitte bewerben Sie sich möglichst frühzeitig. Bitte verwenden Sie nur Kopien, weil eine Rücksendung der Unterlagen nicht erfolgen kann. Die Informationen im Internet unter stellenmarkt.nuernberg.de sind Bestandteil dieser Stellenausschreibung.

Chancengleichheit ist die Grundlage unserer Personalarbeit

HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
im VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Martin Ruf
Nussbaumweg 9
97084 Würzburg
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de
Tel.: 09 31/66 14 15
Fax: 09 31/6 60 72 91

ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

DRUCK

Schleunungsdruck GmbH
Eltertstraße 27, 97828 Marktheidenfeld
Telefon: 0 93 91/6 00 50

ERSCHEINUNGSWEISE / BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.
Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„vlb-akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.
ISSN Nr. 1867-9161

Meisterbonus und Meisterpreis

Mit der Richtlinie zur Vergabe des Meisterbonus und des Meisterpreises der Bayerischen Staatsregierung* vom 03.07.2013 hat der Freistaat Bayern die Rechtsgrundlage für diese Auszeichnungen geschaffen. Damit sollen die die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung unterstrichen und der Weg der beruflichen Bildung noch attraktiver werden. Gleichzeitig wird ein Ausgleich dafür geschaffen, dass die Studiengebühren in Bayern abgeschafft wurden.

Wie können Steuerfachangestellte von dieser Regelung profitieren? Typische Weiterbildungsmaßnahmen für Steuerfachangestellte sind die Weiterbildung zum Steuerfachwirt und zum Bilanzbuchhalter. Beide Abschlüsse sind in der Anlage zur Richtlinie zur Vergabe des Meisterbonus und des Meisterpreises der Bayerischen Staatsregierung aufgeführt.

Voraussetzungen

Die Prüfung muss vor der fachlich und örtlich zuständigen Stelle im Freistaat Bayern erfolgreich abgelegt und von dieser das Zeugnis ausgestellt worden sein. Hauptwohnsitz oder Beschäftigungsort müssen zum Zeitpunkt der Prüfungsanmeldung oder zum Zeitpunkt der Feststellung des Prüfungsergebnisses in Bayern liegen. Eine Antragstellung ist weder für den Meisterbonus noch für den Meisterpreis erforderlich. Die Berechtigten werden von den zuständigen Stellen ermittelt (Bilanzbuchhalter = IHK; Steuerfachwirt = Steuerberaterkammer).

Höhe

Der Meisterbonus beträgt 1.000 €. Die zuständige IHK/Steuerberaterkammer teilt den Begünstigten die Gewährung des Bonus schriftlich mit und zahlt diesen aus.

Mit dem Meisterpreis, der finanziell nicht dotiert ist, werden zudem die 20 % Besten eines Prüfungstermins für ihre besonderen Leistungen ausgezeichnet; Voraussetzung ist, dass mindestens die Note „gut“ (2,50) erreicht worden ist. Der Meisterpreis wird in Form einer Urkunde durch die zuständige Stel-

le überreicht. Meisterbonus und Meisterpreis können zusätzlich zum MeisterBAFÖG beansprucht werden.

Die Förderung „Meisterbonus der Bayerischen Staatsregierung“ ist vorerst bis 31. Dezember 2016 befristet.

Peter Huber-Jilg

* Vgl. AllMBl Nr. 9/2013, Seite 312 ff – die Anlage enthält eine Auflistung der übrigen für eine Förderung in Frage kommenden Abschlüsse. Eine Kurzinfo zum Meisterbonus finden sie auch auf der Homepage des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

Nachrichtliches

Hauptschüler werden durch doppelte Abiturjahrgänge nicht verdrängt

Auf dem Ausbildungsmarkt hat trotz doppelter Abiturjahrgänge kein Verdrängungsprozess zuungunsten von Bewerberinnen und Bewerbern mit maximal Hauptschulabschluss stattgefunden. Im Vergleich der Jahre 2010 und 2012 haben die Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz für Hauptschülerinnen und Hauptschüler nicht ab-, sondern zugenommen. Dies sind Ergebnisse eines Vergleichs der repräsentativen Bewerberbefragungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und der Bundesagentur für Arbeit (BA) der Jahre 2010 und 2012.

In diesem Zeitraum gab es u. a. doppelte Abiturjahrgänge in Bayern (2011). Demnach erhöhte sich der Anteil der Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss, die im jeweiligen Vermittlungsjahr erfolgreich in eine betriebliche Ausbildung einmündeten, um 4,4 Prozentpunkte von 27,0 % im Jahr 2010 auf 31,4 % im Jahr 2012. Nach wie vor hatten Hauptschüler/-innen aber die mit Abstand geringsten Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Für Bewerber/-innen mit Realschulabschluss veränderte sich die Einmündungsquote



Wir suchen für unsere beruflichen Schulen zum Schuljahresbeginn 2014/15

Lehrkräfte (m/w)

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Berufsschulen für die Fachrichtung

- Metalltechnik mit Zweitfach
- Bautechnik, möglichst mit Zweitfach Englisch oder Physik
- Elektrotechnik mit Zweitfach
- Sozialpädagogik/Englisch
- Deutsch/Ethik für die BOS in Teilzeit (Lehramt an Gymnasien)

Ferner suchen wir mehrere

Diplomhandelslehrer (m/w)

(Berufsschule IV, Berufsschule V, Reischlesche Wirtschaftsschule)

Weitere Informationen sind dem Internet unter www.augsburg.de, Rubrik Stellenanzeigen zu entnehmen.

Stadt Augsburg

in eine betriebliche Ausbildung mit jeweils 43,7 % nicht.

Bei studienberechtigten Bewerberinnen und Bewerbern sank sie dagegen deutlich um 6,4 Prozentpunkte von 52,1 % auf 45,7 %. Insgesamt gesehen waren Abiturientinnen und Abiturienten bei der Ausbildungsplatzsuche im Jahr 2012 also nicht viel erfolgreicher als Realschüler/-innen. Betroffen waren hiervon insbesondere die Länder mit doppelten Abiturjahrgängen, in denen vor allem die studienberechtigten Bewerberinnen und Bewerber untereinander um die knappen Plätze in den von ihnen begehrten Berufen konkurrierten.

Zwischen 2010 und 2012 stieg die Zahl der bei der BA gemeldeten Ausbildungsplatzbewerber/-innen mit Studienberechtigung um 18,8 % von 108.296 auf 128.640. Da gleichzeitig die Zahl der nicht studienberechtigten Bewerber/-innen zurückging, veränderte sich die Gesamtbewerberzahl in diesem Zeitraum nur geringfügig. Sie nahm

lediglich um knapp ein Prozent zu von 556.062 auf 559.877. Die Zahl der bei der BA gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen stieg um 12,4 % von 425.633 im Jahr 2010 auf 478.593 im Jahr 2012. Die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsplatzangebote nahm dagegen im selben Zeitraum um 33,5 % ab – von 57.886 auf 38.493.

In die Analysen der BA/BIBB-Bewerberbefragungen fließen nur die Daten der Jugendlichen ein, die bei der BA als ausbildungssuchend registriert sind und die über die notwendige Ausbildungsreife und Berufseignung verfügen. Eine Meldepflicht der Jugendlichen bei der BA gibt es nicht, und viele Ausbildungssuchende verzichten auch auf eine institutionelle Unterstützung. So gelang es nach Schätzungen des BIBB im Jahr 2012 insgesamt rund 265.000 Jugendlichen, ohne Einschaltung der BA einen Ausbildungsvertrag abzuschließen. 2010 lag diese Zahl schätzungsweise bei 289.000.

PM-BiBB

Autorenverzeichnis

Hagn, D./Schmidt, U.

BS, Raigeringer Str. 27, 92224 Amberg, Tel.: (09621) 49980

Kahlert, Bernd

BS, Landrat-Dr.-Frey-Straße 2, 86356 Neusäß, Tel.: (0821) 454402-0

Kölbl, Robert

VLB-Referent Fachlehrer
BS, Raigeringer Str. 27, 92224 Amberg, Tel.: (09621) 49980

Krauß, Martin

stellvertr. VLB-Vorsitzender
BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden, Tel.: (0961) 206-0

Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Vorsitzender und
Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar, Tel.: (09363) 5278

Liebel, Alexander

Itzehoer Straße 13, 90425 Nürnberg, Tel.: (0911) 347333

Männlein, Pankraz

stellvertr. Landesvorsitzender
BS, Dr.-von-Schmitt-Str. 12, 96050 Bamberg, Tel.: (0951) 30287-0

Rupprecht, Hermann

BS, Pestalozziplatz 1, 95028 Hof, Tel.: (09281) 83309-0

Schmidt, Franz

FÖS, Michael-Thalhofer-Str. 11, 86529 Schrobenhausen, Tel.: (08252) 9151150

Schuster, Günther

BS, Bodenseestr. 41, 87700 Memmingen, Tel.: (08331) 9649-0

Thiel, Peter

Am Happach 40, 97218 Gerbrunn, Tel.: (0931) 707691

Vietze, Klaus

VLB-Schriftführer
BOS, Körnerstr. 6, 95448 Bayreuth, Tel.: (0921) 792080

Wagner, Christian

stellvertr. VLB-Vorsitzender
BS, Egger Str. 30, 94469 Deggendorf, Tel.: (0991) 2707-0

Wunderlich, Jürgen

VLB-Landesvorsitzender
BS, Landrat-Dr.-Frey-Straße 2, 86356 Neusäß, Tel.: (0821) 454402-0

Berufliche Schulen in Bayern brauchen 300 Lehrkräfte mehr!

„Die Forderung nach 300 Lehrerstellen mehr für die beruflichen Schulen in Bayern entspringt nicht pädagogischen Wunschvorstellungen eines Lehrerverbandes, sondern ist Ausdruck der Realität an den bayerischen beruflichen Schulen und sie lässt sich mit harten Fakten belegen“, so Jürgen Wunderlich, Landesvorsitzender der Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

Die Fakten

Insgesamt besuchen im laufenden Schuljahr 1.700 Schülerinnen und Schüler mehr die Beruflichen Oberschulen als im vergangenen Jahr. In den Eingangsklassen der Fachoberschulen beträgt der Zuwachs über 10 %. Im kommenden Jahr wird dadurch die Situation beim Pflichtunterrichtsausfall noch verstärkt werden. Der Lehrkräftebedarf beläuft sich in diesem Bereich auf 100 Stellen.

An den staatlichen Berufsschulen ergibt sich ein Rückgang von 0,9 % (419 Schüler). Gleichzeitig gab es im vergangenen Jahr einen strukturellen Unterrichtsausfall von ca. 3000 Wochenstunden, was etwa 123 Lehrerstellen entspricht. Unabhängig davon können aufgrund des Lehrermangels in vielen Fällen erforderliche und in den Lehrplänen eingeforderte Klassenteilungen nicht durchgeführt werden.

Im Bereich Berufsvorbereitung (BVJ) ergibt sich eine Steigerung der Schülerzahl von ca. 5 %.

Die Neugründung von 15 staatlichen Technikerschulen zum Schuljahr 2012/13 bzw. 2013/14 führt zu einer Steigerung von ca. 16 % bei den Schülerzahlen auf jetzt 2034 Schüler.

An den staatlichen Fachakademien existiert im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 266 Schüler/innen, insbesondere begründet durch den dringenden Bedarf an Erzieherinnen.

„Vor den Landtagswahlen haben allen Parteien versprochen, die demografische Rendite bei den Schulen zu belassen. Das fordern wir jetzt ein! Es genügt nicht, auf internationaler Ebene Gutes über die beruflichen Schulen zu reden, man muss auch lokal Gutes für sie tun. Den politischen Zielen müssen die finanziellen Mittel folgen, sonst werden wir unser anerkannt hohes Qualitätsniveau nicht halten können“, prophezeit Jürgen Wunderlich. „Welche Bedeutung eine qualifizierte Bildung für die Wirtschaft besitzt, wird spätestens deutlich, wenn wir die Verhältnisse bei unseren europäischen Nachbarn betrachten“, so der Vorsitzende des VLB.

Pressemitteilung de VLB vom 28. Januar 2014